

Rechtsextrem oder postmodern? Über Rhetorik, Programmatik und Interaktionsformen der FPÖ und die Regierungspolitik der FPÖVP-Koalition

Max Preglau's Regierungs- und Wahlkampf-Watch

Stand: 30.10.2002¹

Kurzzusammenfassung:

Eine eingehende Analyse von FPÖ und blau-schwarzer Wenderegierung zeigt, dass

- die *FPÖ* eine ihrer äußeren Erscheinungsform und in ihrem Stil nach scheinbar postmodern-beliebig-populistische, nach ihren ideologischen Grundlagen und ihrer gesellschaftspolitischen Stoßrichtung sowie ihrem Verhaltensstil jedoch nach wie vor ihrer Regierungsbeteiligung eine *tendenziell rechtsextreme Partei* ist;
- sich auf Grund des Einflusses der FPÖ und der „Verhaiderung“ der Schlüssel-Khol-ÖVP auch in *Regierungsprogramm und –praxis der blau-schwarzen Koalition* Momente des Ethno-Nationalismus und Rassismus, der Geringschätzung von Menschenrechten, Rechtsstaat und Demokratie sowie des Revisionismus, also *rechtsextreme Elemente* (im Sinne der Definition von Holzer 1994) finden, die längerfristig zu einer schleichenden Aushöhlung von Menschenrechten und liberaler Demokratie in Österreich führen könnten;
- eine zunehmend als „normal“ akzeptierte Regierungsbeteiligung der FPÖ auch auf *europäischer Ebene* problematische Wirkung entfaltet: Die Aufhebung der „Sanktionen“ wurde von der Regierung und der FPÖ in höchst selektiver Wahrnehmung und aktiver Umin-terpretation als Persilschein ausgelegt, der es ihnen nun auch ermöglicht, *die Entwicklung eines stärker integrierten europäischen Bundesstaates von innen zu verhindern*. Zudem ist der „*cordon sanitaire*“ gegen *rechtsextreme Parteien auch in anderen Ländern Europas bereits zusammengebrochen*.
- Letzlich ist die *Wendekoalition nicht am Widerstand ihrer GegnerInnen gescheitert, sondern an den inneren Widersprüchen der FPÖ*, die zugleich Regierungspartei sein und an ihren rechtspopulistischen und –extremen Positionen festhalten wollte. Im gegenwärtigen Wahlkampf *formieren sich noch einmal die rechtsautoritären und rechtsextremen Kräfte zur Neuauflage ihres Regierungsbündnisses*, es besteht jedoch durchaus die realistische *Chance auf ein endgültiges „Ende der Wende“*.

¹ Eine erste Version dieser Dokumentation über das erste Regierungsjahr der FPÖVP-Koalition ist – unter beinahe gleichem Titel – im der Zeitschrift SWS-Rundschau Heft 2/2001, S 293 – 213, erschienen.

Inhaltsübersicht:

Im folgenden Beitrag werden ein weiterer Versuch zur Bestimmung der „Natur der FPÖ“ und eine erste Zwischenbilanz über die Regierungspolitik der blau-schwarzen Wendekoalition unternommen. Zur Diskussion steht dabei, ob diese als populistisch-postmodern, rechtskonservativ oder rechtsextrem einzuordnen sind. Nach einer kurzen Einleitung in die Thematik (Abschnitt 1, S 2) und einer Klärung der Schlüsselbegriffe „postmodern“, „rechts“ und „rechtsextrem“ (Abschnitt 2, S 3ff.) werden Rhetorik und Kommunikationspolitik der (Haider-) FPÖ auf dem Weg zur Regierungsmacht (Abschnitt 3, S 7ff.), Programmatik, interne Interaktionsformen und Führungsstil der FPÖ (Abschnitt 4, S 11ff.) sowie Regierungserklärung und ein Jahr Regierungstätigkeit der blau-schwarzen Wendekoalition (Abschnitt 5, S 18ff.) einer eingehenden Analyse unterzogen. Es folgt eine kurze Darstellung der Popularität der Wendekoalition und ihrer Opposition an Hand von Daten aus der Wahlforschung (Abschnitt 6, S 39ff.). Ein weiterer Abschnitt (7; S 42ff.) befasst sich mit dem Machtkampf in der FPÖ und dem daraus resultierenden vorläufigen (?) Ende der FPÖVP-Wendekoalition im Sommer 2002. Auf dieser Grundlage ergibt sich der abschließende Befund (Abschnitt 8, S 53ff.): die FPÖ war und ist eine tendenziell rechtsextreme Partei, und auch Regierungsprogramm und die blau-schwarzen Regierungspolitik hat rechtsextreme Elemente enthalten. Ein Epilog (S 54ff.) befasst sich mit dem Wahlkampf im Herbst 2002 um Abbruch oder Fortsetzung des Wendeprojekts.

1. Einleitung

Analysen der digitalen Mediendemokratie mit ihrer Tendenz zur marketing-orientierten und mediengerechten, zugleich aufregend-unterhaltsamen und inhaltlich unverbindlichen „Showpolitik“ wie die von Plasser und Ulram (1994), Prisching (1998) oder Macho (2000) legen ebenso wie die jüngste sprachwissenschaftliche Analyse freiheitlicher Medienkommunikation von Walter Ötsch (2000) folgenden Schluss nahe: Haider und die FPÖ sind im Stil ihrer Selbstinszenierung sowie in der populistischen Beliebigkeit und Austauschbarkeit ihrer politischen Inhalte typisch postmoderne Phänomene. Demgegenüber stellt der im Auftrag der portugiesischen EU-Präsidentschaft angefertigte so genannte „Weisenbericht“ fest, die FPÖ sei

eine „rechtspopulistische Partei mit radikaler Ausdrucksweise und extremen Elementen“ (Ah-tisaari/ Frowein/ Oreja 2000). Einzelne europäische und österreichische politische Kritiker der FPÖ (z.B. Frankreichs sozialistischer Europaminister Moscovici und der Grüne Europaparlamentarier Voggenhuber), aber auch neuere Analysen mit wissenschaftlichem Anspruch, die auch die Programmatik und den Führungsstil der FPÖ sowie die Regierungserklärung und die ersten Monate Regierungspraxis der blau-schwarzen Wendekoalition in ihre Betrachtung einbeziehen (z.B. Gessenharter 2000, Scharsach/ Kuch 2000), kommen hingegen zu dem alarmierenden Befund, die FPÖ sei eine rechtsextreme Partei. Ich möchte im Folgenden einen weiteren Anlauf zur Bestimmung der „Natur der FPÖ“ und der Politik der blau-schwarzen Regierung unternehmen.

2. „Postmodern“ – „rechts“, „rechtsextrem“: Begriffsbestimmungen

2.1 Zum Begriff „postmodern“

Der Terminus „postmodern“ ist ein schillernder Begriff, bestehend aus deskriptiven wie normativen Komponenten (vgl. dazu einführend Preglau 1998 und ausführlicher Welsch 1988). Nach dem bekannten Theoretiker der „Postmoderne“ Hassan (1988, 49 ff.) verweist dieser Begriff *in deskriptiver Hinsicht* auf folgende Merkmale:

- (1) *Unbestimmtheit*: Klare Grenzlinien zerfließen, Vagheit und Mehrdeutigkeit tritt an die Stelle von Eindeutigkeit. Beispiel aus dem Bereich der Politik: Leerformeln ohne konkreten Inhalt, unbestimmte Andeutungen und Appelle an diffuse Gefühle statt sachbezogener Argumente und konkreter Versprechen im politischen Diskurs.
- (2) *Fragmentierung*: Systemische Ganzheiten brechen in ihre Einzelteile auseinander: Beispiel: Forderungskataloge und Programme von Parteien werden nicht mehr systematisch aus übergeordneten Ideologien abgeleitet, sondern ohne Rücksicht auf innere Kohärenz aus einzelnen populären Elementen zusammengesetzt.
- (3) *Auflösung des Kanons*: Geschlossen Lehrgebäude und Ideologien verlieren ihre Aura absoluter Geltung und weichen einem Pluralismus relativer Meinungen und Werte. Beispiel: Politische Ideologien wie der Marxismus haben an Überzeugungs- und Anziehungskraft verloren.
- (4) Verlust von „Ich“ und „Tiefe“: Man glaubt nicht länger an ein selbständiges „Ich“, das in einem zugleich unveränderlichen und unergründlichen Wesenskern ruht; stattdessen

nimmt man an, dass sich das Ich unter dem Einfluss der sozialen und kulturellen Umwelt ständig verändert und in seinen jeweiligen äußeren Ausdrucksformen aufgeht. Beispiel: Die postmoderne „Patchwork-Identität“ die sich ohne Anspruch auf Kohärenz und Kontinuität wie ein Chamäleon an seine jeweilige soziale Umgebung anpasst.

(5) *Beachtung des Nicht-Darstellbaren*: Anders als der moderne Positivismus und Rationalismus rechnet man mit der Existenz des Nicht-Messbaren und der Möglichkeit des rational nicht Erklärbaren. Beispiele: Die Wissenschaft hat an Autorität verloren, Esoterik und Astrologie haben Konjunktur, der rationale politische Diskurs weicht einer „Politik der Gefühle“.

Diese fünf Merkmale kennzeichnen die negativ-„dekonstruktive“ Seite der „Postmoderne“. Die folgenden sechs Merkmale stehen dagegen für ihre positiv-„rekonstruktive“ Seite:

(6) *Ironie*: Trockener Ernst und tragisches Pathos weichen einer ironischen Grundstimmung, die sich subversiv gegen „heilige“ Werte und Autoritäten und rationalistische Besserwisserie richtet. Beispiel: Politisches Kabarett in totalitären Staaten, das seine politische Systemkritik in heitere Bonmots verpackt.

(7) *Kombination und Abwandlung verschiedener Stile und Codes* tritt an die Stelle eines puristischen Reinheitsgebots. Beispiele: Überschreitung der Grenze zwischen klassischer und populärer Musik oder zwischen Politik und Unterhaltung.

(8) *Konstruktivismus* statt Realismus: Die Vorstellung, dass die Struktur der Wirklichkeit unsere Erkenntnis bestimmt, wird durch die Vorstellung ersetzt, dass unsere kognitiven und sprachlichen Erkenntniswerkzeuge bestimmen, was uns als Wirklichkeit erscheint. Beispiel: Was in der Mediendemokratie zur Sensation oder zum Skandal wird, hängt nicht von der Bedeutung eines Ereignisses in irgendeinem objektiven Sinne ab, sondern davon, ob es die Medien zur Sensation oder zum Skandal erklären.

(9) *Immanenz bzw. Selbstreferenz*: Unter den Voraussetzungen eines radikalen Konstruktivismus findet unser Denken und Sprechen seinen Inhalt nicht in der außersprachlichen Realität, es kreist vielmehr – gesteuert durch die Regeln der sprachlichen Zeichensysteme – in sich selbst. Beispiel: Der zeitgenössische politische Diskurs besteht hauptsächlich aus Stellungnahmen einer Partei zu Stellungnahmen anderer Parteien

(10) *Karnevalisierung*: Der Anspruch auf nüchterne und authentische Darstellung der Realität weicht dem imaginären Spiel mit phantastisch-komischen Masken, Kostümen und Requisiten. Beispiel: Wahlkampfveranstaltungen, die Züge des Volksfests und des show-artigen Entertainments annehmen.

(11) *Performanz, Teilnahme*: dramatisch inszenierte „Happenings“ und „Performances“, die das Publikum in ihren Handlungsablauf einbeziehen, treten an die Stelle rein kognitiver Information oder rein ästhetischer Erbauung: Beispiele: Schlingensiefels Wiener Container-Action „Bitte liebt Österreich“, aber auch politischer Aktionismus nach dem Muster der Protest-„Pressekonferenz der Tiere“ der Gegner des Kraftwerksbaus in Haimburg.

In seiner normativen Bedeutung verweist der Begriff der „Postmoderne“ auf das konsequent liberal-demokratische Ideal einer „*Verfassung radikaler Pluralität*“, die „... das unüberschreitbare Recht hochgradig differenter Wissensformen, Lebensentwürfe und Handlungsmuster“ garantiert und dementsprechend eine eingebaute Präferenz für eine „*antitotale Option*“ (Welsch 1988, 4) besitzt.

2.2 Zu den Begriffen „rechts“ und „rechtsextrem“

Folgt man Holzer (1994), so zeichnet sich „politisch rechts“ durch folgende Merkmale aus:

- Einordnung des Individuums in „natürliche“ Gemeinschaften;
- Positionierung sozialer Gruppen innerhalb einer vorgegebenen hierarchischen Ordnung;
- Streben nach stabilen, „natürlichen“ Entscheidungsstrukturen;
- Annahme natürlicher Ungleichheit.

Auf dieser Basis gelangt die politische Rechte zu einer skeptisch-konservativen Beurteilung von Emanzipations- und Demokratisierungsprozessen.

Die politische Rechte schlägt in *Rechtsextremismus* um, sobald das rechte Weltbild – z.B. mittels pseudowissenschaftlicher (rassen-)biologistischer Axiome - in systematischer Weise ideologisch abgestützt wird und sich dogmatisch verhärtet. Hier schlägt auch die Skepsis gegen Emanzipation und Demokratie in reaktionär-destruktive Gegnerschaft um, die auch vor gewaltsamen Mitteln nicht zurückschreckt.

Sichtet man die Literatur zur Rechtsextremismusforschung, findet man zum Teil recht unterschiedliche Definitionen (vgl. dazu den Überblick in Druwe/ Martino 1996, 66). Die meisten stimmen jedoch ungeachtet von Differenzen in Randbereichen in einem bestimmten Bedeutungskern weitgehend überein, wie er sich namentlich in neueren Standardwerken (Holzer 1994, Heiland/ Lüdemann 1996 und Benz 1998) findet:

1. Ideologie/ Gedankeninhalte

- Ethnisch-völkischer Nationalismus – das Volk als natürliche Substanz - und dessen Kehrseiten: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus;
 - Postulat der natürlichen Ungleichheit, Gegnerschaft zur Idee der Gleichheit aller Menschen;
 - Hierarchisch-patriarchales Ordnungsdenken, gegen (Frauen-)Emanzipation und einen Pluralismus der Werte und Lebensformen;
 - für Führertum und autoritären Staat, Gegnerschaft zu liberaler Demokratie und Gewaltenteilung;
 - Soziale Gemeinschaftsbildung und Solidarität auf Grundlage „natürlicher“ Bande („Volksgemeinschaft“) und nicht auf Basis gemeinsamer Interessen;
 - Tendenz zur verschwörungstheoretischen Konstruktion von Feindbildern und zur Sündenbockprojektion;
 - Rechtfertigung und Verherrlichung von Gewalt;
 - Nationalistisches Geschichtsbild – das Volk als Subjekt der Geschichte; in der Variante des Neonazismus: Glorifizierung des NS-Staats, Geschichtsrevisionismus;
2. politischer Verhaltensstil: populistische Rhetorik, Sprachgewalt, Bereitschaft zur physischen Gewalt (einschließlich Anleihen an Taktik, Stil und Vokabular des Nationalsozialismus auf seinem Weg zur Staatsmacht, dazu: Scharsach/ Kuch 2000);
3. Innen- und Außenbeziehungen: autoritär-hierarchische Interaktions- und Organisationsformen, Integration von rechtsextremen Personen, Kontakte zu anderen rechtsextremen Organisationen.

Ich werde nun in den folgenden Abschnitten zeigen, dass Haider und die FPÖ zwar auf der Ebene der äußeren Erscheinung postmoderne Züge annehmen, aber diese Momente nicht ins Spiel bringen, um im Sinne des normativen Ideals der Postmoderne dem „Recht auf Differenz“ (Lyotard) zum Durchbruch zu verhelfen. Sie benutzen diese Momente vielmehr, um im Geiste ihres Programms und in einer durchaus dem NS-Diskurs und den Methoden der NS-Agitation ähnelnden Weise (Bobrowski 2000, Januschek 1994) ein (in seinem Wesen übrigens zutiefst modernistisches, dazu: Baumann 1992) rechtsextremes politisches Projekt voranzutreiben: Dazu gehören die Enttabuisierung, die geschichtsrevisionistische Normalisierung und Rehabilitierung der NS-Vergangenheit, die Durchsetzung und Erhaltung der ethnischen und kulturellen Reinheit bzw. Homogenität, der Abwertung und Ausgrenzung aller Dissidenten, Unangepassten und Fremden, kurz: von jeglicher „Differenz“. Schließlich umfasst dieses Projekt auch den Umbau des politischen Systems der zweiten Republik und die

Diskreditierung seiner RepräsentantInnen. Die „postmoderne“ äußere Form des Angriffs auf „das System“ soll dabei helfen, auch diejenigen zu erreichen, die mit einer offen rechtsextremen Propaganda nicht mobilisiert werden können.

3. Rhetorik und Kommunikationspolitik der FPÖ auf dem Weg zur Regierungsmacht²

Haider und die FPÖ weisen in der äußeren Form und im Stil ihrer politischen Kommunikation in der Tat eine ganze Reihe dieser typisch postmodernen Merkmale auf. Dazu einige Beispiele vor allem aus dem Munde bzw. aus der Feder Jörg Haiders, entnommen aus Aschermittwoch-Reden, kabarettistischen Bierzelt-Wahlkampfreden, Festreden vor Traditionsverbänden, Aussendungen des Freiheitlichen Pressedienstes, Äußerungen bei Pressekonferenzen und Interviews (Beobachtungszeitraum: 1986 – 02/2001; Zitate bis Juni 1994 aus Tributsch 1994, Zitate nach Juni 1994 aus futurelinks 2000 und Der Standard-online 2000, 2001):

(1) „Unbestimmtheit/ Mehrdeutigkeit“, (7) *Mehrfachcodierung*“:

- die provokante, auf die NS-Zeit bezogene oder blasphemische Anspielung:

„Systemparteien“ (der Begriff, mit dem die Nazis die demokratischen Parteien der Weimarer Republik etikettiert haben), „Am Kärntner Wesen könnte auch diese Republik genesen“, „ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs“, „Endlösung der Bauernfrage durch die Bundesregierung“, „... totaler Krieg gegenüber der freiheitlichen Opposition“, „Wäre die FPÖ eine Nachfolgeorganisation der NSDAP, hätte sie die absolute Mehrheit“, „NAZI“ - Akronym für "neu, attraktiv, zielstrebig, ideenreich" (R. Gaugg);

„Bevor überhaupt ein Hahn krähen konnte, hat Zernatto mich verraten“, „Die FPÖ nimmt das Papstwort von der Nächstenliebe ernst - denn Nächstenliebe manifestiert sich letztlich in unserem Anspruch: Österreich zuerst“, „Was Lewinsky getrennt hat, wird Jörg Haider wieder zusammenbringen“;

(3) „Auflösung des Kanons“:

- Verkündung des „Endes der großen Erzählungen“:

Jörg Haider eröffnet sein Buch „Die Freiheit, die ich meine“ (1993, 9) mit einem Passus, der fast wortwörtlich von Lyotard stammen könnte: „Die auf dem Boden der Aufklärung gewachsenen, für Europa prägenden Ideen und Gesellschaftssysteme sind überholt, am Ende oder überhaupt gescheitert. Das gilt für den Sozialismus ebenso wie für den Liberalismus“.

(4) „Verlust von ‚Ich‘ und ‚Tiefe‘“:

² Die folgenden beiden Abschnitte sind die umgearbeitete und erweiterte Fassung eines Teils eines Vortrags mit dem Titel „Postmoderne – ein brauchbares Konzept für gesellschaftstheoretische Zeitdiagnose oder: Ist die Haider-FPÖ postmodern?“, den ich vor der Theoriesektion der ÖGS am Österreichischen Kongress für Soziologie 2000, Wien 21. –23.9.2000, gehalten habe. Dieser Text ist in seiner ursprünglichen Form auf der Kongress-Homepage – www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000 - veröffentlicht worden und wird später auf die noch im Aufbau befindliche WWW-„Soziologie-Datenbank-Österreich“ übernommen.

- Rekrutierung, Styling, Outfit und Verhaltensstil von FP-PolitikerInnen sowie die Perfektion der massenmedialen (Selbst-) Inszenierung, die in chamäleonartiger Mimikry stets „trendy“ und stilistisch auf das jeweilige Zielpublikum abgestimmt sind:

Die „digitale Konstruktion“ macht dabei - ganz im Sinne postmoderner „Simulation“ (Baudrillard) - Haider und sein Team zu „Atavaren“, zu artifiziellen Persönlichkeiten, deren Unheimlichkeit sich aus der Unmöglichkeit ergibt, sie „mit Identitäts- und Eigentlichkeitsfragen zu konfrontieren“ (Macho 2000, 5) – gefälliger „Feschismus“ (Armin Thurnher) scheint den militanten Faschismus zu verdrängen.

(6) „Ironische Wertunterminierung“:

- die Abwehr von Kritik durch das zynische Zitat allgemeiner Werte und das zynische Rückspielen von Vorwürfen an die KritikerInnen:

„Demokratie- und Diskursverweigerer“, „Ausgrenzer“, „NS-Methoden“, „(Austro-)Faschisten“, „Aufarbeitung der Geschichte – der Sanktionen“ ;

(8) „Konstruktivismus“:

- „hyperreale“ Skandalisierung :

Konstruktion virtueller Skandale, vom „alkoholkranken“ Schuldirektor über Asylanten, die „11.000.- öS. Sozialhilfe beziehen“, über die „Drogendelikte“ des Innenministers Caspar Einem bis zum „Megaskandal“ der „Schwarzgeldzahlungen“ im ÖGB.

(10) „Karnevalisierung“:

- die Preisgabe demokratischer Institutionen an die Lächerlichkeit:

Parteien: „Alt(e)Parteien“, „rot-schwarze Einheitspartei“; SPÖ: „rotes Gesindel“, „Bonzen, Privilegienritter und Korruptionisten“, „Apparatschikpartei“, „Multifunktionspartei“; ÖVP: „Mitregierungs-Attrappe“; Grüne: „Linke Chaoten“, „Kryptokommunisten“, „linksradikales und österreichfeindliches Element“, „Wassermelone, außen grün, innen rot“; LIF bzw. dessen Gründergruppe abtrünniger FPÖ-Abgeordneter: „Diebsgesindel und Lügenpack um Heide Schmidt“, „Scheinasylanten, die die Familie der FPÖ verlassen haben“;

Regierung: „rot-schwarzes Machtkartell“, „rot-schwarzes Narrenschiff“, „rot-schwarze Nachtwächterregierung“, „rot-schwarzer Staatszirkus“, „rote und schwarze Kanalräumerbrigaden“, „Wachsfigurenkabinett“, „politisches Kuriositätenkabinett“, „Chaosregierung“, „orientierungslose Pleitegemeinschaft“, „drittklassiger Raubritterstadel“, „rot-schwarzer Blutegel“, „rote und schwarze Filzläuse, die mit Blausäure bekämpft werden sollten“;

Sozialpartner(-schaft): „Bauernbund ist Räuberbund“, „Zwangskammersystem“, „Viererbande“; DemonstrantInnen/ OpernballdemonstrantInnen: „Anarchisten“, „Kryptokommunisten“, „linker Mob“, „linksradikale Raufbolde“, „Marxisten“, „linksextreme Gewalttäter“;

Medien: „aufheulende linke Medien“, ORF - „Ostblock-Sender“, „rote Zensoren“, „Rotfunk“, „letzte linke Kohorten im ORF“;

Österreich: „autoritäre Entwicklungsdemokratie“, „Funktionärsstaat“, „Gauernerrepublik“, „Missgeburt Österreichische Nation“;

EU: „Hühnerstall“, in dem „Aufregung herrscht, obwohl der Fuchs noch gar nicht drin ist“, „Europa der Bürokraten“, „selbsternannte Scharfrichter in Europa“;

- die Schmähung und Verhöhnung politischer Gegner im In- und Ausland:

Meissner-Blau: „Anti-Atom-Tante“, „Blauweise, die zum Rotkehlchen wurde“; Pilz: „roter Spalt-Pilz“, „marxistisch verstrahlter Giftpilz“; Mock: „Alois Hilflos“; Busek: „Schrumpfaustriak“,

„Schrumpfungsbeauftragter“ - will „dem Land zur EU Mitgliedschaft verhelfen ... , von dem er offenbar abstammt“; Graf: „Graf Bobby“, „Ausbildungsabbrecher“, „Vorbestrafter“, „ZigeunerkaPELLmeister“; Lacina: „Ferdinand mit den leeren Taschen“; Vranitzky: „Franz Ratlos“, „Ankündigungsriese, der zum Problemlöserzweig geworden ist“, „erster Austrofaschist im Nadelstreif“, „Oberbankdirektor mit dem Bauchansatz“, „Aktienhändler für die leeren SP-Kassen“; Klima – „wie eine Fledermaus: jahrelang hängt sie im Gebälk der Macht, wenn es finster wird, schwirrt sie ab“; Gusenbauer: „Gruselbauer“; Klestil: „ungläubiger Thomas“, „Waldheim (konnte) nicht mehr ins Ausland ... , Klestil kann nicht mehr ins Inland“, „Lump“; Fischler: „(weiß) immer schon genau ..., wann er sein Fähnlein in den Wind hängen muss“; Waleša: „mehr breit wie hoch“; Chirac: „Westentaschen-Napoleon“; Heller, Jelinek und Co.: „steuerflüchtige Subventionshaie“; Thomas Bernhard: „subventionierter Schriftsteller, ... (der) Österreichbeschimpfung (praktiziert)“; ForscherInnen zur NS-Vergangenheit: „pragmatisierte Vergangenheitsbewältiger“;

Soweit zur postmodernen Form der Kommunikationskultur. Das (*neu-*)*rechte* Element dieser Kommunikationskultur kommt in den – den normativen Idealen der Postmoderne geradezu konträren - strategischen Zielen und Inhalten der Kommunikation der FPÖ zum Ausdruck. Die FPÖ thematisiert „Differenz“ nämlich nicht im Geiste der Postmoderne als gleichwertige und bereichernde Komponente sozialer Pluralität, sondern als abweichendes und störendes Element im Rahmen einer ethnozentrischen Werteordnung und einer manichäischen Konzeption einer Welt voll von feindlichen Gegensätzen. Sie will – ganz i.S. eines totalitären, auf Homogenität und Reinheit sowie auf Ausgrenzung des Heterogenen und Unreinen bedachten Modernismus - nicht auf Verständigung und Integration hinaus, sondern auf Spaltung und Desintegration. Die FPÖ strebt nicht eine demokratische Ordnung als partizipatorische Regelung öffentlicher Angelegenheiten mit besonderer Berücksichtigung des (Minderheiten-) Rechts auf Differenz an, sondern eine Demokratie als Medium, wo es der Mehrheit erlaubt ist, den Minderheiten ihren Willen aufzuzwingen. Dafür einige Beispiele:

- Manichäische Feindbilder:

Europa der Bürokraten vs. Europa der Bürger und Völker, politische Klasse vs. Volk; Ausländer/ Schwarzafrikanische Drogenhändler/ Scheinasylanten vs. Inländer; Christliche Abendländer vs. Islamische Fundamentalisten, Geschützter Bereich (öffentlicher Sektor, staatliche Unternehmen) vs. nichtgeschützter Bereich (Privatwirtschaft), Bonzen und Privilegienritter, parasitäre Funktionäre vs. fleißige und anständige Leute, Staatskünstler/ machtgenehme Journalisten/ pragmatisierte Vergangenheitsbewältiger vs. Volk, Mehrheit vs. Minderheit, Patrioten vs. vaterlandslose Gesellen und Vaterlandsvernaderer, Österreicher vs. Sozialistische Internationale/ EU;

- Kampagnen zur Mobilisierung der Mehrheit gegen die Minderheit – ihrerseits eine der Eigenheiten der FPÖ:

Anti-Ausländer-Volksbegehren „Österreich zuerst!“, Forderungen des Anti-Euro-Volksbegehren, Wiener (Anti-)Ausländer-Wahlkampf, Kampagne gegen Superintendentin Knoll, angestrebte Volksbefragung zu den „EU-Sanktionen“, Watch-List für „Triebverbrecher“.

Diese *Rechts-Orientierung* ist im Sinne der oben gegebenen Definition insofern als *extrem* zu bezeichnen, als sie

- offenkundig auf eine ideologische Delegitimierung demokratischer Einrichtungen abzielt, die deren faktischer Demontage (s. weiter unten) den Boden bereiten soll; auf die Verbreitung und Verstärkung von rassistischen Vorurteilen, Feindbildern und Sündenbockprojektionen abzielt, die ein Potenzial physischer Gewalt schaffen, das sich bereits wiederholt auch tatsächlich entladen hat – etwa während des Wiener Anti-Ausländer-Wahlkampfes der FPÖ im Herbst 1999 im alltäglichen Umgang mit AusländerInnen oder nach der Haider-Kundgebung in der Wiener Stadthalle im Herbst 2000 in Form von gewalttätigen Übergriffen gegen Anti-RegierungsdemonstrantInnen (vgl. Der Standard-Online 23.10.2000).

Trotz diesbezüglicher internationaler Kritik und Rüge im EU-„Weisenbericht“ ist die FPÖ nicht davor zurückgeschreckt, den Wiener Wahlkampf 2001 wiederum mit offener und unterschwelliger Mobilisierung fremdenfeindlicher Affekte zu führen (derStandard-online 14.09.00 bzw. 14.03.01).

- Auch schreckt die FPÖ nicht vor der unverhohlenen Drohung mit Gewalt zurück:

Haider über DemonstrantInnen: „Die, die da hinten schreien, werden – wenn ich etwas zu sagen habe – noch ihre Luft brauchen – zum Arbeiten“ ; „in Kärnten traut sich ja schon längst kein Linker mehr zu demonstrieren, in Wien ist das anders“, Haider über JournalistInnen: „Wenn ich etwas zu sagen habe, wird in den Redaktionsstuben in Zukunft weniger gelogen und mehr Wahrheit sein als jetzt“.

Wie auch der sogenannte „Weisenbericht“ (Ahtisaari u.a. 2000, 26f.) feststellt, sind diese rechtsextremen Elemente „in Bezug auf den Schutz und die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und die Verhinderung jeder Art von ethnischer oder rassistischer Diskriminierung ... besorgniserregend“.

Als rechtsextrem zu werten sind aber auch die oben angeführten humoresken Anspielungen auf und Paraphrasen von NS-Parolen, da sie die Symbolik einer verpönten Vergangenheit enttabuisieren und normalisieren – und v.a. die bekannten, einem Geschichtsrevisionismus gleichkommenden Aussagen zur NS-Vergangenheit. Dazu zählen etwa:

Die Rede von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“, die Krumpendorfer Ehrenerklärungen an SS-Angehörige – „anständige Menschen mit Charakter“, oder die Umdeutung des Angriffskrieges auf die Sowjetunion zum Kampf für Freiheit und Demokratie: „Hätten (die Wehrmachtssoldaten) nicht Widerstand geleistet, wären sie nicht im Osten gewesen, hätten sie nicht die Auseinandersetzung geführt, dann hätten wir ... (keine) Demokratie in Europa“ (zitiert nach futurelinks 2000; für weitere Belege s. Scharsach/ Kuch 2000).

Auch folgende, beim FPÖ-Neujahrstreffen in Wien am 21.1.2001 gefallene Verharmlosung einer Wiederbetätigung gehört in diese Rubrik:

„In Österreich wird der kleine Schimaneck acht Jahre lang weggesperrt, weil er eine kleine Wehrsportübung gemacht hat. In Deutschland darf ein RAF-Sympathisant Außenminister werden“ (Der Standard-online, 21.1.2001).

4. Programmatik, Interaktionsformen und Führungsstil der FPÖ

Wirft man einen Blick in das neue Parteiprogramm der FPÖ, dann kann man feststellen, dass diese Kommunikationspolitik mit ihrer rechtsextremen inhaltlichen Ausrichtung gerade kein Produkt des Zufalls oder eines bloßen populistischen Opportunismus ist, der augenblickliche Stimmungslagen ausbeutet. Sie ist konsequenter Ausdruck einer durch und durch völkisch-nationalistischen, dem ökonomischen, politischen und sozialen System der zweiten Republik fundamental kritisch gegenüberstehenden und ausgesprochen kulturkonservativen Programmatik. Das neue FPÖ-Programm von 1997 (hier zitiert in der Internet-Version von 2000) ist zwar weitgehend frei von belasteten Termini (weder das Wort „Volksgemeinschaft“, noch der Begriff „Dritte Republik“ tauchen im Programm auf): Es enthält ein Bekenntnis zu Menschenwürde und Demokratie sowie zur offenen und pluralistischen Gesellschaft. Zugleich finden hier aber auch die für Rhetorik und Kommunikationskultur festgestellten rechtsextremen Elemente ihre ideologischen Entsprechungen und Begründungen:

- Die *Konzeption eines ethnisch homogenen Volkes*, dessen Einheit räumlich bzw. biologisch durch die mehrheitliche Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe und kulturell durch das Bekenntnis zur deutschen Kultur konstituiert wird:

Die völkische Orientierung verbirgt sich dort unter dem unauffälligen Stichwort „Recht auf Heimat“. Dort heißt es: „Unter Heimat sind die demokratische Republik Österreich ..., die historisch ansässigen Volksgruppen ... und die von ihnen geprägte Kultur zu verstehen“. Heimat wird dabei ausdrücklich „...in räumlicher, ethnischer und kultureller Hinsicht“ (FPÖ 2000, 10), also auch über die Volksgruppenzugehörigkeit definiert; andererseits wird diese Heimat – unter Verweis auf eine angebliche "denklogische Voraussetzung der Rechtsordnung" - als „überwiegend deutsch“ apostrophiert.

Volk (und auch Familie) gelten dabei als vorpolitisch konstituierte „organisch gewachsene Gegebenheiten“, die im Sinne eines völkischen Nationalismus in anti-individualistischer Weise als Kollektivsubjekte und daher auch wie der Einzelmensch als „Träger von Freiheitsrechten“ aufgefasst werden, die auch „in der Politik Berücksichtigung finden müssen“ (FPÖ 2000, 5).

Der so definierten Heimat kommt im FPÖ-Programm der Rang des obersten Wertes zu. Dieser bildet die Grundlage eines "Österreichpatriotismus", der seinerseits wiederum die "Pflicht zur Solidarität mit den Landsleuten" beinhaltet (FPÖ 2000, 9).

- Damit im Zusammenhang: Das *chauvinistische Konzept eines über den Menschenrechten stehenden „Grundrechts auf (deutsche) Heimat“*, in dessen Namen „ungezügelter Zuwanderung“ als Gefährdung der zum „Schutzobjekt“ erklärten Volksreinheit abgelehnt und supranationale Zusammenschlüsse nur soweit zugelassen werden, wie sie die ethno-

nationale Souveränität der Einzelstaaten nicht gefährden („ethnopluralistisches“ Europa der Völker, kein „nivelliertes“ Vereinigtes Europa!):

Heimat in ihrer räumlich, ethnisch und kulturell bestimmten Identität wird zum "Schutzobjekt" und "Grundrecht" erklärt. Dieses Grundrecht gestatte "... keine unkontrollierte Zuwanderung nach Österreich", bedinge die Ablehnung "multikultureller Experimente" und erfordere "... den Erhalt der vollen Souveränität in Ausländerfragen" (FPÖ 2000, 11). Für „die Erhaltung der (überwiegend deutschen, M.P.) Kulturlandschaft“ bedürfe es sogar einer „... Re-Nationalisierung der land- und forstwirtschaftlichen EU-Zuständigkeiten an den Bund und an die Länder“, also eine Revision des EU-Rechtsbestandes (FPÖ 2000, 41).

Was die zukünftige Entwicklung Europas betrifft, müsse diese „von der Gestaltungsfreiheit seiner Völker geprägt sein“ und „vor der aktuellen Tendenz der Einebnung und Gleichmacherei“ bewahrt werden: Die EU dürfe sich vor allem „nicht zu einem europäischen Bundesstaat, sondern zu einem Staatenbund“ entwickeln. Der innere Friede Europas sei durch ein „Volksgruppenrecht“ zu sichern (FPÖ 2000, 15).

- das Modell der autoritären, an „checks and balances“ armen, auf Dauermobilisierung des Volkes beruhenden „plebiszitären Führerdemokratie“ (früher als „Dritte Republik“ bezeichnet) mit einem „Kanzler-Präsidenten“ an der Spitze; damit verbunden eine radikale Neoliberalisierung der Wirtschaft einschließlich einer Demontage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens sowie der autonomen Sozialpartnerschaft:

Die FPÖ strebt nach wie vor eine „Demokratie- und Verfassungsreform zur Erneuerung der Republik“ an. Dies beinhaltet u.a. einen „Ausbau der Einrichtungen direkter Demokratie“, wobei „politische Verwaltungsakte“ wie „Regierungserklärungen, Regierungsprogramme, ... usw.“ einer Volksbefragung zu unterwerfen sind. Die Mitglieder des Ministerrats sollen in Hinkunft „verfassungsgesetzlich zahlenmäßig begrenzt“ und „nicht mehr ernannt, sondern ... vom Nationalrat ... gewählt werden“ und „zusammen mit dem direkt gewählten Bundespräsidenten die Bundesregierung bilden“. Durch eine „konsequente Liberalisierung der Medienlandschaft“ – im Klartext: durch die Zerschlagung des ORF-Monopols – soll die „massive Verzerrung der politischen Wettbewerbsbedingungen“ durch „weisungsgebundene Berichterstattung“ und „machtgenehme Journalisten-Selektion“ aufgehoben werden (FPÖ 2000, 21–24).

Wirtschaftspolitisch werden eine „umfassende Deregulierung“ und eine „echte Privatisierung“ angestrebt, Kammern und Verbände sind „ auf ihre Kernaufgaben zu beschränken und durch freiwillige Mitgliedschaft zu bilden“, „Unternehmensverfassungen im Sinn betrieblicher Partnerschaft“ sollen gegenüber „zentralistisch-bürokratischen Kollektivvereinbarungen“ aufgewertet werden – im Klartext: die Wirtschaft soll nach neoliberalen Vorstellungen umgebaut und das System der Sozialpartnerschaft zerschlagen werden (FPÖ 2000, 30f.).

- eine Kulturpolitik, welche die Werte der „deutschen Kulturgemeinschaft“ und des christlichen Abendlandes unter Glassturz und deren Verletzung unter Strafe stellt:

Kultur wird zwar der „Anspruch auf volle innere und äußere Freiheit“ zugestanden, der nur „durch die allgemeingültige Rechtsordnung eingeschränkt“ werde. Bestandteil der Rechtsordnung ist nach freiheitlicher Auffassung jedoch auch das Rechtsgut „(deutsche) Heimat“. Dementsprechend wird betont, dass „der staatlichen Aufgabe der Erhaltung ... (des überwiegend deutschen, M.P.) kulturellen Erbes und der Sicherung der zumeist regionalen kulturellen Identität ... alle Bestrebungen kultureller Nivellierung und verordneter Multikultur entgegen(ste)hen und ... daher abgelehnt (werden)“ (FPÖ 2000, 42f.).

Zudem wurde bereits im Kapitel III des Parteiprogramms festgelegt, dass der „Österreichpatriotismus“ zum „Widerstand gegen die kulturelle Verflachung, gegen die stets stärker werdenden Bestrebungen, Traditionen zu verunglimpfen und Österreich mutwillig herabzusetzen“ verpflicht-

tet (FPÖ 2000, 9). Viel bleibt da von der „vollen inneren und äußeren Freiheit der Kunst“ nicht übrig!

Auch wenn sich die FPÖ zur „von Christentum und antiker Welt geprägte(n) Wertordnung“ als „wichtigste(s) geistige(s) Fundament Europas“ bekennt, kommt sie nicht ohne düsteres Feindbild aus: der Wertekonsens werde heute nämlich, so die FPÖ, u.a. durch "Nihilismus", und "hedonistischen Konsumismus", v.a. aber durch den „zunehmende(n) Fundamentalismus eines radikalen Islam und dessen Vordringen in Europa“ bedroht. Die FPÖ fordert daher kulturkämpferisch ein "wehrhaftes Christentum" (FPÖ 2000, 13).

Die zitierten Programmpassagen enthalten eine Reihe von Ideologeelementen, die im Sinne der oben erläuterten Begriffsdefinition als *rechtsextrem* einzustufen sind, und zwar:

- ethnisch völkischer Nationalismus (Volk und Familie als „organisch gewachsene Gegebenheiten“);
- Ablehnung von Einwanderung und „multikulturellen Experimenten“ unter Berufung auf ein „Recht auf Heimat“ der „autochthonen (mehrheitlich) deutschen Volksgruppe“; Ersatz des Asylrechts durch eine „Verfolgtenhilfe“;
- autoritärer Umbau des Staates durch Rückbau von Parlamentarismus (verbunden mit dem Ausbau plebiszitärer Elemente), von Gewaltenteilung (z.B. durch die Schaffung eines Kanzler-Präsidenten oder die mit einer zahlenmäßigen Begrenzung des Ministerrates zwangsläufig verbundene Zusammenlegung von Ministerien) und gesellschaftlicher Selbstverwaltung der „Sozialpartner“ (die frühere „Dritte Republik“);
- Volksgemeinschaft: Verpflichtung zur Solidarität mit Volksgenossen;
- Ablehnung des Wertpluralismus: „Erhaltung des kulturellen Erbes und Sicherung der kulturellen Identität“ als Staatsaufgabe, Ablehnung von „kultureller Nivellierung und verordneter Multikultur“;
- Konstruktion von Feindbildern: „konsumistischer Hedonismus“, „Nihilismus“, „islamischer Fundamentalismus“, „Kammern- und Parteienfunktionäre“, „geschützter Sektor“, „machtgenehme Journalisten“, „Staatskünstler“;
- nationalistisches Geschichtsbild: Volk als Träger subjektiver Rechte, „ethnopluralistische“ Vision eines Europa der Völker.

Es besteht demnach im FPÖ-Programm eine unaufgelöste Spannung zwischen dem Bekenntnis zu Freiheit, Menschenwürde, Demokratie und Pluralismus auf der einen Seite, ethnonationalistischem Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalopposition gegen das demokratische System der Zweiten Republik und kultureller Intoleranz andererseits. Diese Spannung lässt zwei, einander keineswegs ausschließende Interpretationen zu: Sie ist entweder Ausdruck der Tatsache, dass auch in der „neuen FPÖ“ seit Haider's Führungsübernahme 1986 die liberale Tradition in der FPÖ neben der nationalen weiterhin eine Rolle spielt, oder

Resultat des Versuchs, die liberale Komponente rein taktisch zum Kaschieren der nationalen Ausrichtung zu benutzen, die in einer liberal gesinnten Öffentlichkeit Anstoß erregt.

Demokratiethoretisch problematisch erscheinen aber auch *Interaktionsformen und Führungsstil* der FPÖ. Sie ist zwar formal durchaus eine demokratisch verfasste Partei, in der Praxis hat sie sich jedoch wiederholt als eine autoritäre Partei erwiesen, die den Willen der Parteizentrale und des (Ex-)Parteiführers auch gegen den Widerstand einzelner Teilorganisationen und Mitglieder der Partei gnadenlos exekutiert. Sie hat sich nach der Wende durch die Bestellung Riess-Passers zur Parteivorsitzenden auch formal von Jörg Haider – der Figur, die den Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der FPÖ prominent verkörpert - emanzipiert, informell ist sie jedoch die „Haider-Partei“ geblieben, die es nicht wirklich wagt, sich von dessen fortgesetzten Eskapaden eindeutig zu distanzieren und einen von dessen Vorgaben unabhängigen politischen Weg zu gehen. Sogar der Verdacht, im politischen Wettbewerb verfassungswidrige Methoden bedenkenlos einzusetzen, steht im Raum:

- So wurden „... im April 1998 ... in Salzburg 700 gewählte Funktionäre ... ihrer Ämter enthoben ... und die Landespartei unter kommissarische Leitung gestellt“ (Scharsach/Kuch 2000, 245). Eine ähnliche Vorgehensweise wurde ein Jahr später gegenüber der FPÖ Innsbruck gewählt; Interventionen von Seiten der Bundespartei gab es aber auch nach der für die FPÖ negativ verlaufenen steirischen Landtagswahl 2000 gegenüber der FPÖ Steiermark (Versuch, einen neuen Parteivorstand durch die Bundesspitze zu installieren, was allerdings wegen reger Interventionen des nunmehr „einfachen Parteimitglieds“ Haider nicht erfolgreich war) sowie im Vorfeld der Wiener Wahlen 2001 gegenüber der Wiener FPÖ (Austausch des im Zuge der „Spitzelaffäre“ in Turbulenzen geratenen Spitzenkandidaten Kabas gegen Partik-Pablé; vgl. Der Standard-online 2000, 2001) – und zuletzt der Ausschluss des alten Vorsitzenden Eberharter und die Installierung des neuen Vorsitzenden Tilg (?) in der Tiroler FPÖ (derStandard-online 23.10.01).
- Als autoritär muss aber auch die Art und Weise bezeichnet werden, wie die Sozial- und Frauenministerin Sickl von ihrem Regierungsamt abberufen wurde, das gleiche gilt für die parteiinternen Vorgänge um den vom Amt des Verkehrsministers zurückgetretenen Schmid: Sickl erfuhr ihren Rücktritt aus den Medien. Gegen Schmid wurde bekanntlich von der Parteiführung ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet, weil er auf Grund bestehender Unterhaltsverpflichtungen nicht auf einen Teil seiner Ministerpension verzichten wollte. Er kam diesem Ausschluss, den er selbst als „öffentliche Hinrichtung“ empfunden hätte, schließlich durch Selbstaustritt zuvor (vgl. Der Standard-online 2000, 2001).

- Demokratietheoretisch bedenklich ist aber auch die nach wie vor starke Stellung des im März 2000 (und formell am 1. Mai) unter dem Druck der europäischen Öffentlichkeit als Parteivorsitzender zurückgetretenen und nunmehr „einfachen Parteimitglieds“ Haider : Obwohl weder Mitglied des Parteivorstands und der Regierung, bleibt Haider bis Februar 2002 (nach seiner spektakulären Reise zum irakischen Diktator und mutmaßlichen Massenmörder Saddam Hussein, s. weiter unten) Mitglied des Koalitionsausschusses und nimmt informell über die Mobilisierung der Öffentlichkeit und der Parteibasis sowie mit der Drohung, die Regierungskoalition zu sprengen, maßgeblich auf die Regierungspolitik Einfluss - insbesondere auf freiheitliche Regierungsmitglieder.

Sei es in der Frage der angedrohten Volksabstimmung zu den „EU-Sanktionen“, in der Frage der Erweiterung, Vertiefung und Neuorganisation der EU, in der Frage des Kindergelds oder beim jüngsten Angriff auf den Hauptverband der Sozialversicherungsträger, immer wieder zeigt sich dasselbe Muster: Haider gibt das Zeichen zur Attacke, die FPÖ übernimmt die Zielkoordinaten, die Regierung führt die Aktion zumindest in abgeschwächter Form aus. Haider kann bei diesem Spiel nicht verlieren: geschieht, was er will, hat er bewiesen, dass er die Regierung „vor sich her treiben“ kann, geschieht es nicht, kann er ungehindert durch Rollenzwänge eines offiziellen Amtes auf Distanz zur Regierung und den freiheitlichen Regierungsmitgliedern gehen und ungeschmälert für sich den Oppositionsbonus lukrieren, beleidigt damit drohen, sich aus der Bundespolitik zurückzuziehen und der FPÖ seine - für deren Erfolg wohl unersetzliche - Unterstützung im nächsten Wahlkampf zu versagen und so die Mehrheit der FPÖ-FunktionärInnen doch wieder auf seine Seite bringen.

Haider bleibt also informell die zentrale Führungsfigur der FPÖ, die sich auch und gerade auf Kosten der um ein liberal-demokratisches und staatstragendes Image bemühten Teile der Regierungsfraktion profiliert. Er unterlässt es wohlweislich auch nicht, diese Profilierungsversuche der formellen Parteiführung zu unterminieren und in regelmäßigen Abständen zu demonstrieren, wo's seiner Meinung nach wirklich lang gehen soll und wer der eigentliche Herr im Hause ist: Die Irak-Reise im Frühjahr 2002 während eines USA-Aufenthalts der Parteivorsitzenden und das Treffen europäischer Rechtsextremer in Kärnten im Sommer 2002 während des Urlaubs Riess-Passers (s. weiter unten) sind die signifikantesten Beispiele dafür.

- Grundrechts- und demokratiepolitisch im höchsten Maße bedenklich wäre es aber auch, wenn sich der Verdacht der organisierten Beschaffung geheimer Polizeidaten durch die FPÖ und deren Missbrauch für parteipolitische Zwecke erhärten sollte. Dieser Verdacht wurde vom Expolizisten und AUF-Funktionär Kleindienst geäußert und in den Medien unter dem Stichwort „Spitzelaffäre“ kolportiert wird (v.a. Falter, 25.10.2000, 1.11.2000, 8.11.2000; Format, 30.9.2000, 14.10.2000, 28.10.2000, 2.12.2000; News, 11.10.2000, 1.11.2000, 8.11.2000, 15.11.2000 und profil, 9.10.2000, 16.10.2000, 23.10.2000, 30.10.2000, 7.11.2000):

Wenn die Fakten (öffentliche Verwendung geheimer Polizeidaten durch Spitzenpolitiker/innen der FPÖ - Beteuerungen Haiders, sich solche Daten jederzeit beschaffen zu können – nicht autorisierte Abfragen von Polizeidaten - dubiose Bewegungen auf dem Konto der AUF – Geständnisse zweier Polizisten, geheime Abfragen im Auftrag der FPÖ durchgeführt zu haben) nicht täuschen, dann haben sich die FPÖ bzw. einige ihrer führenden Repräsentanten (u.a. Böhmendorfer, Haider, Kabas, Kreißl, Partik-Pablé, Schnell und Stadler) auf ihrem Weg zur Regierungsmacht auch grob verfassungswidriger Methoden der parteipolitischen Unterwanderung des Polizeiapparates, der

Anstiftung von Beamten zum Amtsmissbrauch und des Verstoßes gegen den Schutz personenbezogener Daten bedient. Damit wollten sie sich Unterlagen für ihre Kampagnen gegen „Sozial-schmarotzer“ und AusländerInnen (im Zuge der so genannten „Operation Spring“) beschaffen, um prominente politische GegnerInnen (u.a. Einem, Heller, Knoll, Pilz) zu diskreditieren oder um die Vergangenheit potenzieller KandidatInnen ihrer eigenen Listen zu durchleuchten

Bis Februar 2001 ist es – z.T. mangels strafrechtlich relevanter Beweise, z.T. aus Gründen der Verjährung – in einigen Fällen (z.B. Böhmendorfer, Haider, Stadler) zur Einstellung der Vorerhebungen und noch zu keiner Anklage gekommen.

Letztendlich wurden von insgesamt 21 Vorerhebungen 19 eingestellt, lediglich in den Fällen Kreißl und Kleindienst, dem Aufdecker der Affäre, wurde Anklage erhoben. Ein „Sieg der Gerechtigkeit“ (Riess-Passer) oder doch eine „staatsanwaltschaftliche Schiebung“ (Pilz) (derStandard-online 26.04.02)? Jedenfalls hat der Aufdecker der Affäre – Kleindienst – in parallel laufenden Zivilverfahren gegen seine FPÖ-Kontrahenten wiederholt Recht bekommen und ist auch in darauf gestützten Finanzstrafverfahren bereits verurteilt worden. Was aus der Sicht der Staatsanwaltschaft nicht stattgefunden haben soll, hat es also offenbar für die Zivilgerichte und die Finanzverwaltung doch gegeben ... (derStandard-online 13.01.02).

Auch die Klärung der politischen Verantwortung steht noch aus. Die Akten sind hier daher noch als offen zu betrachten.

Bei einer Analyse der FPÖ sind weiters die *Integration von Personen mit rechtsextremer Herkunft und bestehende Kontakte zum internationalen Rechtsextremismus* in Rechnung zu stellen. So verfügt die FPÖ

- über eine Reihe von Mitgliedern und Funktionären, die aus rechtsextremen und neonazistischen Organisationen (NPD, Aktion Neue Rechte/ ANR) zur Partei gestoßen sind (dazu Scharsach/ Kuch 2000, 192ff.);
- Personen rechtsextremer Herkunft (zB. G. Waitz aus der rechtsextremen Burschenschaft Brixia) machen Karriere und bringen es – etw im Büro von Böhmendorfer - immerhin bis zum Ministersekretär (derStandard-online 11.01.02.)
- über internationale Kontakte zu rassistischen und fremdenfeindlichen Organisationen in Deutschland (Republikaner), und Italien (Lega Nord, Alleanza Nazionale). Indirekte Kontakte bestehen auch zum belgischen „Vlams Block“, wechselseitige Sympathieerklärungen gab es früher auch mit Frankreichs „Front National“ (Scharsach/ Kuch 2000, 217-232).

Dabei scheut Haider bei seinen Streifzügen ins benachbarte Ausland nicht davor zurück, separatistische Tendenzen zu unterstützen („Viva Padania“) oder die dortige Einwanderungspolitik zu kritisieren („zu lax“, „Einwanderungstourismus“). In München und Venedig wurde er deshalb bereits zur „persona non grata“ erklärt (vgl. Der Standard-online 2000).

- Zum Jubiläum der rechtsextremen Zeitschrift „Aula“ im Herbst 2001 fand sich die rechtsextreme Korona ganz Europas – von Vlaams-Block – de Winter bis zum Front-National-Megret – zur Gratulation ein. Vielleicht ein Vorspiel zur Konstitution einer vereinigten europäischen Rechten, deren Gallionsfigur nach eigenen Angaben Jörg Haider, der „Töter der Brüsseler Bürokratie“ (O-Ton), heißen könnte (derStandard-online 11.11.01, 19.11.01).

- Am 13.2.02 reist Haider – nach dem Vorbild der Rechtsextremisten le Pen und Schirinowski – ungeachtet der bestehenden UNO-Embargos ohne Abstimmung mit der UNO und mit der österreichischen Regierung angeblich „als Privatmann“ und „aus humanitären Gründen“ zum Diktator und mutmaßlichen Kurden-Giftmörder Saddam Hussein in den Irak und versichert diesen der Grüsse und der Solidarität des österreichischen Volkes (derStandard-online 14.02.02).

Haider verwendet diese Affäre in der Folge geschickt, um seine Führungsrolle in der FP herauszustreichen: Nach innerparteilicher Kritik provoziert Haider eine FPÖ-interne Krise, indem er mit seinem Rückzug aus der Bundespolitik „droht“, sich dann von der umgehend ihren USA-Besuch abbrechenden „Parteichefin“ Riess-Passer in seiner Unersetzlichkeit bestätigen und zum Rücktritt vom Rücktritt bitten lässt, zwar sein Ausscheiden aus dem Koalitionsausschuss bekannt gibt, aber zugleich seinen Einfluss in der Regierung stärkt, indem er mit Reichhold statt Forstinger einen weiteren Vertrauensmann im FP-Regierungsteam installiert (derStandard-online 17.02.02, 18.02.02).

Ein vom Kärntner Landtag eingesetzter Ausschuss zur parlamentarischen Untersuchung dieser Angelegenheit wird von Haider, gestützt auf ein umstrittenes privates Rechtsgutachten, als „nichtig“ erklärt und in der Folge öffentlich verhöhnt und von der FPÖ mit Unterstützung des freiheitlichen Landtagspräsidenten in wahrscheinlich verfassungswidriger Weise systematisch boykottiert (derStandard 28.03.02). Nachdem der Ausschuss nochmals in rechtlich einwandfreier Weise konstituiert worden war, verweigert Haiders Pressesprecher Petritz die Kooperation mit dem Argument, es habe sich um eine „Privatreise“ gehandelt (DerStandard-online 06.06.02).³

- Am 25. und 26. Juli 2002 trifft Haider in Kärnten – vor dem Hintergrund des mittlerweile im Gang befindlichen Rechtsrucks in Europa nicht mehr klammheimlich wie früher, sondern ganz offen - im Rahmen eines „europapolitischen Symposions“ mit hochrangigen Vertretern des belgischen Vlaams Bloc und der italienischen Lega Nord und anderen Rechtsparteien Europas zusammen. Dabei ging es um Fragen der Immigration und um den Kampf gegen einen europäischen „Superstaat“ sowie gegen die Osterweiterung, aber auch um Fragen der Kooperation der Rechten bei europäischen Wahlen und im europäischen Parlament. Weitere derartige Treffen sind geplant. (derstandard-online 27.07.02).

Welch Geistes Kinder da auf „Urlaub bei Freunden“ weilten, hat P.M. Lingens exemplarisch an der politischen Biographie des Führers des Vlaams Bloc Filip Dewinter demonstriert: „1988 gedenkt Dewinter der flämischen Gefallenen der SS und bezeichnet ihren Kampf an der Ostfront in der ‚Deutschen Nationalzeitung‘ als ‚einen der wichtigsten der Geschichte‘; 1989 nimmt er am Überfall einer Schlägertruppe auf einen Rassismus-Gegner teil; 1990 wird er anlässlich der Organisation einer Pressekonferenz gegen das Anne-Frank-Haus verhaftet; 1992 hat er Schwierigkeiten bei der Organisation einer Verkaufsausstellung verbotener antiquarischer Bücher, die Flanderns NS-Vergangenheit und deren wichtigsten Exponenten, den legendären SS-Führer Leon Degrelle, hochleben lassen; sein Mentor und Protektor im Vlaams Blok und dessen Gründer, Karel Dillen, kann in der NS-Zeit nichts Verbrecherisches sehen. 1996 nimmt Dewinter an einem Treffen teil,

³ Im Nachhinein kamen freilich Zweifel auf, ob Haider überhaupt den – laut dem deutschen Gerichtsgutachter Buhmann von mindestens drei Personen gedoppelten - richtigen Saddam Hussein zu Gesicht bekommen hat ... (derStandard-online 03.10.02)

dessen andere Stars Gilbert Quoilin und Hervé von Lathem heißen: Quoilin führt eine Neonazigruppe namens ‚casque d’acier‘ (‚Stahlhelm‘), Lathem die Neonazigruppe ‚l’assaut‘ (‚der Angriff‘), die sich zum Beispiel an einem Aufruf der amerikanischen NSDAP zur Unterstützung der kroatischen Rechten beteiligt hat; Hubert Defourny, der Gründer der Neonazigruppe REF, die Flandern im Geiste Degrelles wieder begründen möchte, zählt ebenso zu Dewinters Freunden wie der Franzose Bruno Mégret, dem Le Pen nicht rechts genug war“ (profil 31/2002).

Fazit: Die FPÖ weist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowohl im Hinblick auf ihre Programmatik als auch hinsichtlich Interaktionsformen und Führungsstil, Mitgliederrekrutierung und Außenbeziehungen eine Reihe rechtsextremer Merkmale auf. Dass die Einstufung der FPÖ seitens der Weisen als „rechtspopulistisch mit extremistischer Ausdrucksweise“ bzw. „mit radikalen Elementen“ etwas moderater geraten ist (Ahtisaari u.a. 2000, 26, 31), erklärt sich m.E. daraus, dass sich die Weisen nicht intensiv genug mit den ideologisch-programmatischen Grundlagen des „Rechtspopulismus“ der FPÖ, mit ihren Interaktionsformen, dem Herkunftsmilieu ihrer Mitglieder und ihren internationalen Kontakten beschäftigt haben.

Wollte sich die FPÖ wirklich von einer Partei des Minderheiten- und menschenrechtlichen Tabubruchs zu einer normalen Partei entwickeln, müsste sie in unzweideutiger Weise mit ihrer rechtsextrem-populistischen und fremdenfeindlichen Tradition brechen, die allgemeinen Menschen- und Minderheitenrechte zu ihrer programmatischen Grundlage erklären und alle ihre Mitglieder in einem symbolischen Akt der Neugründung persönlich auf diese Grundlage verpflichten.

5. Regierungserklärung und zwei Jahre Regierungspolitik der blau-schwarzen Wende-koalition

Bis zu den Wahlen im Oktober 1999 waren sich in Österreich alle Parteien einig: die FPÖ steht „außerhalb des Verfassungsbogens“ (Klubobmann Khol, ÖVP), und es ist für die demokratische und humane Entwicklung Österreichs und Europas besser, wenn sie aus Regierungssämtern ferngehalten wird, um ihr nicht die Gelegenheit zu geben, ihre Politik der Geschichtsrevision, des Angriffs gegen die Zweite Republik und der Ausgrenzung umzusetzen. Seit Februar 2000 gilt das nicht mehr: Im strategischen Spiel nach den bisher gültigen Regeln in die ausweglose Situation geraten, als Juniorpartner der Macht nicht den Bonus für Erfolge lukrieren zu können, wohl aber den Malus für Misserfolge und das Ausbleiben von von konservativen Wähler/inne/n erwarteten Reformen ertragen zu müssen und zugleich über keine Koalitionsoption zu verfügen, ist die ÖVP unter Obmann Schüssel aus diesem Konsens

ausgesichert und hat gemeinsam mit der FPÖ eine Koalitionsregierung gebildet. Sie hat damit den Tabubruch begangen, sich mit einem Partner einzulassen, bezüglich dessen im In- und Ausland Zweifel bestehen, ob er die normativen Grundlagen der österreichischen und (west-) europäischen Nachkriegsordnung - die Werte der Aufklärung, die Menschenrechte und die damit verbundene Verurteilung der nationalsozialistischen Barbarei - teilt. Sie hat damit in anderen europäischen Ländern, die Opfer nationalsozialistischer Überfälle waren und heute ihrerseits mit rechtsextremen Parteien konfrontiert sind, verständlicherweise die Angst vor einem Dammbbruch ausgelöst, der nicht nur die demokratische Kultur der einzelnen Staaten, sondern das gesamte Projekt der europäischen Integration gefährden könnte. Um ihrer Bestürzung darüber Ausdruck zu verleihen, haben sie geschlossen mit der Herabstufung der bilateralen außenpolitischen Kontakte – in Österreich in unkorrekter Weise „EU-Sanktionen“ genannt - reagiert. Mit dieser im legitimen Bereich ihrer nationalen Souveränität gelegenen Entscheidung haben die EU-Mitgliedsstaaten den Versuch unternommen, jene Normalität zu bekräftigen und jene Kooperationsverweigerung fortzusetzen, die vor der Wende auch in Österreich als selbstverständlich gegolten hatte.

Im Folgenden soll auf Grund einer genaueren Analyse des Regierungsprogramms und des ersten Jahres Regierungspraxis von FPÖ und blau-schwarzer Wendekoalition (Ende des Beobachtungszeitraums: Februar 2000) geklärt werden, ob die Vorbehalte inländischer und ausländischer Kritiker, die sie der neuen Regierung im Voraus auf Grund ihrer - nicht unberechtigten - Einschätzung der FPÖ als rechtsextremer Partei entgegengebracht hatten, auch „an den Taten der Regierung gemessen“ gerechtfertigt waren, also an jenem Maßstab, den Bundeskanzler Schüssel immer an die neue Regierung angelegt wissen wollte.

In der Präambel zur Regierungserklärung hat sich die Bundesregierung, unter dem Druck des Bundespräsidenten, unmissverständlich zu Menschenrechten, Demokratie und europäischen Werten bekannt:

„... Die Bundesregierung tritt für Respekt, Toleranz und Verständnis für alle Menschen ein, ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Sie verurteilt und bekämpft mit Nachdruck jegliche Form von Diskriminierung, Intoleranz und Verhetzung in allen Bereichen. Sie erstrebt eine Gesellschaft, die vom Geist des Humanismus und der Toleranz gegenüber den Angehörigen aller gesellschaftlichen Gruppen geprägt ist.

Die Bundesregierung arbeitet für ein Österreich, in dem Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keinen Platz finden. Sie wird jeder Form von menschenverachtendem Gedankengut und seiner Verbreitung konsequent entgegenzutreten und sich für die volle Beachtung der Rechte und Grundfreiheiten von Menschen jeglicher Nationalität einsetzen – gleichgültig aus welchem Grund sich diese in Österreich aufhalten. Sie bekennt sich zu ihrer besonderen Verantwortung für einen respektvollen Umgang mit ethnischen und religiösen Minderheiten.

...

Die Bundesregierung bekennt sich zu den allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsamen Prinzipien der pluralistischen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, wie sie auch in der österreichischen Verfassung verankert sind und die Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Europarat bilden. Die in Österreich verfassungsmäßig garantierten, in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegten Rechte und Freiheiten sind klarer Ausdruck dieses Bekenntnisses.

Die Bundesregierung bekennt sich zum Friedensprojekt Europa. Die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien beruht auf einem Bekenntnis zur Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union. Die Bundesregierung ist den allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsamen Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet, wie sie im Artikel 6 des Vertrages über die Europäische Union festgeschrieben sind. In der Vertiefung der Integration und der Erweiterung der Union liegt auch Österreichs Zukunft. ... " Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas. Präambel zur Regierungserklärung. Verfasst von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil und unterzeichnet von Dr. Wolfgang Schüssel und Dr. Susanne Riess-Passer. Wien, am 29. Februar 2000

Im folgenden Abschnitt soll untersucht werden, in wiefern die Regierung dieses Bekenntnis auch in der Praxis umgesetzt hat.

Natürlich waren und sind weite Teile von Regierungsprogramm und –praxis menschenrechts- und demokratiepolitisch völlig unbedenklich. Es mag linke, emanzipatorisch orientierte KritikerInnen stören, wenn das Budgetdefizit in einer abrupten Notbremsung auf Null reduziert, verstaatlichte Betriebe weitgehend privatisiert, die Wirtschaft entlastet und Sozialleistungen zurückgefahren, das Pensionssystem schwergewichtig auf private Vorsorge verlagert, im Justizbereich ein betonter Law-and-Order-Kurs verfolgt und finanzielle Anreize dafür gesetzt werden, dass Frauen „an den Herd zurückkehren“; dies liegt jedoch aus menschenrechtlicher und demokratietheoretischer Sicht ebenso im Rahmen des Spektrums liberal-demokratischer Systeme wie die Tatsache, dass im staatlichen Einflussbereich Vertrauensleute der alten Koalition durch solche der neuen ersetzt werden, und all dies steht ja gegebenenfalls nach einem abermaligen Regierungswechsel wiederum zur Disposition. In ihrer Notwendigkeit und Wünschbarkeit überhaupt völlig außer Streit stehen die Entschädigung von NS-ZwangsarbeiterInnen sowie die Entschädigung der NS-„Arisierungs“-Opfer.

Bedenklich sind allerdings Ankündigungen, Maßnahmen und Vorgehensweisen, die Menschenrechte und die formalen Grundlagen der liberalen Demokratie selbst gefährden.

Tatsächlich enthalten aber Regierungsprogramm und –praxis der blau-schwarzen Wendekoalition eine Reihe von Ankündigungen, Maßnahmen und Vorgehensweisen, die ein derartiges Gefährdungspotenzial besitzen:

Was das *Regierungsprogramm* (FPÖ/ ÖVP 2/2000) betrifft, so haben Scharsach/ Kuch (2000) bereits die wichtigsten - offenkundig v.a. auf freiheitliche Federführung zurückgehenden - rechtsextremen Elemente benannt:

- *Rassismus*: die Regierung hat sich die Forderung aus dem FPÖ-Volksbegehren nach einer „Drittelquote für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache“ zu eigen gemacht – und damit nicht die „erworbenen“ Sprachkenntnisse sondern die ethnische Herkunft zum Kriterium der Segregation erhoben;
- *Revisionismus*: die Regierung will im kulturellen Sinne die „altösterreichischen Minderheiten im Ausland fördern“, sich für die „Wiedergutmachung“ an Sudetendeutschen einsetzen;
- *Volksgemeinschaft*: durch die Reform des Bundesministerengesetzes wurden die konfligierenden Agenden für Arbeit und Wirtschaft in einem Ministerium zusammengefasst; ebenso wurde das Frauenministerium aufgelöst und in das Ministerium für Soziale Sicherheit und Generationen integriert. Die Koalition hat damit de facto die Konfliktlinien zwischen Klassen und Genusgruppen im Geiste eines harmonistischen ständischen Gesellschaftsbilds für irrelevant erklärt.

Noch ergiebiger in Sachen rechtsextremer Politikelemente ist ein Streifzug durch die *politische Praxis der FPÖ als Regierungspartei, aber auch der Wendekoalition selbst* (Quelle: laufende Berichterstattung in Der Standard-online 2/2000 – 2/2001):

- Aus Anlass der so genannten „EU-Sanktionen“ entwickelte die blau-schwarze Regierungskoalition an Stelle einer realistischen und selbstkritischen Lagebeurteilung sehr rasch ausgesprochen *verschwörungstheoretische Mythen und massive Sündenbockprojektionen gegenüber jenen, die sich angeblich des Verrats am zur homogenen Einheit stilisierten österreichischen Volk schuldig gemacht haben*:

Trotz gegenteiliger Evidenz – an den EU-Maßnahmen waren konservative Politiker (namentlich Chirac und Aznar) maßgeblich beteiligt - war in beiden Koalitionsparteien sofort von einer „Verschwörung der Sozialistischen Internationale“ die Rede. Diese Verschwörung richte sich, so hieß es in bewusster Verkehrung der Realität und im Bemühen, das ganze Volk für das Selbstbehauptungsinteresse der Regierung zu vereinnahmen, gegen „alle Österreicher“ und habe angeblich vom Inland, von Klestil, Gusenbauer und Voggenhuber, von kritischen JournalistInnen und Intellektuellen, ihren Ausgang genommen, die „Österreich vernadern“ und „mit den Feinden Österreichs champagnisieren“. Ganz im Geiste eines *Volksgemeinschaftsdenkens*, das Konflikte und Differenzen negiert, wurde die Opposition ultimativ dazu aufgefordert, sich mit der Regierung und dem Volk in einem „rot-weiß-roten nationalen Schulterschluss“ zu vereinen. Tatsächlich gelang es nach einem aus der Geschichte autoritärer (und totalitärer) Systeme bekannten Muster, aus einem dringend Tatverdächtigen das Opfer, aus kritisch Distanzierten Schuldige und aus individuellen Bürger/innen eine homogene Masse zu machen, die sich mehrheitlich gegen einen Rücktritt der Regierung ausspricht (vgl. Meinungsumfrage des Kurier zur neuen Regierung vom 27.2.2000). So – und nicht durch rationale Argumente oder untadeliges Handeln - konnte schließlich auch die Strategie der EU – Alarmierung der österreichischen Öffentlichkeit – durchkreuzt und die Aufhebung der Maßnahmen durchgesetzt werden.

Eine weitere Gelegenheit zur Beschwörung der Volksgemeinschaft und zur Entsorgung von politischen Hypotheken in der Gluthitze nationaler Emotionen hat der Wendekoalition und insbesondere der FPÖ das „*Jahrhunderthochwasser*“ im August 2002 geboten:

Von einem Tag auf den anderen zählte wieder einmal nicht mehr „Rot, Schwarz oder Blau“, sondern lediglich ein „rotweißroter Kraftakt zum Wiederaufbau Österreichs“ (Westenthaler) (APA 19.08.02). Auch vom Ort der Katastrophe weit entfernte Bundesländer wie Kärnten standen da nicht abseits, sondern „Gewehr bei Fuß“ (Haider). Die Ziele Nulldefizit, Steuerreform und Lohnnebenkostensenkung, die auch ohne Hochwasser nicht mehr zu erreichen gewesen wären, wurden nun - „ganz offen und ehrlich“ - mit dem Hinweis auf die Naturkatastrophe zurückgezogen, den unpopulären Ankauf von Abfangjägern, auf den sich die Regierung vorher festgelegt hatte, gab's mit 18 statt 24 Flugzeugen nun doch etwas kleiner. Zugleich war man bemüht, durch die Zusage „großzügiger“ und „unbürokratischer“ Hilfe dem im Zuge von Budgetsanierung und Sozialabbau erworbenen Image der „sozialen Kälte“ entgegenzuarbeiten und „Warmherzigkeit“ zu demonstrieren (derStandard-online 15.08.02.).

Für die FPÖ galt es nun, statt dem (ausländischen) „Nachbarn in Not“ endlich dem volkseigenen „Österreicher in Not“ zu helfen. Bei den anstehenden Aufräumungsarbeiten konnte sich Haider auch den (Zwangs-) Einsatz von Arbeitslosen vorstellen – sozusagen „ordentliche Beschäftigungspolitik“: „Damit würde ... viel Geld gespart werden und Arbeitslose hätten zudem eine sinnvolle Tätigkeit“ (APA 13.08.02). Selbst das Feindbild EU – sonst von Freiheitlichen verachtet, geschmäht und behindert – wird von der FPÖ-Europaparlamentarierin Raschhofer zur Hilfe für das „Mitgliedsland Österreich“ aufgefordert, zumal sie ja sogar dem ungeliebten Beitrittswerber Tschechien bereits finanzielle Unterstützung zugesagt habe (APA 14.08.02). Nach den chauve-nistischen Vorstellungen Westenthalers sollten aber auch die – ohnehin unter dem Richtwert der EU liegenden - Mittel für Entwicklungshilfe und Auslandskatastrophen für „Österreicherinnen und Österreicher“ im Inland verwendet werden (APA 15.08.02).

- Der blau-schwarzen Koalitionsregierung wird von Seiten der Oppositionsparteien sowie von autonomen Frauenorganisationen vielfach vorgeworfen, dass sie *Frauenpolitik* vorzugsweise aus familienpolitischer Perspektive wahrnehme und Frauen mit Maßnahmen wie dem geplanten Kindergeld, statt eines einkommensabhängigen Karenzgelds sowie auf Kosten des Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen und von Hilfen beim beruflichen Wiedereinstieg, „zurück an den Herd“ drängen wolle. Die von der Regierung umgesetzten Maßnahmen sehen zwar formell keinerlei Diskriminierung nach dem Geschlecht vor und sind insofern nicht als „sexistisch“ einzustufen. Sie beinhalten jedoch tatsächlich Anreizsysteme, die vor dem Hintergrund bestehender Einkommensdifferenzen und traditionaler geschlechtsspezifischer Rollenzuschreibungen zwischen Männern und Frauen mit hoher Wahrscheinlichkeit faktisch in diesem Sinne wirken werden. Insofern sind sie letztlich doch im Effekt als *sexistisch* einzustufen.

Inhaltlich wird die neue Linie aber v.a. durch das neugeschaffene, ab 1.1.2002 wirksam gewordene **Kindergeld** zum Ausdruck gebracht. Es kann zwar als sozialpolitischer Fortschritt gewertet werden, wenn nun auch Studierende und Unternehmer/innen Anspruch auf Karenzgeld haben, das frauenpolitische Signal, dass damit gesetzt wird, lautet jedoch unmissverständlich: „Frauen zurück an den Herd“ – und Exklusion vom Arbeitsmarkt. Dies wird dadurch erhärtet, dass gleichzeitig der weitere Ausbau von Einrichtungen der Kinderbetreuung massiv zurückgefahren wurde, und dass die Anspruchsdauer nicht auf die Fristen für das Rückkehrrecht am Arbeitsplatz abgestimmt wurden (derStandard-online 06.03.01, 08.03.01). Auch die Tatsache, dass das Kindergeld nicht exis-

tenzsichernd ist und sich die Bezugsdauer auf das Kleinkindalter beschränkt ist, beweist, dass im Modell die Versorgung der Bezieherin durch den (männlichen) „bred-winner“ vorausgesetzt ist. Mittlerweile wird durch eine von der AK präsentierte Studie dokumentiert, dass Österreich neben Griechenland, Spanien, Italien und den Niederlanden zu den Schlusslichtern beim Angebot an Kleinkindbetreuung zählt – mit der Folge überlanger Berufsunterbrechungen, absteigender Karriereverläufe und einer wachsenden Einkommensschere zwischen Männern und Frauen (derStandard-online 01.09.02). Daran können auch die eher symbolisch-appelativen Begleitaktionen nichts ändern, die die ÖVP mit großem Propagandaaufwand unter dem Motto „Stark. Schwarz. Weiblich“ oder „Vom Ausstieg zum Einstieg. Kniffe gegen den Karriereknick“ gestartet hat (derStandard-online 06.09.00 bzw. 08.11.01); Wenig zielführend erscheinen auch die von Generalsekretärin Rauch-Kallat präsentierte Vorhaben der ÖVP, Ausgaben für Kinderbetreuung steuerlich absetzbar zu machen (nur wenige Frauen sind in der privilegierten Position der Selbstveranlagung!) und die bedarfsgerechte Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten den Gemeinden zu überlassen (lässt ein Auseinanderdriften der Angebotsqualität in urbanen und „moderner“ größeren Gemeinden einerseits und ländlichen und „traditionalistischeren“ kleineren Gemeinden andererseits erwarten) (derStandard-online 28.07.02).

Ein weiteres Problem beim Kindergeld ist die Tatsache, dass ausländische Frauen, die keinen Anspruch auf Familienbeihilfe haben, vom Bezug des Kindergeldes ausgeschlossen sind. Das hängt damit zusammen, dass jedenfalls aus der Sicht von FPÖ-Klubobmann Westenthaler das Kindergeld auch *volkspolitisch und insofern rassistisch* motiviert ist: Westenthaler begründet nämlich das Kindergeld folgendermaßen: „Wir wollen mehr Kinder in Österreich haben, damit wir nicht das Argument hören, das ja von der linken Seite immer wieder kommt, wir brauchen Zuwanderung zur Sicherung der Pensionen“ (der standard-online, 7.1.2001)!

Als Rückschritt im Bereich der Integration von Frauen ins Beschäftigungssystem wird auch das neue „**Objektivierungsgesetz**“ gewertet: in Zukunft sind demnach Frauen nicht mehr unter allen Umständen den Männern bei gleicher Qualifikation vorzuziehen.

Eine Verschlechterung für knapp 20.000 Betroffene, aber ebenfalls einen sanften Zwang zu Mutterglück und Familienorientierung, bedeutet die **Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung für Ehepartner/innen oder Lebensgefährten/innen, die kein Kind erziehen oder mindestens vier Jahre lang erzogen haben** (derStandard-online 13.02.01).

In das Muster einer „sexistischen Reaktion“ fügt sich auch die Einsetzung einer „**Männerabteilung**“ durch Frauenminister Haupt im Frühjahr 2001 (derStandard-online 26.02.01).

Frauenpolitisch sowie rechtsstaatlich bedenklich ist es aber auch, dass „Human-Life-International“, eine Gruppe militanter **Abtreibungsgegnerinnen, die Frauen hindert oder zumindest durch Psychoterror davon abzuhalten versucht, eine ihnen durch die Fristenlösung eröffnete Möglichkeit wahrzunehmen**, von der ehemaligen Anwaltskanzlei des derzeitigen FPÖ-Justizminister Böhmdorfers vertreten wird (derStandard-online 11.06.02).

Als im Effekt frauenfeindlich und rechtsstaatlich grundsätzlich bedenklich wurde auch Vorschlag von Sozialminister Herbert Haupt Anfang August 2002 wahrgenommen, in Fällen von sexuellen Übergriffen auf Kinder oder auch bei Übergriffen am Arbeitsplatz sowohl Täter als auch Opfer einem - im heimischen Strafverfahren nicht zugelassenen - **Lügendetektortest** zu unterziehen. In den Augen der KritikerInnen impliziere Haupts Standpunkt nämlich "dass Opfer primär lügen". Die Folge wären noch mehr Freisprüche im Zweifel (derStandard-online 02.08.02).

Signifikant auch der **Paradigmenwechsel im Umgang mit autonomen Frauenorganisationen**: Der skandalverdächtige Umgang mit AMS-Fördermitteln im Falle des sogenannten EURO-Teams wurden von der FPÖVP-Parlamentsmehrheit zum Anlass genommen, die Vergabemodalitäten des ehemaligen Sozialministeriums und des AMS zwischen 1995 und 1999 in einem Untersuchungsausschuss zu prüfen. Dieser Ausschuss hat sich dabei dem grünen Abgeordneten Öllinger zufolge durch den Einsatz inquisitionsartiger Methoden als „mittelalterliches Hexengericht“ und „Gesinnungsschnüffelausschuss“ positioniert, der in

Wahrheit nicht auf Aufklärung, sondern auf „Rufschädigung und Behinderung“ der Arbeit der Frauenvereine und auf „Stimmungsmache, Diskriminierung und Skandalisierung von Frauenpolitik“ (S. Rosenberger, Politologin) abzielt (derStandard 21.06.02).

Wenn es nach dem Vertreter der Regierungsfraktionen Kukacka geht, dann wird Frauenförderung in Zukunft nach anderen, fremdenfeindlichen und androzentrischen Kriterien erfolgen: „Nicht förderwürdig ist zumindest für ihn der Verein Lefö, der in Zusammenarbeit u.a. mit dem Innenministerium die einzige Interventionsstelle für die Opfer des Frauenhandels betreibt. Unter anderem werden dabei illegale Prostituierte betreut, ... Förderungen aus Mitteln des AMS seien unzulässig, weil diese Frauen als Illegale logischerweise nicht die Klientel des Arbeitsmarktservice sind. Ebenfalls ‚nicht förderwürdig‘ ist eine Zeitschrift, die aus Mitteln des AMS eine Frau angestellt hat, aber ‚feministisch-lesbische Ziele‘ verfolgt. Dies schliesse Männer als Kollegen ‚von vornherein aus‘ und verletze somit ‚das Gleichbehandlungsgesetz‘“ (CeiberWeiber 20.06.02).

Ein letzten Anschlag auf emanzipatorische Fraueninteresse vor den vorzeitigen Neuwahlen wurde von KritikerInnen hinter dem Plan von Frauenminister Haupt vermutet, den **„Käthe-Leichter-Preis - Österreichischer Staatspreis für die Frauengeschichte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung“ durch eine Preis „EVA“ für besondere Leistungen von Frauen im Alltag zu ersetzen:**

Mit dem 1991 ins Leben gerufenen Käthe-Leichter-Preis sollte das Andenken an die Nationalökonomin Käthe Leichter, die als erste Frauenreferentin der Wiener Arbeiterkammer wissenschaftliche Pionierarbeit geleistet hat und im KZ Ravensbrück ermordet wurde, lebendig erhalten und all jenen, die in ihrem Sinn weiterarbeiten, die gebührende Anerkennung zuteil werden. Gleichzeitig sollte mit dem Preis die wissenschaftliche Bedeutung und die gesellschaftliche Relevanz von Frauenforschung unterstrichen werden.

Die Jury, die die PreisträgerInnen nominieren sollte, wurde seit Februar 2000 nicht mehr einberufen. Statt dessen erging nun an die Jurymitglieder ein Brief aus dem Ministerium, in dem es heißt: "Die Abteilung für Grundsatz- und internationale Frauenangelegenheiten teilt auftragsgemäß mit, dass Herr Bundesminister Mag. Herbert Haupt beabsichtigt, in Hinkunft anstatt des ‚Käthe-Leichter-Staatspreises‘ einen weitaus umfassenderen Bundespreis ‚EVA‘ zu vergeben. Dieser Preis wird an Frauen verliehen, die Hervorragendes in vielen Bereichen des täglichen Lebens geleistet haben“. Der „EVA“-Preis zielt also, wie WissenschaftlerInnen, ArbeitnehmerInnenvertretungen und Opposition befürchten, auf ein traditionelles, unpolitisches und nicht-intellektuelles Rollenbild der Frau und auf eine Aufwertung von Leistungen im Bereich der privaten Reproduktion ab.

Minister Haupt beeilte sich angesichts der Kritik zu versichern, dass der Käthe-Leichter-Preis in Zukunft durch das Wirtschaftsministerium vergeben werden solle - es handle sich also lediglich um einen Ressortwechsel. Man darf gespannt sein, was nun tatsächlich geschieht ... (Profil Heft 40/2002, APA OTS 30.09.02).

- Ein – aus grundrechtlicher Sicht per se ebenfalls unbedenklicher – Schwerpunkt blauschwarzer Regierungsarbeit ist die Verwaltungsreform und in diesem Zusammenhang die „Verschlankung“ des Verwaltungsdienstes sowie die Zurückdrängung der Pragmatisierung. Dasselbe gilt für die unter dem unschuldigen Schlagwort einer „Objektivierung der

Postenvergabe“ vorgenommene Umfärbung der Vorstandsetagen von Ministerien (z.B. die Ablöse der SP-nahen Chefs des Wiener Sicherheitsbüros Edelbacher, der Fremdensektion Szymanski, der Gendarmerie Strohmeyer und der Staatspolizei Haindl im Zuge der Reorganisation des Innenressorts im Frühsommer 2002 sowie die Frühpensionierungen SP-naher Spitzenbeamter im Bereich der Gendarmerie durch VP-Minister Strasser und diverse Personalrochaden im Bereich des Sozialministeriums sowie des Finanzministeriums noch kurz vor den vorgezogenen Neuwahlen im Herbst 2002, s. derStandard-online 07.06.02, 10.06.02, 25.09.02, 08.10.02, 27.10.02), von ORF, ÖIAG und staatsnahen Betrieben und Forschungseinrichtungen (z.B. Seibersdorf) auf schwarz-blau, zumal dieser ja auch eine rot-schwarze Einfärbung vorausgegangen ist. Häufig wird jedoch übersehen, dass bei der Staats- und Verwaltungsreform auch wichtige liberale Verfassungsprinzipien ins Visier blau-schwarzer Reformer/innen geraten: *die Gewaltenteilung sowie die Unabhängigkeit von Verwaltung und Justiz*. Pragmatisierung und Versetzungsschutz haben ja auch den Sinn, die Beamtenschaft und den Verwaltungs- und Justizbetrieb vor Übergriffen seitens der Politik zu schützen. Deshalb bedarf es dieser Schutzmaßnahmen in sensiblen Bereichen, zu denen Polizei und Justiz, von manchen auch Bildung und Wissenschaft gezählt werden. Öffentlichen Stellungnahmen zufolge ist in dieser Angelegenheit die FPÖ (neuerdings Vizekanzerin Riess-Passer, vgl. Der Standard-Online 1.2. und 26.2.2001) im Wesentlichen sorgloser als die ÖVP (neuerdings Finanz-Staatssekretär Finz, vgl. Der Standard-Online 14.2. und 23.2.2001).

Dass diese Sorglosigkeit der FPÖ unter Stress in die Bereitschaft zu einem willkürlichen Einsatz staatlicher Macht umschlagen kann, welcher der Gewaltenteilung Hohn spricht, hat sich anlässlich der sogenannten „**Spitzelaffäre**“ herausgestellt: Freiheitliche Spitzenfunktionäre – allen voran Klubobmann Westenthaler, Haider und Vizekanzerin Riess-Passer – überschlugen sich mit Vorwürfen und Abberufungsforderungen an Polizei (v.a. gegen den „notorischen Roten“ Buxbaum, Leiter der Sonderkommission im Innenministerium, gegen Horngacher von der Wirtschaftspolizei und gegen den zuständigen Ressortminister Strasser, derStandard-online 04.11.00, 11.11.00), an die Staatsanwaltschaft, an die Justiz (Untersuchungsrichter Erdei – so Westenthaler - „hat sie nicht alle“) (derStandard-online 10.12.00).

Hinzu kam die von zahlreichen AkteurInnen des Justizsystems bis hin zum Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Adamovich als unvereinbar angesehene Tatsache, dass ein Minister, der lange Jahre Parteianwalt der FPÖ war und selbst der Verwicklung in den Spitzelskandal verdächtigt wird (Falter 43/00), für die Untersuchung ressortzuständig und weisungsbefugt ist und darüber hinaus einem Verdächtigen und ehemaligen Mandanten vorweg in aller Öffentlichkeit bescheinigt, „über jeden Verdacht erhaben“ zu sein (derStandard-online 30.10.00).

Es überrascht daher nicht, dass diese Vorgänge den Bundespräsidenten zur Stellungnahme bewegen und zu bisher nicht gekannten öffentlichen Initiativen im Interesse der Unabhängigkeit der Justiz von Seiten der StaatsanwältInnen und der Richterschaft geführt haben (derStandard-online 16.12.00 bzw. 18.12.00).

Vor diesem Hintergrund erscheint auch die im - mittlerweile zur Regierungsvorlage gediehenen - **Entwurf der neuen STPO** eingeschlagene und von Richtern und Staatsanwälten kritisierte Linie, die Federführung bei Ermittlungsverfahren von unabhängigen Richtern zu einer - nach wie vor

weisungsabhängigen - Staatsanwaltschaft und von dort zur Polizei zu verlagern, besonders problematisch (derStandard-online 03.06.02). Eine – von Böhmdorfer urgierte - Beschlussfassung noch vor den Neuwahlen im Herbst 2002 scheint auf Grund von Vorbehalten des Koalitionspartners aber nun doch nicht mehr zustande zu kommen (der Standard-online 10.09.02).

Auf heftigen Protest der Richtervereinigung ist auch der Versuch des Justizministers gestoßen, mittels **erlassförmigen Tips und Vorverurteilungen** in laufende Gerichtsverfahren betreffend die (von Seiten des Ministeriums als Versuch der Umgehung des Aufenthaltsgesetzes interpretierte) Adoption ausländischer Erwachsener einzugreifen und in diesem Zusammenhang auch in unzulässiger Weise auf die Dienstbeschreibung von FamilienrichterInnen Einfluß zu nehmen (derStandard-online 26.6.02).

Auch die – ungewöhnliche und vermutlich politisch motivierte - **Abberufung des österreichischen Richters Fuhrmann beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg** wurde selbst von dessen gewöhnlich äußerst zurückhaltenden Schweizer Präsidenten Wildhaber als Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz empfunden und mit dem Kommentar quittiert wurde, die österreichische Regierung wolle offenbar „... die Richtigkeit des Weisenberichts beweisen“ (derStandard-Online 01.03.2001)

Ein Schritt der Subversion der Gewaltenteilung im österreichischen Regierungssystem war die **Infragestellung des Amtes des Bundespräsidenten** seitens der Freiheitlichen im April 2001 (derStandard-online 27.04.01).

Vorläufiger Höhepunkt der Angriffe auf die Gewaltenteilung sind aber zweifellos die **Attacken Haider auf den Verfassungsgerichtshof** im Zusammenhang mit dessen Spruch in der Ortstafel-Frage Ende 2001/ Anfang 2002 (Faschingsurteil, unwürdiges und unpatriotisches Verhalten, sozialistisches Mehrheitsurteil, „absolut wichtig“). Die Situation wird dadurch noch dramatischer, dass sich die gesamte FPÖ bis zu VK Riess-Passer, aber auch die Kärntner Filialen von SPÖ und ÖVP hinter Haider gestellt hat (derStandard-online 27.12.01, 07.01.02., 15.01.02) Im Februar 2002 setzt Haider beim seinem berüchtigten Rieder Aschermittwoch nochmals nach und setzt sich mit dem ungeheuren deutschnational-fremdenfeindlichen Satz in Szene: "Wenn einer schon Adamovich heißt, muss man sich zuerst einmal fragen, ob er eine ordentliche Aufenthaltsberechtigung hat" (derStandard-online 14.02.02).

Als im Mai 2002 der VGH in seinem Jahresbericht darauf reagierte und von einem „Fußtritt für den Rechtsstaat“ und einer „Theorie für einen Staatsstreich“ sprach, bekräftigte Haider, dass es in Kärnten „keine einzige Ortstafel mehr geben“ werde und bezeichnete die VGH-Kritik als „kindisch und dumm“, Westenthaler bezeichnete sie als erbärmlich, und auch Khol sekundierte mit der Feststellung, hier werde „unnötig dramatisiert“ und das Ausmaß der Kritik überschritten, das in einem Tätigkeitsbericht nach 1945 je enthalten gewesen sei (derStandard-online 14.-16.05.02). Die Frage, ob zuvor nicht ein VGH-Urteil in einer seit 1945 noch nicht da gewesenen Weise ignoriert wurde, hat Herr Khol nicht gestellt

Im Juni 2002 erklärte LH Haider in provozierender Ignoranz des VGH-Entscheids neuerlich im ORF-Radio: „... wir haben keinen Handlungsbedarf“ und „wir machen uns nicht strafbar“, wenn sich nichts ändert (derStandard-online 27.06.02).

Als es im Herbst 2002 darum ging, eine NachfolgerIn für den scheidenden Präsidenten Adamovich und eine weitere VerfassungsrichterIn zu bestellen, hatte man es angesichts der vorverlegten Neuwahlen sehr eilig: Unter Protest der Opposition wurden nach einer **verkürzten Ausschreibungsfrist von lediglich zwei (!) Wochen und unter Verzicht auf ein öffentliches Hearing** Karl Korinek (bisheriger Vizepräsident des VGH; VP-nah) als neuer Präsident und Rudolf Haller (bisheriger Vorsitzender des Datenschutzrates; FP-nah geltend) als neuer Verfassungsrichter bestellt. Noch hastiger war man dann bei der **Ausschreibung der Position der VizepräsidentIn**: sie erfolgte (nach Meinung des Verfassungsexperten Mayr rechtswidrigerweise) noch bevor Korinek vom Bundespräsidenten zum Präsidenten bestellt wurde, die Stelle war also zum Zeitpunkt der Ausschreibung noch gar nicht frei. Offenkundig hatten die maximale Ausschöpfung des Stellenmarktes und die Transparenz des Bestellungsprozesses und die Einhaltung des vorgeschriebenen prozedere gegenüber der politischen Farbenlehre keine Bedeutung. Nun lässt der brüskierte Präsident Schüssel warten. Ob sich die Neubesetzung noch vor den Neuwahlen ausgeht ist unklar. (derStandard-online 01.10.02, 08.10.02, 09.10.02)).

Aber auch der **Verwaltungsgerichtshof** ist ins Visier der Rechtsstaats skeptiker in der FPÖ geraten: Als dieser Ende Juli 2002 den Bewilligungsbescheid für einen Bauabschnitt der Koralmbahn – ein umstrittenes Prestigeobjekt des Kärntner Landeshauptmanns, dass dieser bei der freiheitlichen Verkehrsministerin durchgesetzt hatte – mit der Begründung aufhob, eine nach EU-Recht vorgesehene Umweltverträglichkeitsprüfung sei nicht durchgeführt worden, wurde dieses von freiheitlicher Seite sofort in unsachlicher Weise heftig attackiert: FPÖ-Verkehrsminister Reichhold sprach von einer „fragwürdigen Aktion“ und einer „gegen Kärnten“ gerichteten „juristische Spitzfindigkeit“, und Haider witterte dahinter gar eine „böse Absicht“ und „einen neuerlichen Versuch eines Höchstgerichtes, Kärnten zu schaden“ (derStandard-online 30.07.02, 31.07.02)

Ein weiteres Beispiel für den Versuch, eine bisher relativ autonom agierende Einrichtung des Bundes durch „Verwaltungsreform“ in direkte Regie der Regierungspolitik zu nehmen, war der auf eine Initiative von VK Riess-Passer zurückgehende und Anfang Juli 2002 im Parlament gefasste Beschluß, die als hochwertige Ausbildungseinrichtung für Verwaltungskader mit einem verwaltungswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkt konzipierte „**Verwaltungsakademie des Bundes**“ **aufzulösen** und deren Funktionen den einzelnen Ressorts zu übertragen (derStandard-online 26.05.02, 09.07.02).

Dass derlei Vorgänge im Zuge der Verwaltungsreform bei den Betroffenen nicht ohne Widerspruch geblieben sind, wurde bereits verschiedentlich aufgezeigt. Bezeichnend die Reaktion der Regierung darauf: VK Riess-Passer hat entschieden, die **Personalvertretungswahlen bis 2003 auszusetzen**, mit der kaltschnäuzigen und zynischen Begründung, die MitarbeiterInnen sollten nicht „durch Wahlen blockiert werden“. Die Empörung der Opposition darüber hat sie einfach als „künstliche Aufregung“ vom Tisch gewischt (derStandard-online 09.07.02). Bleibt zu hoffen, dass dieses demokratiepolitisch bedenklich Beispiel in Zeiten permanenter Institutionenreform nicht auch außerhalb des Bereichs der Verwaltung Schule macht. Angesichts des – naturgemäß von den Freiheitlichen für „diskussionswert“ erachteten, von der Opposition hingegen heftig abgelehnten - Vorschlags des oberösterreichischen Landeshauptmanns Pühringer, die Legislaturperiode künftiger Regierungen auf zumindest fünf Jahre zu verlängern (derStandard-online 07.08.02), scheinen solche Befürchtungen durchaus berechtigt ...

- Im Bereich der inneren Sicherheitspolitik ist bei der blau-schwarzen Regierungskoalition eine verstärkte Akzent auf „Recht und Ordnung“ angesagt: Auch das ist zunächst durchaus Bestandteil und im legitimen Rahmen eines normalen demokratischen Wechsels. Problematisch wird es freilich, wenn dabei – wie in einigen Reformvorschlägen der FPÖ zur Verbrechensbekämpfung oder in bereits beschlossenen Polizei- und Militärgesetzen - schwerwiegende *Eingriffe in das durch die Verfassung geschützte Persönlichkeitsrecht* in Kauf genommen werden:

So hat die FPÖ etwa im Bereich des Sexualstrafrechts mit der Idee der Einrichtung einer „**Kinderschänder-Watch-List**“ Aufsehen erregt, und FPÖ-Verkehrsministerin Forstinger kann sich vorstellen, einen Harntest für DrogenkonsumentInnen einzuführen, der im Falle einer positiven Reaktion zur Abnahme eines Führerscheins führen könnte, auch wenn zum Zeitpunkt des Tests gar keine Verkehrsbeeinträchtigung mehr vorliegt.

Das neue **Sicherheitspolizeigesetz** wird nicht nur von Oppositionspolitiker/inne/n, sondern auch von AnwältInnen und VerfassungsjuristInnen dahingehend kritisiert, dass die/der dort vorgesehene Rechtsschutzbeauftragte Auskünfte und Unterlagen nicht erhalten soll, wenn ihre Bekanntgabe die nationale Sicherheit oder die Sicherheit von Menschen gefährden würde (derStandard-online 27.06.00). Höchst problematisch und daher umstritten ist auch die Einführung der verdeckten Ermittlung unter Beteiligung von privaten Vertrauenspersonen („private Geheimpolizei“, Pilz)) und – im Zusammenhang damit die Erstellung eines sogenannten Vertrauenspersonenindex („Spitzelkartei“, Pilz) (derStandard-online 13.06.02).

Im neuen **Militärbefugnisgesetz**, mit dem „Spitzeldienste des Militärs legalisiert“ werden (Van der Bellen) ist gar erst dann eine Überprüfungsmöglichkeit nachrichtendienstlicher Tätigkeit vorgesehen, wenn Rechtswidrigkeit vermutet wird oder Personen behaupten, in ihren Rechten verletzt worden zu sein. Zudem wird an der Unabhängigkeit der Rechtsschutzbeauftragten gezweifelt, weil diese direkt von der Regierung eingesetzt werden sollen (derStandard-online 27.6.00). Kurz vor Beschlussfassung im Parlament wurden zudem noch die Verpflichtung öffentlicher Telekommunikationsdienste, unverzüglich und kostenlos Auskünfte über InhaberInnen, Anschrift und Teilnehmernummern für Sie interessanter Anschlüsse zu erteilen sowie die Verpflichtung aller zur Ausstellung von Urkunden berechtigten Behörden, „Legenden“ für verdeckte Ermittler auszustellen, aufgenommen (derStandard-online 13.06.02):

Weitere Beispiele waren die nach dem Terrorangriff auf das WTC (11.9.01) erhobenen Forderungen nach „**Fingerabdrücken für alle**“ und nach einer weiteren, der **Genfer Konvention widersprechenden Verschärfung** des Asylrechts durch Haider und Westenthaler (Anträge nur noch im Heimatland, Meldpflicht für AsylwerberInnen, Verfahrensbeschleunigung unter Inkaufnahme der Beschneidung von Berufungsmöglichkeiten, Beschränkung des Asylrechts auf der Herkunftscontinent etc., vgl. derStandard-online 25.09.01, 20.10.01, 04.06.02).

Unauffälliger, aber möglicherweise ebenso schwerwiegend sind die aus dem seit Jänner 2002 in Betrieb befindlichen „**zentralen Melderegister**“ beim Innenministerium resultierenden Gefahren für die Persönlichkeitsrechte: Die zwölfstellige Nummer, mit der alle in Österreich Gemeldeten elektronisch registriert sind, wird bald von allen Behörden verwendet werden, und auf Grund der wachsenden Fülle der zentral gespeicherte Informationen über jeden Einzelnen werde etwa eine Rasterfahndung zunehmend „ein Kinderspiel“, meint der Datenschutzexperte Zeger. Auch Datenräubern könnten in Zukunft auf einen Schlag Auskünfte über Kredite, Mahnungen oder Arztbesuche in die Hände (derStandard 17.05.2001, 10./11.08.2002)

Voll im Trend des „Law-and-Order um jeden Preis“ liegt aber auch die Tendenz, Jugendliche ungeachtet ihrer psychischen Sondersituation der vollen Härte des Strafgesetzes zu unterwerfen und **selbständiges Jugendstrafrecht und eigenständige Jugendgerichtsbarkeit aufzuheben**: der erste Schritt dazu war die Einschränkung des Sonderstrafrechts für Jugendliche 2001, der nächste das vorweg im Ministerrat akkordierte und danach per fax dekretierte Vorhaben im April 2002, den eigenständigen Jugendgerichtshofs auflösen zu wollen, obwohl der Gerichtspräsident, Richtervereinigung, die große Mehrheit der RichterInnen und ExpertInnen massive Bedenken dagegen vorgebracht haben. (der Standard-online 16.04.02, 28.05.02). Der diesbezügliche Gesetzesentwurf passierte noch am 10.9.02 - einen Tag nach Ankündigungen der vorgezogenen Neuwahlen – den Ministerrat, die von Böhmendorfer geforderte Beschlussfassung noch vor den Wahlen wird jedoch vom Koalitionspartner auf Grund des nach wie vor bestehenden Diskussionsbedarfs verweigert (derStandard-online 10.09.02). Dies hat Böhmendorfer jedoch nicht daran gehindert, per Verordnung bereits die Übersiedlung des Jugendgerichtshofs ins Landesgericht zu dekretieren (derStandard-online 20.09.02).

Auf dieser Linie liegt aber auch das – von VK Riess-Passer als „Initiative der Bürgergesellschaft“ verteidigte – FPÖ-Projekt von **Bürgerwehren**, die mit Videokameras und Handys ausgerüstet den Kampf gegen Drogendealer („vorwiegend schwarzafrikanische Asylanten“ - so FPÖ-Partik-Pablé übereinstimmend mit ÖVP-Kiss in der ORF-Diskussion „betrifft“ am 26.05.02) und Ordnungsstörende in Parks, Einkaufsstrassen und öffentlichen Verkehrsmittel aufnehmen sollen. Das in Graz gestartete Projekt, das als Eingriff in die Persönlichkeitssphäre, als Gefährdung des staatlichen Gewaltmonopols und als Rüstung für den Bürgerkrieg nach dem Muster der 1. Republik interpretiert werden kann, und (vorerst?) von den angeblich Geschützten selbst und von Angehörige aller anderen Parteien entschieden abgelehnt wird, soll auch in anderen österreichischen Städten Schule machen (derStandard-online 13.05.02).

- Innerhalb der neuen Regierungskoalition werden aber auch - weit über den Bereich einer normalen „Deregulierung“ und „Redimensionierung“ der Sozialpartnerschaft hinausge-

hende - Forderungen laut und Maßnahmen gesetzt, deren Realisierung geeignet scheint, die *Realverfassung der Gesellschaft zu verändern, ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation zu beeinträchtigen und ihre Abhängigkeit vom Staat zu verstärken:*

Dazu zählen die FPÖ-Forderung nach einer **40 %-igen Kürzung der Arbeiterkammerumlage**, die auf eine massive Schwächung einer wichtigen Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen hinauslaufen würde, der neue Stil des Regierens ohne Rücksicht auf den Sozialpartner-Konsensus - und nicht zuletzt die Abberufung des Präsidiums des Hauptverbandes der SV-Träger durch FPÖ-Sozialminister Haupt – mit der autoritären Begründung, Präsident Sallmutter sei nicht mehr tragbar, weil er „die Rechtsauffassung des Ministeriums nicht teilt“ - sowie die Drohung des Ministers, den **Hauptverband der SV-Träger als autonomen Selbstverwaltungskörper zu zerschlagen** und durch eine Holding mit einer von der Regierung eingesetzten Leitung zu ersetzen – und weiters die – von Kritiker/inne/n als „Zensurparagraf“ bezeichnete - Verpflichtung, Informationsschreiben des Verbandes in Zukunft dem Sozialminister als Aufsichtsbehörde vorzulegen (derStandard-online 17.10.01)

Mittlerweile hat der Verfassungsgerichtshof eine Prüfung der Hauptverbandsreform wegen Bedenken betreffend die Bestimmung, die die Unvereinbarkeit einer Tätigkeit im Verwaltungsrat des Hauptverbandes mit einer leitenden Gewerkschaftsfunktion vorsieht, eingeleitet; diese Bestimmung stehe möglicherweise mit dem Konzept der Selbstverwaltung in Widerspruch (deStandard-online 10.07.02). Mit einer Entscheidung vor den vorzeitigen Neuwahlen im November 2002 ist jedoch auf Grund eines Regierungsantrags auf Verlängerung der Stellungnahme-Frist nicht mehr zu rechnen (derStandard-online 19.09.02).

Ihre Fortsetzung hat diese Ausschaltung der Selbstverwaltung und die Besetzung von Spitzenfunktionen entgegen den politischen Mehrheitsverhältnissen im Bereich der dafür bisher verantwortlichen Arbeitnehmerorganisationen zwecks Sicherung des Regierungseinflusses mit der Bestellung von E. Wetscherek (VP) und R. Gaugg (FP) zum Generaldirektor bzw. GD-Stellvertreter der neu geschaffenen Pensionsversicherungsanstalt (PVA) durch den mit einer satten blauschwarzer Mehrheit ausgestatteten „Überleitungsausschuss“ (derStandard-online 28.05.02). Der von diesem gewünschter Sondervertrag, der Gaugg nicht nur die Dienstprüfung ersparen, sondern auch eine fette Gage und die Anrechnung aller nur erdenklichen Vordienstzeiten bringen sollte, wurde ihm jedoch bis Juli 2002 vom „Überleitungsausschuss“ zweimal abgelehnt (derStandard-online 18.07.02), ehe der Kandidat der „Anti-Privilegien-Partei“ im August - nachdem er am Steuer „Alkoholsymptome“ gezeigt und einen Alkoholtest verweigert hatte – über Nacht aus Politik und PVA-Funktion ausscheiden musste (derStandard-online 05.08.02). Statt ihm wurde dann allerdings vom Überleitungsausschuss einstimmig mit Univ. Prof. R. Ammer ein parteiunabhängiger Gesundheitsexperte zum GD-Stellvertreter bestellt (derStandard-online 19.09.02).

Als Flankenschutz für die Angriffe auf die Selbstverwaltungskörper und wohl auch zur Ablenkung von der Affäre Gaugg haben sich Sozialminister Haupt und Verkehrsminister Reichhold in Vollzug einer entsprechenden Aufforderung durch das „einfache FPÖ-Mitglied“ Haider im August 2002 von Amts wegen auf die **Suche nach angeblichen „rot-schwarzen Privilegien“** gegeben: Nach einer Erhebung über Verträge und mögliche lukrative Sonderklauseln in den Krankenkassen nahm Haupt – begleitet von einem Aufschrei des Betriebsrates, der Gewerkschaft und der Opposition - die Krankenstände in der Pensionsversicherung im Visier. In einem Brief an den Generaldirektor der Pensionsversicherungsanstalt (PVA), Ewald Wetscherek, verlangt das Ministerium ohne jegliche datenschutzrechtliche Bedenken Auskunft über die Namen der Bediensteten, die im Vorjahr länger als drei Wochen im Krankenstand waren. In Berufung auf den Datenschutz stellte die PVA dem Sozialminister jedoch nur statistisch aufbereitete, anonymisierte Daten zur Verfügung (derStandard-online 23.08.02, 29.08.02). Reichhold will auf seiner Jagd nach „Privilegien“ vom Rechnungshof die Regelungen für die wegen einer Funktion als Personal-/ GewerkschaftsvertreterIn dienstfrei gestellte MitarbeiterInnen bei der ÖBB - Ausmaß der Dienstfreistellungen, Bereitstellung von Dienstwägen, unternommene Dienstreisen, Bezüge, Karriereverläufe, Aufwandsentschädigungen von Seiten Dritter - prüfen lassen. Das zielt unmittelbar auf die Arbeitnehmervertretungen, indirekt aber auch auf das Betriebsverfassungsgesetz, das ja zur Erleichterung der Wahrnehmung der Vertretungsaufgaben zum Schutz der Personalvertretung Sonderre-

gelungen vorsieht (derStandard-online 28.08.02).

Ein weiteres Beispiel eines Angriffs auf ArbeitnehmerInnenorganisationen als Teil der gesellschaftliche Realverfassung war der **FPÖ-Vorschlag, leitende Funktionäre der Trägerorganisationen der WSP vom passiven Wahlrecht zum Nationalrat auszuschließen** (derStandard-online 13.07.01, 20.07.01, 11.06.02, 10.08.02) sowie die generelle Infragestellung des ÖGB als „nicht mehr zeitgemäß“ durch FPÖ-Gorbach im Sommer 2001 (derStandard-online 07.09.01).

Der nächste Schritt der Aushöhlung gesellschaftlicher Selbstorganisation durch die Sozialpartner war die **Verweigerung der Mitgliedsbeiträge und damit von 50% des Budgets für den Sozialpartnern getragenen „Verein für Konsumenteninformation (VKI)“** durch Justizminister Böhmendorfer. Unter dem Vorwand, für die KonsumentInnen einen „unabhängigen Konsumentenschutz“ erreichen zu wollen, soll damit im Widerspruch zur ansonsten auf Seiten der Regierung so beliebten Privatisierungsrhetorik und entgegen europäischen Gepflogenheiten ein weiteres Handlungsfeld unter ministerielle Kontrolle gebracht und quasi verstaatlicht werden (derStandard-online 02.04.02).

Ein weitere Fall der Zerschlagung demokratischer Selbstverwaltung war die – im Eiltempo (von März bis Juli 2003 vom Ministerialentwurf über Regierungsvorlage bis zur parlamentarischen Beschlussfassung) und weitgehend über die Köpfe der betroffenen hinweg erfolgte - **Neuorganisation der Universität**, mit der – im krassen Widerspruch zur bisher maßgeblichen Humboldt'schen Universitätsidee die Marktorientierung der Universität verordnet, die Organisation zentralisiert und die Mitbestimmung entsorgt, die autonome Gemeinschaft der Lehrenden zu einem weisungsabhängigen und gehorsampflichtigen Personal degradiert und die Studierenden von prinzipiell gleichberechtigten Beteiligten am Prozess der Bildung durch Wissenschaft zu zahlungspflichtigen Konsument/innen von Ausbildungsangeboten umfunktioniert werden (derStandard-online 11.08.02).

Besorgniserregend im Hinblick auf den Grundwert der Autonomie der Wissenschaft und die Zukunftsperspektiven von nicht kurzfristig rentabler Grundlagenforschung und nicht machtgenehmer kritischer Gesellschaftsforschung waren auch die im August 2002 bekannt gewordenen Pläne von FPÖ-Verkehrsminister Reichold und FPÖ-Wissenschaftssprecher Graf, den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) durch Zusammenlegung mit anderen Institutionen der Forschungsförderung wie dem derzeit für die „angewandte Forschung“ zuständigen Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft (FFF) im üblichen Eiltempo - Präsentation am 16. September, kurze Begutachtung, Inkrafttreten im Jänner – ohne vorhergehender Evaluierung und ohne Einbindung der für den FWF Verantwortlichen aufzulösen. FWF und Wirtschaftskammer haben sich bereits vorsorglich dagegen ausgesprochen (derStandard-online 24.08.02). Nach Ablehnung durch das Wissenschaftsministerium ist die umstrittene Fusionierung des FWF mit dem FFF vom Tisch. Der FWF soll vorderhand eigenständig bleiben (derStandard-online 04.09.02).

Hinzuweisen ist hier aber auch Maßnahmen im Zuge der Budgetsanierung wie die **Einschränkung der Zivildienststellen und die Streichung der begünstigten Posttarife**, die geeignet sind, autonome Assoziationen, Initiativen und karitative Organisationen der so genannten „Zivilgesellschaft“ in ihrer Existenz zu gefährden. Andererseits wird laut Liste für das Jahr 2001 nun der deutsch-nationale „Pennälerring“ unter dem Titel „Jugendförderung“ von Sozialminister Haupt finanziell unterstützt; auch die Renovierung von Vereinslokalen und Sanitäranlagen deutschnationaler Verbindungen wird - unter dem Titel der "Projektförderung" – neuerdings aus Mitteln der Jugendförderung vom Sozialministerium gefördert (derStandard-online 27.6.02).

- Aus grundrechtlicher und demokratietheoretischer Sicht höchst bedenklich sind weiters die wiederholten und auch im so genannten „Weisenbericht“ (Ahtisaari u.a. 2000) kritisch kommentierten Vorstöße führender FPÖ-Politiker, die auf eine *Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit* hinauslaufen:

In diesen Bereich fallen die von der Kanzlei Böhmendorfer eingebrachten „**Einschüchterungsklagen**“ gegen Medien bzw. JournalistInnen (profil, Standard, Falter, News bzw. Rauscher, Worm, Thurnher u.a.) kritische WissenschaftlerInnen (Pelinka, Neugebauer), KünstlerInnen (Heller) und Intellektuelle und die von den Betroffenen als massiv empfundene Versuche der **Interventionen in die Berichterstattung des ORF**. Mittlerweile sind ja bekanntlich bereits – mit der in der **ORF-Reform 2001** erfolgten Installierung blau-schwarzer Intendanten mit verstärkten Durchgriffsrechten - die personellen und strukturellen Voraussetzungen für eine Instrumentalisierung des ORF für die FPÖVP-Wendepolitik geschaffen (derStandard-online 13.03.01, 05.07.01). Wie entsprechende Analysen von Mediawatch zeigen, hat sich allerdings solchen Befürchtungen zum Trotz die relative Medienpräsenz von Regierung und Opposition weder im Übergang von der SPÖ-ÖVP- zur ÖVP-FPÖ-Koalition noch durch den von der FPÖVP herbeigeführten Führungswechsel im ORF erheblich verändert: Nach wie vor entfallen ca. drei Viertel der Redezeit auf VertreterInnen der Regierungsparteien (vgl. derStandard-online 30.10.01, 05.08.02).

Weiters zählt dazu die von Haider anlässlich der innenpolitischen Auseinandersetzungen um die sogenannten „EU-Sanktionen“ geborene und von Justizminister Böhmendorfer sowie Vizekanzlerin Riess-Passer für „überlegenswert“ befundene Idee, **regierungskritische Oppositionspolitiker wegen Hochverrats vor Gericht zu bringen**. Mittlerweile gibt es sogar Gesetzesentwürfe des Justizministers (neue STPO) und der Außenministerin („Informationssicherheitsgesetz“), in denen die Bestrafung von Enthüllungsjournalismus vorgesehen ist (derStandard-online 30.04.01 bzw. 20.10.00);

Auf Kritik des Presserates wegen der damit verbundenen Einschränkung der „Freiheit in Berichterstattung und Kommentar“ stößt aber auch das Informationsverhalten des Justizministers, der – so die Klage eines „Falter“-Journalisten, Recherchen durch „**Maulkorberlässe**“ für potentielle Auskunftspersonen unterbindet (derStandard-online 28.06.02)

Auf Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit zielt auch die von FPÖ und ÖVP-PolitikerInnen wiederholt erhobene Forderung ab, die wöchentlichen Donnerstagsdemonstrationen gegen „Blau-Schwarz“ zu unterbinden.

Ein weiteres Beispiel für den **Angriff auf das Demonstrationsrecht** war die vorverurteilende Denunziation der „Volkstanztheater-Karawane“ als angebliche Angehörige des „Schwarzen Blocks“ beim italienischen Polizeiapparat anlässlich des G8-Gipfels in Genua im Sommer 2001 (derStandard-online 27.07.01).

Bemerkenswert sind auch die Umstände der Anzeige gegen den grünen Abgeordneten Öllinger wegen angeblichen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ im Zusammenhang mit der Demonstration gegen die Kundgebung rechtsextremer Gegner der Wehrmachtausstellung ausgerechnet am Wiener Heldenplatz: Während Öllinger angibt, sich auf Ersuchen der Polizei zwecks Vermittlung bei Ausschreitungen am Ort der Demonstration befunden zu haben und dort seinerseits von Polizisten attackiert worden zu sein, als er sich nach der Dienstnummer eines Beamten erkundigen wollte, erheben Khol und Westenthaler den öffentlichen Vorwurf einer Beteiligung Öllingers an „linksextremer Gewalt“ und bestätigt die Staatsanwaltschaft erst danach das Vorliegen einer entsprechenden Anzeige, die ihrerseits allerdings erst nach der Mitteilung der Staatsanwaltschaft dort eingelangt sein soll (derstandard-online 17.04.02). Ein gefallener Abgeordneter oder eine Falle der Polizei und eine „Anzeige auf Zuruf“ (Pilz) der Regierungsparteien? Die Anzeige wurde jedenfalls nach drei Monaten zurückgelegt (derStandard-online 23.07.02).

Die erwähnten Ausschreitungen waren für die Regierungskoalition auch der willkommene Anlass, ein **generelles Vermummungsverbot** für politische Kundgebungen zu beschließen - ungeachtet der damit verbundenen Einschränkung der Demonstrationsfreiheit: DemonstrantInnen gegen totalitäre Regime können es sich wegen möglicher Repressionen gegen sie selbst und gegen Mitglieder ihrer Familien nicht riskieren, an Kundgebungen teilzunehmen, ohne ihre Identität zu verhüllen! (derStandard-online 03.07.02, 09.07.02)

Politisch zumindest dubios auch die Tatsache, dass am 8. Mai 2002 (Jahrestag der Kapitulation des NS-Regimes) der Heldenplatz und Josefsplatz für Demonstrationen linker Nazi-Gegner gesperrt wird, während es rechten und rechtsextremen Burschenschaften gestattet wurde, am „Tag der Niederlage“ in der Krypta des Heldentores ein **Totengedenken für gefallene Wehrmachtsoldaten und am Josefsplatz eine Kundgebung mit rechter Weltkriegsnostalgie** von NR Jung (FPÖ) und Polemik gegen „linke Intoleranz“ von Volksanwalt Stadler (FPÖ) abzuhalten

(derStandard-online 08.05.02).

Ebenso bedenklich, dass nun die Veranstalter der Anti-Nazi-Demonstrationen am 13. April und 8. Mai nach einer Anzeige der Bundespolizeidirektion Wien Geldstrafen für die Ausschreitungen zahlen sollen, die es bei diesen Demonstrationen gab. Diesen Versuch, die **Anmelder einer Demonstration unabhängig von deren Motivation und Verhalten pauschal für Ausschreitungen in deren Verlauf verantwortlich zu machen**, haben die Veranstalter der Anti-Nazi-Demonstration als eine "eklatante Aushebelung des Demonstrationsrechtes" kritisiert (derStandard-online 23.08.02).

In diesem Zusammenhang ist der Umstand bemerkenswert, dass heute Medien öffentlich gefördert werden, die man vor dem Februar 2002 als ausserhalb des legitimen Pluralismus liegend angesehen hätte: so finden sich seit dem schwarz-blauen Regierungsantritt **rechtsextreme Zeitschriften wie „Zur Zeit“ auf der Liste der Printmedien, die öffentliche Förderung beziehen** (Euro 62 499 oder öS. 860.000.- im Jahr 2001, vgl. derStandard-online 22.01.02, und Euro 75.550 oder über 1 Mio öS. Im Jahr 2002, vgl. derStandard-online 14.08.2002).

- Zweifellos hat jedes Land das Recht, den Zuzug Fremder zu regeln und nach Maßgabe der Möglichkeiten des Arbeits- und Wohnungsmarkts zu begrenzen. Aus grundrechtlicher Sicht bedenklich ist jedoch, wenn diese Regulierung und Begrenzung *aus rassistischen Motiven und unter Missachtung der Menschenrechtskonvention* erfolgt und dabei auch das *Asylrecht ausgehöhlt* wird:

So haben selbst starke ökonomische Motive, wie der Mangel an IT-Kräften, die FPÖ nicht zur Erhöhung der Zuwanderungsquoten für 2001 motivieren können, denn „wir sind den Wählern im Wort“; der Mehrbedarf solle – so Westenthaler mit der im Widerspruch zur Menschenrechtskonvention getroffenen Feststellung „Das Recht der Inländer auf Heimat ist stärker als das Recht der Ausländer auf Familienleben“ (futurelinks 2000) - auf Kosten der Teilquote für Familienzusammenführung gedeckt werden.

Im Gegenteil: Nach den fremdenfeindlichen Vorstellungen Haiders soll es in den nächsten Jahren „nicht nur einen **Einwanderungsstop** geben, sondern auch eine klare Sichtung jener, die hier anwesend sind. Viel zu viele Illegale, Straftaten, Drogenhändler – alle haben hier in Österreich nichts verloren. Das muss unser Interesse sein, hier eine konsequente Beseitigung herbeizuführen“ (Der Standard-Online 21.10.2001).

Zu den (allerdings bereits von der SPÖ-ÖVP-Koalition geerbten) **grundrechtlichen Defiziten** zählen insbesondere die Säumigkeit (hoher Rückstau) und Restriktivität (Quotierung der Familienzusammenführung; Ausschluss von Jugendlichen über 14) bei der Familienzusammenführung, die Schubhaft für unter-14-Jährige und die faktische Aushöhlung des Asylrechts mangels eines Rechts der Asylwerber/innen auf Bundesbetreuung. Neu hinzugekommen ist hier die Blockade einer EU-weiten liberaleren Regelung der Familienzusammenführung durch Justizminister Böhmdorfer im Mai 2001 (derStandard-online 28.05.01).

Der – als „Fortschritt, der sich am holländischen Modell orientiert“ verkaufte – Anfang Juli 2002 im Parlament beschlossene neue **Integrationsvertrag**, der nicht nur NeuzuzüglerInnen, sondern auch Arbeitslose erfasst und in Wahrheit keine neuen Rechte, aber neue Hürden (Gesundheitszeugnis) und neue Pflichten (z.B. verpflichtende, z.T. kostenpflichtige Deutschkurse) und bei Nicht-Erfüllung dieser Pflichten sogar den Entzug von Rechten (Erhöhung der Kursbeiträge, Geldstrafen bis hin zur Ausweisung) vorsieht, ist der bisherige Höhepunkt dieser Politik auf Regierungsebene; Dafür wurde gleichzeitig das so genannte „**Saisonier-Modell**“ **ausgeweitet** und damit der Weg zurück zum überholten „Gastarbeitermodell“ geebnet (vgl. derStandard-online 04.03.02, 10.07.02). Gleichzeitig macht nun die Bundes-ÖVP (!), ganz auf der Linie ihres xenophoben Koalitionspartners, gegen das im SPÖ-Programm für die Wiener Wahlen 2001 als Teil einer integrationspolitischen Offensive vorgesehene Vorhaben der Wiener Stadtregierung mobil, das passive Wahlrecht für AusländerInnen einzuführen. Klubobmann Khol hat jedenfalls diesbe-

züglich einen Einspruch der Bundesregierung und – falls dieser unbeachtet bleiben sollte – eine Klage beim VGH angekündigt (derStandard-online 02.08.02).

Eine derart restriktive Zuwanderungspolitik ist aus humanitärer Sicht bedenklich, aber hat letztlich auch ökonomisch negative Konsequenzen, wie im Sommer 2002 von einer WIFO-Studie dokumentiert wurde: Hochqualifizierte Arbeitskräfte kommen vorwiegend aus EU-Ländern, zum Teil auch aus Mittel- und Osteuropa nach Österreich, siedeln sich hier aber auf Grund der vergleichsweise ungünstigen Niederlassungsbedingungen nicht an, sondern verlassen das Land wieder, um sich in traditionellen Einwanderungsländern wie USA, Kanada und Australien endgültig niederzulassen. In Österreich (und in anderen Ländern mit einer ähnlich restriktiven Zuwanderungspolitik) bleiben dagegen Flüchtlinge sowie Arbeitskräfte aus Südosteuropa und der Türkei, die jedoch minderqualifiziert sind und hauptsächlich in Niedriglohnbranchen arbeiten (derStandard-online 22.08.02).

Aber auch im *Asylrecht* schlägt sich die fremdenfeindliche Haltung der FPÖ und der von dieser vor sich her getriebenen Regierung wieder:

Exemplarisch dafür die Forderung Haiders nach einer weiteren **Restriktionen im Bereich des (wie oben dargelegt nach dem WTC-Terrorakt in Österreich ohnehin bereits im europäischen Gleichschritt verschärften) Asylrechts** anfang August 2002: Ganz im Geiste seines Trefens mit Spitzen des Europäischen Rechtsextremismus im Juli in Kärnten (s. weiter oben) fordert er: "Künftig soll es Asyl nur noch für politisch Verfolgte geben". Dies klingt zwar harmlos, ist es aber insofern nicht, als er damit irreführenderweise unterstellt, dass dies gegenwärtig nicht der Fall sei. Weiters fordert Haider neuerlich eine beschleunigte Abwicklung des Verfahrens sowie eine Neuregelung bei der Zustellung eines negativen Bescheides: "Dieser muss zuerst der zuständigen Fremdenpolizei ausgefolgt werden, die dann den Bescheid dem Asylwerber zustellt und gleichzeitig abschieben kann". Weitere Forderungen Haiders betreffen die Daueraufenthaltsbewilligung ("Frühestens nach sieben Jahren", die Einschränkung des Familienzuzuges ("Das geht zu Lasten von österreichischen Staatsbürgern") und eine strengere Fassung in der Frage der Eheschließungen ("Sie sind zu 99,9 Prozent Missbrauch und sollen künftig frühestens ab dem 24. Lebensjahr ermöglicht werden"). Seine Verachtung rechtsstaatlicher Grundsätze kommt in der Forderung zum Ausdruck, der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) müsse als Instanz ausgeschaltet werden. Dessen Spruchpraxis sei "verantwortungslos", weil "Schwerverbrechern im Asylverfahren eine aufschiebende Wirkung zuerkannt wird"; es gebe ohnehin den Unabhängigen Bundesasylsenat, er solle künftig letzte Instanz sein (derStandard-online 06.08.02).

Während solche Ideen öffentlich ventiliert werden, wird im Innenministerium auf kritische Meinungsäußerungen von Seiten von Hilfsorganisationen wie „Asyl in Not“ äußerst empfindlich reagiert: nachdem man im Ministerium im Sommer im Archiv einer e-mail-Zeitung einen Rundbrief des Geschäftsführers von „Asyl in Not“ Michael Genner entdeckt hatte, in dem dieser einen Ministerialbeamten als „Schreibtischtäter“ bezeichnet, erfolgte – unter Federführung von SC Szymanski - nicht nur eine **Anzeige gegen den Geschäftsführer von Asyl in Not** und eine **Aktion scharf gegen das Wiener „Integrationshaus“**, sondern auch die Blockade einer Förderung aus dem Europäischen Flüchtlingsfond. Die Causa ist gerichtsanhängig (derStandard-online 23.09.02).

Letztes praktisches Beispiel restriktiver Asylpolitik vor den vorverlegten Neuwahlen war der Erlass des Innenministeriums, nach dem 1. Oktober 2002 alle AsylwerberInnen, die nicht aus Af-

ghanistan oder dem Irak kommen - also auch solche aus Indien, Bangla Desh, Pakistan, Nepal, Mongolei, Sri Lanka und Nigeria, mangels Aussicht auf Asylgewährung nicht mehr in Bundesbetreuung zu belassen – und diesen damit vor Abschluss eines Asylverfahrens von Amts wegen pauschal Asylmissbrauch zu unterstellen. Den kurz vor dem Winter in die Obdachlosigkeit Entlassenen können mangels Adresse nicht einmal Bescheide zugestellt werden. Dieser Erlass ist auf heftige Kritik von Seiten der Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, des UNHCR und der Opposition gestoßen (derStandard-online 20.09.02, 27.09.02). Nach Ansicht von Amnesty International ist er völkerrechts- und menschenrechtswidrig: Um das in der Genfer Flüchtlingskonvention vorgesehene Recht auf Asyl jedoch auch materiell in Anspruch nehmen zu können, sei es "zwingend, mittellosen Flüchtlingen ohne Wenn und Aber das Überleben zu sichern". Weiters sei es aus juristischer Sicht "diskriminierend, wenn nicht sogar rassistisch", einzelne Ländergruppen aus der Flüchtlingsbetreuung auszuschließen. Weiters verwies AI darauf, dass die Richtlinie mit einer neuen EU-Richtlinie kollidiert, die Mindeststandards für die Flüchtlingsbetreuung bringe. Diese sei trete zwar erst 2004 in Kraft, doch sei es laut EU-Recht nicht erlaubt, vor dem Inkrafttreten einer neuen Richtlinie "zielwidrige Veränderungen" vorzunehmen. Schließlich sei der Erlass auch nach österreichischem Recht fragwürdig, dass AsylwerberInnen bereits auf Grund eines polizeilichen Verdachts auf eine strafbare Handlung aus der Bundesbetreuung entlassen werden können, verstoße gegen die Unschuldsvermutung (derStandard-online 12.10.02). Während dies vom BMI bestritten wurde (derstandard-online 14.10.02), will Das Netzwerk Asylanwalt, ein gemeinsames Projekt von UNHCR, Caritas, Rotem Kreuz, Amnesty, Diakonie, Volkshilfe, 12 Rechtsanwälten und weiteren Partnern, deshalb eine Verfassungsklage gegen Minister Strasser einbringen (APA OTS 18.10.02). Auch für den scheidenden Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs sind einzelne Punkte der neuen Richtlinie „nicht unproblematisch“ (derStandadr-online 28.10.02).

Mitte Oktober 2002 hat dann übrigens auch die Landeshauptleutekonferenz als Vorleistung für ihre Kooperation eine Beschleunigung des Asylverfahrens – u.a. durch Einschränkungen der Berufungsmöglichkeiten – gefordert. Kärnten ist allerdings mit der Forderung, dass Asylwerber sofort nach einem negativen Bescheid abgeschoben werden können und dass der Bund ein restriktiveres Vorgehen bei humanitären Aufenthaltserlaubnissen einschlägt, abgebildet. "Verfassungsrechtlich und inhaltlich nicht möglich", so der Vorsitzende, Salzburgs VP-Landeshauptmann Franz Schausberger. Auch beim Innenministertreffen in Luxemburg hat man sich europaweit über beschleunigte Verfahren und – auf Grund eines Vorschlags von Strasser vorgeschlagene - über gemeinsame Listen „sicherer Drittstaaten“ verständigt (derStandard-online 15.10.02, 16.10.02)

- Ein Gradmesser für die Bedeutung von Grund- und Menschenrechten ist auch die Minderheitenpolitik: In diesen Zusammenhang bedenklich ist in erster Linie die – von der FPÖ, aber von der Regionalfilialen von SPÖ und ÖVP mitgetragene und vom Koalitionspartner nur zaghaft kritisierte - Weigerung Haiders als Kärntner Landeshauptmann um die Jahreswende 2001/2002, der Aufforderung des Verfassungsgerichtshofs nachzukommen, entsprechend der aus dem Staatsvertrag stammenden und dem Grundsatz des Minderheitenschutzes entsprechenden Verpflichtung mehr zweisprachige Ortstafeln in Kärntner Gebieten mit slowenischer Bevölkerung aufzustellen, und dessen Drohung gegenüber der Volksgruppe, ihr Zugeständnisse zu entziehen, sollte sie sich auf den Rechtsstandpunkt stellen (derStandard-online 14.12.01, 27.06.02).

Die Regierung hat mittlerweile zur Erarbeitung einer Lösung dieser Frage eine von Parteien- und Minderheiten-VertreterInnen und Heimatverbänden beschickte „Konsenskonferenz“ eingesetzt. Dies ist freilich insofern problematisch, als mit der Schaffung einer so bezeichneten Einrichtung ganz im Sinne Haiders und gegen den Geist der Verfassung zum Ausdruck gebracht wird, dass die Gewährung von Minderheitenrechte von der Zustimmung der Mehrheit abhängig gemacht werden soll. Es wundert daher nicht, dass diese Einrichtung bisher unfähig war, angesichts der Unvereinbarkeit der – auf das VGH-Urteil gestützten – Forderung der MinderheitenvertreterInnen nach zu-

sätzlichen zweisprachigen Ortstafeln und der kategorischen Weigerung Haider und der Kärntner FPÖ, auch nur eine Ortstafel mehr zu akzeptieren, eine einvernehmliche Lösung zu finden (derStandard-online 11.07.02). Nach einer weiteren ergebnislosen Sitzung am 11. September 2002 wurde die Lösung der Thematik der nächsten Legislaturperiode nach den Neuwahlen im Spätherbst überlassen (derStandard-online 11.09.02). Am Tag der vorzeitigen Auflösung des Nationalrats am 20.09.2002 schob Haider das Nicht-Zustandekommen eines Konsens einseitig den Slowenen zu: es sei „ein historischer Fehler seitens der Slowenenvertreter“ gewesen, die Paketlösung nicht angenommen zu haben. Das gemeinsam geschnürte Angebot (mit der Verdoppelung von Ortstafeln sowie Kultur- und Medienförderungen) hätte der Volksgruppe einen enormen qualitativen und quantitativen Fortschritt gebracht. Nun werde es kein neues Angebot und auch keine Bereitschaft zu Verhandlungen geben (derStandard-online 20.09.02).

Hierher gehört aber auch die beharrliche Weigerung der Regierungspartei ÖVP, die mit dem § 209 STGB gegebene *Diskriminierung homosexueller Beziehungen* aufzuheben, während gleichzeitig in Schweden, Holland oder Deutschland die Homosexuellenehe eingeführt wird (derStandard-online 06.06.01, 22.11.01). Erst die Aufhebung dieses dem Gleichheitsgrundsatz widersprechenden Paragraphen durch den VGH als verfassungswidrig am 21. Juni 2002 hat hier eine neue Situation geschaffen (derStandard-online 24.06.02), und eine – von der Opposition allerdings als überflüssiger Schnellschuss kritisierte – Neuregelung mit der Zielsetzung des Schutzes von bis zu 16-jährigen Jugendlichen beiderlei Geschlechts vor sexuellen Missbrauch soll noch vor dem Sommer beschlossen werden (derStandard-online 04.07.02). Freilich scheint das Justizministerium die damit eröffneten Amnestiemöglichkeiten sehr restriktiv – nämlich nur bezogen auf die Fälle der vorübergehenden, sogenannten „wechselnden Strafbarkeit“ Jugendlicher bzw. junger Erwachsener mit nur geringem Altersunterschied – wahrnehmen zu wollen (derStandard-online 25.06.02, 26.06.02).

- In konsequenter Orientierung an ihrem völkisch-nationalistischen Programm, das nur ein ethnopluralistisches „Europa der Völker“ zulässt, betreibt die FPÖ trotz des von ihr im Regierungsprogramm unterzeichneten Bekenntnisses zur EU eine *Europapolitik, die sich gegen Erweiterung, Vertiefung und Institutionenreform richtet*.

Die *EU-Erweiterung* betreffend reicht das Arsenal nationalistisch motivierter Behinderungsmaßnahmen von populistischen Aktionen wie der Einleitung einer Volksbefragung (FPÖ Burgenland) oder der Forderung nach einer Volksabstimmung (FPÖ-Niederösterreich), über die revanchistische Forderung nach einer Aufhebung der Avnoj-Beschlüsse bzw. **der Benes-Dekrete als Bedingung für die Aufnahme Sloweniens bzw. Tschechiens (Haider, Westenthaler)** bis hin zur Forderung, die Beitrittsverhandlungen überhaupt auszusetzen (Haider). Auch die ÖVP ist mit der Forderung nach Aufhebung der Benes-Dekrete (Schüssel) und nach „Restitution“ (Khol) als Bedingungen eines Beitritts Tschechiens zur EU auf diese Linie eingeschwenkt, hat jedoch im Gegensatz zur FPÖ in diesem Zusammenhang keine Veto-Drohung in den Raum gestellt (derStandard-online 14.04.02, 15.04.02). Nach dem Gutachten von J. Frowein für das Europäische Parlament, dass die Kompatibilität der Benes-Dekrete mit dem EU-recht attestiert, hat die FPÖ ihre Veto-Position für den Fall einer Nicht-Aufhebung der Dekrete erneuert, die ÖVP hingegen hofft auf eine Konfliktlösung durch eine politisch-moralische Geste Tschechiens (derStandard-online 01.10.02).

Im Jänner 2002 erreicht die Hintertreibung der EU-Erweiterung mit dem von der FPÖ initiierten

und von der Kronenzeitung unterstützten **Volksbegehren gegen Temelin**, dass für den Fall der Inbetriebnahme Temelins ein Veto Österreichs zum EU-Beitritt Tschechiens vorsieht, einen neuen Höhepunkt (derStandard-online 26.11.01, 13.12.01, 22.01.02).

Anfang Juli 2002 erklärt Westenthaler dann, man müsse die „bisher so fixe Größe“ der siebenjährigen Übergangsfrist für die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt „in Frage stellen“, und läßt mit der – in Kollision mit dem Gleichheitsgrundsatz stehenden – Forderung aufhören, die Sozialleistungen für Zuwanderer aus den neuen osteuropäischen Mitgliedsländern „auf das Niveau der jeweiligen Herkunftsländer zu reduzieren“ (derStandard-online 01.07.02).

Anfang September 2002 hat sich auch der „liberale“ FPÖ-Finanzminister Grasser als Erweiterungsbehinderer profiliert: **„Die Erweiterung muss weniger kosten** als jetzt veranschlagt ist, und wir müssen die Risiken für die Zeit nach 2006 jetzt bereinigen“, forderte Grasser. Während die Vorschläge der EU-Kommission im Zeitraum 2004 bis 2006 eine Mehrbelastung von 616 Millionen Euro bedeuten würden, wolle Österreich nur 473 Millionen Euro zahlen. Für die Bauern in den neuen EU-Mitgliedsstaaten sollte es im Agrarbereich bis zum Jahr 2006 „keine Direktzahlungen“ geben. Weiters forderte Grasser noch vor der Erweiterung die bisherige Obergrenze für das EU-Budget von 1,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts „bestenfalls auf ein Prozent, schlechtestenfalls auf 1,1 Prozent“ zu senken. Auch zu den FPÖ-Reizthemen Benes-Dekrete und Temelin gab sich Grasser linientreu: Zwar müsse man mit „Veto-Drohungen vorsichtig sein“, bei den Benes-Dekreten dürfe es aber „kein Augenzwinkern geben“. In der Frage Temelin hingegen „sagt bereits die Leiterin der tschechischen Atombehörde, dass es so nicht weiter gehen kann“ (derStandard-online 02.09.02).

Kanzler Schüssel und Außenministerin Ferrero-Waldner nutzten dann freilich doch das sich durch den Bruch der Wendekoalition und die Neuwahlen ergebende „window of opportunity“, um beim EU-Gipfel in Brüssel Ende Oktober 2002 der Feststellung der EU-Reife der 10 Kandidatenländer beizutreten und dem Plan für die Finanzierung deren Beitritts zuzustimmen und damit die letzten Hindernisse für den Abschluss der erweiterungsrunde beim Dezember-Gipfel in Kopenhagen aus dem Weg zu räumen (derStandard-online 25.10.02).

Französische Pläne einer *Vertiefung und Weiterentwicklung der EU im Sinne eines Bundesstaates*, die der ethnopluralistischen Version eines „Europa der Völker“ zuwider laufen, wurden mittels eines geschickten Umdeutung nationalistisch aufgeladen und zur Bedrohung stilisiert: Diese seien Ausdruck der Bestrebungen Frankreichs, als Avantgarde und „besseres Volk“ die EU anführen zu wollen und als solche „der Beginn einer Fehlentwicklung, wie wir sie bereits aus dem deutschen und italienischen Faschismus kennen“ (Haider).

Was die *Institutionenreform* betrifft so wehrte sich die Koalition beim EU-Gipfel in Nizza einhellig **gegen ein Zurückdrängen des Einflusses und der Vetomacht der nationalen Einzelstaaten**, indem sie auf dem Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat „in sensiblen nationalen Fragen“ und auf dem Recht besteht, einen eigenen EU-Kommissar zu stellen. Viele andere Regierungen der EU-Staaten haben sich ähnlich verhalten, aber die dahinter stehenden Motive und Europakonzeptionen waren zumeist andere: die einen argumentieren mit Föderalismus und Subsidiaritätsprinzip, der blauen Regierungsfraktion aber geht es dabei als Ausfluss ihres ethnonationalistisch motivierten Programms um ein nach ethnischen Gesichtspunkten segmentiertes Europa ethnisch reiner Völker.

Dazu kamen, auch aus der FP-Regierungsrüge, fortgesetzte **nationalchauvenistisch-europafeindlich motivierte Angriffe gegen EU-Politiker**, beispielsweise die wiederholt von VK Riess-Passer vorgetragene Dolchstosslegende, Fischler habe in „unpatriotischer“ Weise die österreichischen Bauern „verraten“ (derStandard-online 08.04.02) und die Attacke Westenthalers gegen Erweiterungskommissar Verheugen: dieser werde auf EU-Ebene nur noch „Mohrhuhn-Verheugen“ genannt, „weil er so feige ist“ (derStandard-online 14.04.02).

- Ohne Zweifel war die Entschädigung von NS-ZwangsarbeiterInnen und -„Arisierungs“-Opfern eine verdienstvolle Handlung der Bundesregierung. Auch dieses Projekt lief je-

doch nicht ohne *revanchistische und antisemitische Begleitmusik* aus FPÖ-Kreisen ab (vgl. auch dazu Der Standard-Online 02-2000 bis 02-2001):

Für FPÖ-Bundesrat Gudenus zahlt Österreich mit den Zwangsarbeiterentschädigungen „Schutzgeld, um die Handelsbeziehungen – insbesondere mit den USA - nicht zu stören“. Der freiheitliche Vizebürgermeister der Salzburger Gemeinde Seekirchen wiederum wehrt sich gegen einen Gemeindebeitrag für den NS-Zwangsarbeiterfonds. Es sei „historisch erwiesen, dass die Gemeinde keinerlei Zwangsarbeiter eingesetzt hat“. Dafür seien viele Seekirchner nach Kriegsende in Russland und anderen Siegerstaaten zur Zwangsarbeit eingesetzt worden, die ihrerseits eine „Gefallenen- und Vermisstenentschädigung“ verdienten.

Zu Beginn der Verhandlungen über die Restitution für enteignetes jüdisches Vermögen wurde der US-Opferanwalt Ed Fagan von BR Gudenus in klassisch antisemitischer Manier als „Geschäftsmann“ bezeichnet, der „nicht dazu beiträgt, Sympathien für seinesgleichen (gemeint sind die Juden, M.P.) zu erwecken“. Haider warnte nach Abschluss der Verhandlungen hintergründig, es sei eine trügerische Hoffnung des Bundeskanzlers, dass er „ungeteilten Applaus an der Ostküste erhalten werde“.

Die steirischen Abgeordneten Schögggl und Tremml wiederum wollen die **Restitution nur als Teil eines „Gesamtpakets“ akzeptieren, zu dem die Entschädigung aller ehemaligen österreichischen Kriegsgefangenen und Kriegerwitwen ebenso gehörten wie die „Bemühungen um Aufhebung der AVNOJ- und Benes-Dekrete“**. Bundesrat Gudenus und NR-Abgeordneter Graf fordern gar Entschädigungszahlungen für Sudetendeutsche.

In Zusammenhang mit der Frage der Restitution sind übrigens auch die hetzerischen offen antisemitischen „Scherze“ Haiders über Muzikant („Ich verstehe nicht, wie einer, der Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann“) im Frühjahr 2001 gefallen (derStandard-online 01.03.01).

- Nach den langjährigen Bemühungen um eine selbstkritische Aufarbeitung der österreichischen NS-Vergangenheit, die seit den 1970-er-Jahren von einer neuen Generation von ZeithistorikerInnen in Angriff genommen worden waren, im „Bedankjahr“ 1988 und auf Grund des konkreten Anlassfalls Waldheim Breitenwirkung und mit dem Eingeständnis der österreichischen Mitschuld durch Kanzler Vranitzkys im israelischen Parlament Ende der 1990er-Jahre einen staatsoffiziellen Charakter erhalten hatten, scheint die schwarzblaue Wendekoalition nun in „*revisionistischer*“ Weise neuerlich eine Umdeutung der *österreichischen NS-Vergangenheit* anzustreben:

In diesem Zusammenhang sei zunächst an die Äußerung von Bundeskanzler Schüssel zur Mittäterschaft Österreichs im Nationalsozialismus erinnert, der in einem Interview für die israelische Zeitung „Jerusalem Post“ demonstrativ von der nach der „Waldheim-Affäre“ von früheren Regierungen eingeschlagenen Linie eines klaren Bekenntnisses zur Mitschuld an den NS-Verbrechen abgewichen ist - und damit **zu dem Opfermythos zurückgekehrt** ist, welcher der jahrelangen „Absperrung der NS-Vergangenheit“ aus den Gedächtnissen der Österreicher/innen (vgl. Ziegler/Kannonier-Finster 1993) zugrunde liegt. Schüssel räumte zwar ein, dass die Österreicher eine „moralische Verantwortung“ für die Vergangenheit trügen, er behauptete aber auch: „Die Nazis nahmen Österreich mit Gewalt, die Österreicher waren das erste Opfer“ (Der Standard-Online am 9.11.2000). Diese Behauptung mag im engen staatsrechtlichen Sinne stimmen; was „Österreich“ im Sinne der politischen Einstellung und des sozialen Verhaltens eines Großteils der Österreicher/innen betrifft (Ausschreitungen in der „Reichskristallnacht“, begeisterter Empfang Hitlers auf seinem Marsch von Braunau über Linz nach Wien; prominente Mittäterschaft von „Ostmärklern“ bei der Vernichtung von Juden ...), ist diese pauschale Aussage jedoch schlicht falsch und als Leugnung des historischen Faktums der österreichischen Mittäterschaft zu betrachten.

In der Folge ist es dann zu weiteren als revisionistisch bzw. als Ignoranz von NS-Verbrechen einzustufenden Aktivitäten seitens der Regierung und Angehörigen der Regierungsparteien gekommen:

So wurden die **Mauthausen-Gedenkfeier** im Mai 2001 von Regierungsteam und Führungsriege der FPÖ quasi in einer akkordierten revisionistischen Aktion (vielleicht aber auch aus Pietät gegenüber den Opfern) demonstrativ **boykottiert** (derStandard-online 03.05.01).

Auch bei der Feier zum **Gedenken des Massakers der NS-Besatzungstruppen im tschechischen Lidice** am 27.5.1942, bei der unter anderem RepräsentantInnen der USA, Russlands, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands den Opfern des Terrors mit ihrer Anwesenheit die Ehre erweisen, zeichnet sich das offizielle Österreich durch **ignorante Abwesenheit** aus (derStandard-online 15.06.02).

Selbstentlarvend auch die Zusammensetzung der Projektgruppe für die Gestaltung der Staatsvertragsausstellung im neuen „Haus der Geschichte“. Nominiert wurden, unter Protest der österreichischen Zeitgeschichtler, zwei liberal-konservative (Rauchensteiner, Karner), ein sozialdemokratischer (Scholz) – und, um der revisionistischen Ausgewogenheit Willen - ein freiheitlicher Historiker (Brauneder) (derStandard-online 19.03.02).

Offen revisionistisch war auch das **„Totengedenken“ der schlagenden Buschenschaften am Wiener Josefsplatz am 8. Mai**, dem von den dort Versammelten als Trauertag empfundenen „Tag der Niederlage“ des NS Regimes. Die „Totenrede“ hielt FPÖ-Nationalrat Wolfgang Jung. Zu den Rednern zählte neben dem Südafrikanischen Rechtsextermisten Nordbruch auch FPÖ-Volksanwalt Ewald Stadler, der dort unter Polizeischutz in trutziger Entschlossenheit erklärt: „Wir Korporierte, wir werden es nicht zulassen, dass der linksextreme Mob in diesem Land mit grünmarxistischer und sozialistischer Unterstützung entscheidet, wer, wann, wo und für wen ein Blumengebinde niedergelegt werden darf“, und der auch nicht davor zurückschreckt, nach dem Vorbild des vom RAF-Sympathisanten zum militanten Rechtsextermisten konvertierten deutschen Horst Mahler einen „enttabuisierten Umgang mit der Geschichte“ zu verlangen, der dafür freilich „auch entsprechend verfolgt“ werde (DÖW 20.05.02). Was damit genau gemeint ist, lässt einen guten Monat später FP-Gemeinderat Bodo Blind im Wiener Rathaus wissen: „Im 45-Jahr, da sind die Besatzungsmächte gekommen, nur Geschichtsfälscher glauben, da sind die Befreier gekommen“ (derStandard-online 25.06.02).

Auch Stadler redet bei einer Sonnwendfeier unter Gleichgesinnten Klartext: Dort wendet er sich in seiner **„Feuerrede“** entschlossen gegen die „Befreiungsideologie, die uns übergestülpt wird“. Im Schein des „Feuers (der) Kelten und Germanen“ erklärt Stadler: „Es war nicht immer eine Befreiung, wie es uns die gnadenlosen Gutmenschen und Tugendterroristen, die heute Wehrmachtsveranstaltungen und Wehrmachtsausstellungen gestalten, einreden wollen, die unser Volk im vergangenen Jahrhundert erfahren hat“; so sei Österreich "1945 - und das ist zur Staatsideologie geworden - angeblich vom Faschismus und der Tyrannei befreit worden". Damit wollte er natürlich nicht selbstkritisch darauf aufmerksam machen, dass Leute seines Schlages heute wieder politische Ämter bekleiden. Er wollte sagen, dass der Sieg der Alliierten über das NS-Regime keine Befreiung war. Im Schein des „Feuers (der) Kelten und Germanen“ hat er beklagt, dass wir dadurch „... in die nächste Tyrannei geraten (sind), insbesondere hier auf diesem Boden, auf dem wir uns heute befinden“. Aber auch nach dem Abzug der alliierten „Tyrannen“ habe das deutsche Volk weiter leiden müssen: „Wir haben alles niedergetrampelt an Werten, was unseren Vorvätern heilig war. Unser Volk, unsere Familien, ja selbst unsere Religion wurde in den vergangenen Jahrzehnten niedergetrampelt und es wurde alles was gut und wert und teuer war, wertlos gemacht“. Eindringlich beschwört er die Anwesenden: „Es muss an uns liegen, die Werte, die unserem Volk das Überleben und die kulturellen Höchstleistungen über tausend Jahre gesichert haben, auch für die Zukunft zu sichern“. Dies erfordere es, „... dass wir unseren Volkserhalt durch gesunde, starke und kinderreiche Familien selbst organisieren und nicht durch Zuwanderungsexperimente, es anderen Völkern überlassen, unser Volk zu erhalten“; dies erfordere es aber auch „... klarzulegen, dass wir gewillt sind, für diese Werte einzutreten, für einen Wert der Wehrbereitschaft, für einen Wert des Familienerhalts, für einen Wert des Kulturerhalts und letztlich auch für die Werte des Volkserhalts. Daran wollen wir denken, wenn wir heute in die Flammen blicken

und zuschauen, wie diese Flammen die letzten Reste des Holzes im Sonnwendfeuer verbrennen“ (derStandard-online 03.07.02, 04.07.02). Diese „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ (Minister Molterer) hat in der FPÖ zu offener Unterstützung (Westenthaler, Haider) aber auch Kritik (Sichrovsky, Gorbach, Grasser), zu entschiedenen Verurteilungen seitens ÖVP-PolitikerInnen (Molterer, Khol, Rauch-Kallert, Schüssel) sowie des Bundespräsidenten und zu entrüsteten Rücktrittsaufforderungen seitens Opposition geführt. Kanzler Schüssel betonte zwar, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung war, machte Stadler jedoch insofern die Mauer, als er eine ausdrückliche Distanzierung von Stadler vermied und seinerseits kryptisch eine „ganzheitliche Geschichtsbetrachtung“ einmahnte. Angesichts der Loyalität der - letztlich doch deutsch-völkisch orientierten - FPÖ mit ihrem Volksanwalt und der Loyalität der – um des Machterhalts Willen untrennbar an die FPÖ geketteten – ÖVP mit ihrem Koalitionspartner war es letztlich nicht möglich, im Parlament die Voraussetzungen für die Absetzung Stadlers zu schaffen. Sogar staatsanwaltlichen Vorerhebungen wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Wiederbetätigungsgesetz wurden eingeleitet, jedoch nach zwei Wochen wegen „fehlender Anhaltspunkte (!)“ wieder eingestellt. (derStandard-online 11.07.02, 26.07.02).

Als Konzession an den Revisionismus á la Stadler kann auch die Tatsache gewertet werden, dass im nach dem Ende der Wendekoalition Mitte September 2002 beschlossenen **Konjunkturpaket** u.a. 218.000 Euro für ein **Forschungsprogramm "Rote Armee zwischen 1945 und 1955"** und vier Mill. Euro für den **Verband volksdeutscher Landsmannschaften** vorgesehen sind (derStandard-online 18.09.02).

Fazit: Programm und Praxis der blau-schwarzen Koalition sind überwiegend „rechtskonservativ“ orientiert, einzelne Ankündigungen, Maßnahmen und Vorgehensweisen der blau-schwarzen Wenderegierung und zahlreiche Vorschläge, Diskussionsbeiträge und Aktionen der Regierungspartei FPÖ tragen jedoch rechtsextreme Züge. Einige, vor allem solche, die von der gesamten Regierung getragen werden, mögen mehrdeutig sein, sozusagen ideologisch doppelt codiert – rechtsextrem und zugleich kulturkonservativ und/ oder neoliberal: So bietet etwa das Zurückdrängen der Pragmatisierung die Chance, die Effizienz und Flexibilität der öffentlichen Verwaltung zu steigern – sie kann aber auch die Unabhängigkeit der Exekutive und damit die Gewaltenteilung gefährden. Die Reorganisation der Trägerschaft der Sozialversicherungen mag zu einem höheren Grad der Wirtschaftlichkeit und Absicherung der Gesundheitsversorgung beitragen – sie kann aber auch auf einen Eingriff des Staates in die gesellschaftliche Autonomie hinauslaufen. Diese Doppelcodierung mag die Duldung und das teilweise Mitspielen der ÖVP erklären und diese Partei subjektiv entlasten, sie ändert aber nichts daran, dass sich solche zumindest zweideutigen Ankündigungen, Maßnahmen und Vorgehensweisen Stück um Stück zu einem Muster zusammenfügen, das insgesamt letztendlich doch zum Bruch mit Menschenrechten und liberaler Demokratie in Österreich führen könnte und damit deutlich im Widerspruch zu den Prinzipien steht, zu denen sich Kanzler und Vizekanzlerin in der eingangs zu diesem Abschnitt zitierten Präambel zum Regierungsübereinkommen mit ihrer Unterschrift bekannt haben. Insofern muss auch die Besorgnis der in- und ausländischen Kritik als berechtigt anerkannt werden.

6. Die öffentliche Meinung zur Wendekoalition im Spiegel der „Sonntagsfrage“

Wie haben sich die WählerInnen auf die neue Situation eingestellt? Bezüglich der ÖVP lässt sich feststellen, dass Sie sich nach einem Absturz nach der Regierungsbildung in der Zeit der „Sanktionen“ erholt hat und seither relativ stabil bei einem Stimmenanteil von 27 - 30 % über dem Wahlergebnis von 1999 liegt.

Die FPÖ hatte ihren Höhepunkt mit 33 % kurz vor der Regierungsbildung, als sie angesichts der feststehenden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ sogar zur stimmenstärksten Kraft aufgestiegen war. Nach der Regierungsbeteiligung unter dem Eindruck der bestürzten internationalen ein Rückgang und eine Schwankung zwischen 19/20 und 24 % - mit stärkeren Phasen in Perioden mit aktuellem Sicherheitsthema (z.B. nach dem Anschlag auf das New Yorker WTC am 11.9.2001) und Einbrüchen in Zeiten extremer Haider-Eskapaden und innerparteilicher Konflikte (z.B. Irak-Reise Haiders; Machtkampf Haider – Riess-Passer im Sommer 2002).

Die SPÖ klettert nach einer Schwächeperiode in der neuen ungewohnten Rolle als Oppositionspartei und als Opfer der in der Zeit der EU-„Sanktionen“ genährten Dolchstoßlegende, in der sie mit 30 % unter dem Wahlergebnis von 1999 lag, dank einer konsequenten und angesichts der eisernen Sparpolitik der Regierung populären sozialpolitischen oppositionellen Linie und beflügelt durch Erfolge bei Landtags- und Arbeiterkammerwahlen beständig auf einen Wert von 36 – 37 %.

Die Grünen fluktuieren seit Beginn der Regierungsperiode - dank einer konsequenten und glaubwürdigen Oppositionspolitik in Fragen Menschenrechte und Demokratie und gestärkt durch den Zustrom ehemaliger LIF-WählerInnen - mit Werten zwischen 10 und 14 % deutlich über ihrem Ergebnis bei den Nationalratswahlen 1999.

Die meiste Zeit hindurch hatte schwarz-blau eine deutliche Mehrheit. Anders war es nur im Frühjahr 2001 - kurz nach der für die SPÖ höchst erfolgreichen Wiener Wahl, und im August und September 2002 – während des offenen Machtkampfs in der FPÖ. Darin spiegelt sich die „Seele“ der österreichischen WählerInnen: Sparsam, eher austro-chauvenistisch und xenophob und sehr harmoniebedürftig und sicherheits- und ordnungsorientiert. Daher die Popularität der Kampfs gegen die „ungerechten Sanktionen“, der Sparpolitik und der Fremdenpolitik der Wendekoalition und die Unempfindlichkeit der Mehrheit gegenüber Verletzungen der Werte von Humanität, Demokratie und Solidarität; daher aber auch der öffentliche Unmut und die Abnahme der Stimmen für die Wendekoalition im Falle „ordnungswidrigen“ Verhaltens von Haider oder eskalierender Konflikte in der FPÖ.

Parteien im Spiegel der Umfrage von 2000-01 – 2002-09 - OGM

Stand	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	Sonstige
NR-Wahlen 99	27	27	33	7	6
2000 – 01	23	33	30	10	4
03	22	26	32	15	5
05	31	24	30	12	3
07	33	23	30	11	3
09	32	24	28	13	3
11	34	21	30	11	4
12	33	19	32	13	3
2001 – 01	32	21	32	12	3
04	29	19	34	15	3
06	28	22	35	13	2
08	28	23	34	13	2
10	29	23	36	10	2
12	28	24	35	11	2
2002 – 01	26	25	35	12	2
02	27	25	35	12	1
08	28	19	36	14	3
09	28	20	35	14	3
00-01 – 01-01	+9	-12	+2	+2	-
01-01 – 02-01	-6	+4	+3	+0	-
02-01 – 02-09	+2	-5	+0	+2	-
00-01 – 02-09	+5	-13	+5	+4	-

Stichprobe: N = 500, Schwankungsbreite +/- 4,5 %, Irrtumswahrscheinlichkeit = 1 : 20
Quelle: derStandard-online

Parteien im Spiegel der Umfrage von 2000-01 – 2002-09 - Market

Stand	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	Sonstige
NR-Wahlen 99	27	27	33	7	6
2000 – 02	21	34	31	11	3
2001 – 01	30	22	32	14	2
03	29	23	33	12	3
06	29	22	33	13	3
09	26	25	34	12	3
12	24	26	36	12	2
2002 – 01	26	23	37	11	3
05	29	22	37	10	2
08	27	21	37	12	3
09	29	20	36	12	3
00-02 – 01-01	+9	-12	+1	+3	-
01-01 – 02-01	-4	+1	+5	-3	-
02-01 – 02-09	+3	-3	-1	+1	-
00-01 – 02-09	+8	-14	+5	+1	-

Stichprobe: N = 400 - 500, Schwankungsbreite +/- 5 %, Irrtumswahrscheinlichkeit = 1 : 20
Quelle: derStandard-online

7. Wende am Ende? FPÖ und Wendekoalition in der Krise des Sommers 2002

Seit dem Sommer 2002 hat sich eine Wende innerhalb der FPÖ und in der Folge in der schwarzblauen Wendekoalition abgezeichnet. Bis dahin hatte sich seit dem formellen Wechsel der Parteiführung von Haider zu Riess-Passer in der FPÖ ein Muster der Arbeitsteilung und der Interaktion zwischen Haider- und Regierungsfraktion eingespielt: Die Regierungsfraktion inszeniert sich staatstragend und pragmatisch, die Haiderfraktion mahnt gewissermaßen in Opposition zu ihrem Gegenpart in populistischer Weise ihre z. T. ideologisch extrem rechten Grundsätze ein. Wenn dabei die Kluft zu groß zu wird, droht Haider mit seinem Rückzug und oder der Mobilisierung der Parteibasis – und die ihm ergebene offizielle Parteispitze kriecht zu Kreuze, der Koalitionspartner gibt seinerseits nach, um die Regierungsmacht zu erhalten, und ein weiteres Stück recht(sextrem)e Programmatik wird zur Regierungspolitik.

Diese Muster wurde nunmehr durchbrochen: Haider, der nach eigener Karriereplanung längst Kanzler sein sollte, hatte trotz dieser für ihn strategisch durchaus vorteilhaften Position immer größere Schwierigkeiten damit, Parteiführung und Regierungseinfluss nur informell auszuüben. Vor dem FP-Bundesparteitag im Juni 2002 hatte er daher Riess-Passer angetragen, wieder den Parteivorsitz zu übernehmen. Auf deren Ablehnung reagierte er neuerdings mit deftiger Kritik an der Regierungsarbeit, die den Kampf gegen Privilegien vernachlässigt habe, und mit der Drohung, die FPÖ im nächsten NR-Wahlkampf nicht zu unterstützen: „Ich bin nicht der Klempner der FPÖ“ (News Nr. 31/2002) – um nächsten Tages bei einer Pressekonferenz teilzunehmen, bei der die „Parteichefin“ eilfertig versichert, den Kampf gegen Privilegien zu verstärken und das „einfache Parteimitglied“ ihr im Gegenzug aus der sich selbst in blasphemischer Weise angemaßten Position eines „Oberhirten“ gönnerhaft attestiert, stets ein „unbeflecktes Lamm“ gewesen zu sein (derStandard-online 01.08.2002).

10 Tage später ließ er dann in einem Kurier-Interview abermals ausrichten, dass es von ihm "einen Wahlkampf außerhalb Kärntens ... nicht geben wird"; auch mit der "bisherige(n) Arbeitsteilung ..., dass die Regierung das vornehme Oberhaus spielt und die Kanalräumerbrigade die Schmutzarbeit macht", sei es vorbei. Das Ziel der FPÖ bei den Nationalratswahlen gab Haider mit "25 Prozent plus" vor. Gelingen müsse eine Mehrheit von FPÖ und ÖVP. "Wenn es ganz schlecht ausgeht und die FPÖ aus der Regierung fliegt, erwarte ich, dass sich die Verantwortlichen vertschüssen, weil sie gescheitert wären", so der Altparteiobmann. Dann wäre eine völlige Neukonstruktion der FPÖ erforderlich. Wenn er dann Obmann werden wollte, würde er nicht fragen, sondern einfach kandidieren. Der Wahlausgang wäre keine Frage: "Eine Mehrheit wäre mir sicher" (derStandard-online 11.08.02). Haider drohte also damit, bei den

nächsten Wahlen die formale Parteispitze, die Regierungsfraktion um Riess-Passer, im Regen stehen zu lassen, um sie dann nach dem zu erwartenden Misserfolg wiederum selbst einzunehmen und die Partei im Sinne einer extrem-populistischen Rechtsorientierung zu erneuern!

Als die Regierungsfraktion alässlich der Hochwasserkatastrophe im August 2002 einen Parteivorstandsbeschluss herbeiführte, einer Verschiebung der (öffentlich versprochenen und vom Parteitag im Juni 2002 beschlossenen) Steuerreform zuzustimmen, drohte Haider abermals damit, die Parteibasis gegen die Parteispitze zu mobilisieren: „Der Bundesparteitag ist das höhere Gremium, der hat die Steuerreform beschlossen“ (derStandard-online 18.08.02). Damit erreichte er immerhin einen gemeinsamen Entschließungsantrag von FPÖ und ÖVP mit der Bitte an die Bundesregierung, "an einer ihrer besonderen Prioritäten, nämlich die Abgabenquote bis 2010 auf 40 Prozent abzusenken, festzuhalten und daher direkte und steuerliche Entlastungen wie z.B. jüngst für Hochwasseropfer mit bisher 1,5 Milliarden Euro von Bund und Ländern - wenn notwendig auch darüber hinaus - konsequent und schrittweise durchzuführen". Er – Haider - selbst habe diese „Letztentscheidung mit dem Bundeskanzler herbeigeführt" (derStandard-online 20.08.02). Tags darauf genügte ihm dies doch wieder nicht, und er stellte seiner Partei ein Ultimatum: Sie müsse sich wieder als Reformbewegung etablieren, die bereit sei, "das starre Geflecht der rot-schwarzen Beziehungen und des Proporz aufzubrechen“, und den Privilegien des „geschützten Sektor“ den Kampf anzusagen – „Der Hackler in der Privatwirtschaft muss genau die gleichen Rechte haben wie alle anderen". Er erwarte sich nun eine Klärung des Kurses der FPÖ bis spätestens Oktober (derStandard-online 21.08.02).

Die FPÖ schien damit immer mehr auf die *Zerreißprobe und ein Show-Down zwischen Parteivorstand und Rebellenfraktion* zuzusteuern. Haider wollte seine Forderung nach einer Steuerreform mit Hilfe der Basis auf einem Sonderparteitag durchsetzen, Riess-Passer war strikt gegen einen solchen Sonderparteitag und drohte, sie würde „... in diesem Fall überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen“ (derStandard-online 24.08.02), Haider erklärte seinerseits: "Wenn diese undemokratische Gesinnung aufrechterhalten wird, ... dann gibt es meinen totalen Rückzug. Dann sind all jene zu 100 Prozent in der Verantwortung, die diesen Weg gehen wollen. Und dann werden wir sehen, was 2003 von der FPÖ noch überbleibt" (derStandard-online 25.08.02).

Als sich die Parteispitze und Landesorganisationen in einem Anlauf zur Emanzipation vom großen Bruder in Koalitionstreue trotzdem mehrheitlich hinter Riess-Passer und den Auf-

schub der Steuerreform stellten und damit der Weg zu einem Sonderparteitag blockierten, entschloss sich Haider, seine freiheitliche Partei und die von ihm mit auf den Weg gebrachte blau-schwarze Wendekoalition nun durch demagogische Massenmobilisierung von außen unter Druck zu setzen: Er wolle sich mit einem Volksbegehren „... an die Spitze einer Bürgerbewegung quer durch Österreich stellen“ und gleichzeitig auch „einen Finanzierungsplan für eine Steuerreform 2003 präsentieren“. Mit diesem Finanzierungsplan – Einsparungen durch Verkleinerung von Parlament und Landtagen, die Kürzung der Parteienfinanzierung, die Abschaffung der Selbstverwaltung bei den Sozialversicherungen, keine zusätzlichen Nettozahlungen im Zuge der EU-Osterweiterung - legte Haider neuerdings sein autoritäres und europafeindliches Politikprogramm offen. Wenn dieses Volksbegehrens eine Beteiligung von 15 Prozent erreiche, solle es "... in eine Volksabstimmung münden, wie es die Bundesregierung sich für erfolgreiche Volksbegehren vorstellen kann" (derStandard-online 26.08.02).

Darauf konterte Riess-Passer nun ihrerseits mit der - auch für den Koalitionspartner überraschenden - Ankündigung einer Volksbefragung über die Steuerreform. Bestärkt durch Umfragen, die bei der Bevölkerung ein mehrheitliches Verständnis für den Aufschub der Steuerreform signalisierten, wollte sie den zornigen Meisterdemagogen mit den eigenen Waffen schlagen und das Wahlvolk mobilisieren und als Richter im FPÖ-Richtungsstreit einsetzen (derStandard-online 26.08.02). Damit hatte Riess-Passer die Auseinandersetzung von der Parteebene auf die Ebene der Regierungskoalition verlagert und damit den Koalitionspartner in die Auseinandersetzung hineingezogen. Sie hoffte, damit Haider in die Schranken zu weisen und zugleich die im nächsten Jahr fällige Wahlentscheidung durch eine Entlastung von der Frage der Steuerreform im Vorfeld positiv zu beeinflussen, sie hatte sich damit jedoch auch von der Zustimmung der ÖVP abhängig gemacht. Diese zögerte zunächst, und es wäre durchaus wahrscheinlich gewesen, dass Kanzler Schüssel im Interesse des politischen Überlebens des Koalitionspartners und damit der von ihm geführten Koalition diese Zustimmung in seiner Partei erwirkt hätte.

Tags darauf folgte jedoch wieder eine Kehrtwendung Haiders: Wohl wissend, dass ihn Riess-Passer diesmal überboten hatte und im Bemühen, aus dieser Niederlage einen moralischen Sieg zu machen, sagte er sein Projekt Volksbegehren „vorerst“ ab - unter der Bedingung dass die FPÖ-Spitze noch einmal mit ihm über mögliche Steuererleichterungen diskutiert. Es handle sich dabei um ein "sehr großes Entgegenkommen“ seinerseits, mit dem die Parteiführung „nicht leichtfertig umgehen" sollte. Wenn es "nicht möglich ist, und die Partei nicht bereit ist, einen Schritt in dieser Frage auf uns zuzugehen, zwingt sie mich, mich aus der Politik zurück-

zuziehen", drohte Haider neuerlich mit Rücktritt, um seiner Forderung innerparteilich Nachdruck zu verleihen (derStandard-online 27.08.02). Später schob er dann noch die Forderung nach einer Neuverhandlung des Koalitionsübereinkommens nach. Riess-Passer, nach ihrer Selbsteinschätzung ohne ihr Zutun „von der willenslosen Marionette zu seiner großen Gegenspielerin“ geworden, bekräftigte jedoch ihre Haltung und kündigte an, in der Parteivorstandssitzung am 3.9.2002 die Vertrauensfrage zu stellen, um damit die „Richtungsentscheidung“ herbeizuführen (News-Networld 28.08.02).

In dieser Konfrontation stellten sich prominente VertreterInnen des Koalitionspartners (Rauch-Kallert, Bartenstein, Gehrler, Khol), und die Mehrheit der WählerInnen, aber auch die Mehrheit des Parteivorstandes und der FPÖ-Anhängerinnen hinter Riess-Passer.

Am Abend des 29. 8. Abends gab es dann ein "Geheimtreffen" zwischen Haider auf der einen und dem Riess-Passer und ihrem Regierungsteam auf der anderen Seite. Riess-Passer blieb inhaltlich bei ihrer Position, machte Haider aber das Angebot, mit ihr in die Bundesregierung zu gehen. Haider lehnte ab, wartete die Parteivorstandssitzung vom 3.9. gar nicht mehr ab und teilte bereits am 30.8. mit, sich "völlig und endgültig" aus der Bundespolitik zurückzuziehen - mit der Begründung, die Partei in der Regierung eine andere Linie, als sie nach der Nationalratswahl 1999 noch mit seiner Mitwirkung konzipiert worden sei, und er wolle nun "nicht mehr stören" und der Parteiführung die Chance geben, "ihre Arbeit zu tätigen mit der Möglichkeit, dass (sie) auch ... die volle Verantwortung dafür trägt" (derStandard-online 30.08.02). Bereits am nächsten Tag machte er sich daran, seine Niederlage mit einer Dolchstoßlegende zu umranken und sich selbst in die Phalanx antiker Helden einzureihen: Mit der nun eingeschlagenen Linie habe sich "... meine Partei ... mit unseren Gegnern verbündet ..., um mich so zu sagen zur Strecke zu bringen". Er aber sei, wie Phönix aus der Asche, zur Auferstehung und für eine neue Mission bereit: nach einer etwaigen Wahlniederlage im kommenden Jahr werde er wieder als Parteiohmann zur Verfügung stehen: "Wenn Sie so wollen bin ich sicherlich ein Sisyphus der FPÖ, der bereit ist, den Stein wieder nach oben zu bringen" (derStandard-online 31.08.02) - die triumphale Rückkehr nach dem bloß taktisch motivierten Rückzug war also von ihm bereits eingeplant.

Riess-Passer - offenbar bemüht, sich nicht von Haider in die Rolle der Verräterin drängen zu lassen - beeilte sich zu versichern, dass sie sich "... immer den Zielsetzungen Jörg Haiders verpflichtet gefühlt (habe)". Sie stehe nach wie vor auf dem Boden des von Haider mitverhandelten Regierungsprogramms, 90 % dieses Programms seien bereits umgesetzt und auch die Steuerreform sei nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Man werde sich auch nach seinem Rückzug anstrengen, "sein Vertrauen zu rechtfertigen" (derStandard-online 31.08.02).

Aber die Wiederkehr Haider sollte schon viel früher erfolgen als angekündigt. In den Bundesländern wurden – ausgehend von Kärnten, Niederösterreich und Oberösterreich - Unterschriften von Funktionären gesammelt, um einen außerordentlichen Parteitag einzuleiten, die Landesorganisationen Niederösterreichs und Oberösterreichs forderten offiziell einen Sonderparteitag, und auch der 2. NR-Präsident Prinzhorn sprach sich in der Folge gegen den Aufschub der Steuerreform und für den Sonderparteitag aus. Bis Dienstag Nachmittag sind dann 350 Delegierten-Unterschriften für den Sonderparteitag und für „Steuerreform für Abfangjäger“ bei der Bundesgeschäftsstelle abgegeben worden - weit mehr als für die Beantragung erforderlich. Das Kräftemessen bei der Vorstandssitzung am Dienstag dauerte dann die Marathondistanz von 12 nächtliche Stunden, ohne dass ein Kompromiss gefunden werden konnte. Nach der Sitzung war man so weit wie vorher: der Vorstand bekannte sich zur Regierungsbeteiligung, im Streitpunkt Steuerreform gab es keine Entscheidung, und Riess-Passer und ihre Stellvertreter Westenthaler, Scheibner und Gorbach erklärten, ihre Ämter zur Disposition zu stellen, sollten nicht genügend Stimmen (mindestens 131) für den – vorläufig mit 13. Oktober terminisierten - Sonderparteitag wieder zurückgezogen werden und dieser tatsächlich stattfinden. NR-Präsident Prinzhorn machte demonstrativ mit dem Stimmenrückzug gleich den Anfang (derStandard-online 01.09.08 - 04.09.02).

Durch das Basisvotum gestärkt meldete sich nach 5 Tagen höchst wirkungsvollen beredter Schweigen auch Jörg Haider wieder zu Wort: ein Sonderparteitag zum Thema "Steuerreform statt Abfangjägern" wäre – so der nun wieder ganz biedermännliche Brandstifter - nur der "letzte Ausweg. ... Wir sollten jetzt gemeinsam eine Lösung finden", und, an die Adresse seiner RivalInnen, es wäre auch der falsche Weg, "mit Drohungen zu agieren". Es läge ja ein Vorschlag auf dem Tisch, der von ihm am Montag mit Kanzler Schüssel und BM Bartenstein ausgehandelt worden sei (Was Schüssel allerdings postwendend dementiert hat; es habe sich lediglich um ein Informationsgespräch gehandelt). Bei diesem Vorschlag gehe es nicht allein um eine Steuerreform. "Es geht auch um die Ankurbelung von Wirtschaft und Beschäftigung, es geht um die Pensionsanpassung und auch um die Abfangjäger“. Diesen Vorschlag, der u.a. auch eine umfassende Steuerreform mit ersten Auswirkungen im Jahr 2003 beinhalte und zu dessen Finanzierung auch Rücklagen und Reserven der Nationalbank (ein Lieblingsobjekt der Begierde J. Haider) ins Auge gefasst werden sollen, würde auch der Koalitionspartner ÖVP mittragen. Die Koalitionspartner sollten eine gemeinsame Kommission einsetzen, dann "... sollte es nicht schwer sein, innerhalb der FPÖ eine Lösung zu finden". Er – gab er sich plötzlich flexibel - bestehe auch nicht auf den Termin 2003 für die Steuerreform; wenn man sage, man könne eine große Reform erst 2004/2005 umsetzen, dann sei das ein Programm, mit dem

man auch in die Wahl gehen könne. Er werde für Samstag den 7.9. alle Delegierten nach Knittelfeld einladen, um Sie dort von diesem neuen Plan und von der Hinfälligkeit eines Sonderparteitags für den Fall, dass auch die Parteispitze diesen Plan akzeptiert, zu überzeugen (derStandard-online 04.09.02, 05.09.02).

Die derart von ihrem Parteirivalen und angeblich auch von ihrem Koalitionspartner Hintergangene gab an, "überhaupt nichts" von einem Alternativ-Plan zur Steuerreform zu wissen. Auch sie plante ihren nächsten Zug in der innerparteilichen Auseinandersetzung: Am Wochenende sollte ein Treffen der blauen Regierungsmannschaft mit den neun Landesobleuten stattfinden. Riess-Passer wollte dort - neben der Absage des umstrittenen Sonderparteitages - weitere Bedingungen für den Weiterverbleib an der Parteispitze stellen: So sollte öffentliche Kritik an Partei oder Parteifreunden bei Sanktionen verboten werden. Weiters hat sie ein erneutes klares Bekenntnis zu Regierungsbeteiligung und Koalitionsvereinbarung einschließlich der EU-Osterweiterung gefordert - diese dürfe nicht durch ein Veto blockiert werden. Zusätzlich sollten die Landesparteien versprechen, allfälligen SPÖ-Anträgen für eine Steuerreform 2003 in den diversen Landtagen nicht zuzustimmen. Letzter Punkt des Riess-Forderungspakets war die eindeutige Abkehr von allen kommunizierten Abspaltungsplänen blauer Landesparteien - gemeint ist primär Kärnten (derStandard-Online 05.09.02, News Networld 05.09.02).

In einer „Schlammschlacht hinter den Kulissen“ wurden auf beiden Seiten Killergerüchte über die jeweilige Gegenseite lanciert: Haider habe seit seinem Rückzug als FPÖ-Parteiohnbmann als "einfaches Parteimitglied" insgesamt mehr als 20 Millionen Schilling (über 1,5 Millionen Euro) an Spesen kassiert, und Riess-Passer wolle sich ein Penthouse in Wien-Döbling um über 10 Mio Schilling (750.000.- Euro) kaufen ... (New-Networld 06.09.02).

Nach versöhnlichen Kreidetönen und beschwichtigenden Scheinverhandlungen mit Riess-Passer im Vorfeld des Delegiertentreffens schaltete Haider dann in Knittelfeld wieder auf Konfrontation: in seinem Beisein wurde das mit der Vizekanzlerin ausgehandelte Papier von einem Funktionär coram publico zerrissen und dem Regierungsteam von der „Basis“ ultimativ eine neue Agenda vorgegeben. Grundlage dafür war ein von Herbert Scheibner, Mitglied des Regierungsteams und Stellvertreter Riess-Passers, formulierter und von Haider als „zielführender“ und „substanzieller“ als das Verhandlungsergebnis mit der Vizekanzlerin bezeichneter „Kompromiss-Vorschlags“ folgenden Inhalts (derStandard-online 07.09.02):

1. Eine Kommission soll die Möglichkeiten einer noch im Jahr 2003 in Kraft tretenden Steuerreform prüfen und bis Ende dieses Jahres berichten. Über die weitere Vorgangsweise hätte dann zu Beginn des nächsten Jahres ein Parteitag zu befinden.
2. Dem Abfangjägerkauf wird unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Zahlungen erst nach Wirksamwerden der Steuerreform begonnen werden.
3. Eine FPÖ-interne Kommission soll die Frage der Benes-Dekrete und Temelins und einer allfälligen Vetopolitik in dieser Frage behandeln.
4. Heider kehrt in den Koalitionsausschuss zurück.
5. Der Antrag auf den Sonderparteitag wird erst zurückgezogen, nachdem Riess-Passer und das Regierungsteam diesem Vorschlag zugestimmt haben. Die 400 Delegiertenstimmen dafür werden inzwischen von E. Stadler, Volksanwalt, berüchtigter Feuerredner und Redelsführer der Partairebellion, als Faustpfand treuhändisch verwaltet.

Dieser „Kompromiss“ steht in Widerspruch zu praktisch allen Forderungen, die Riess-Passer für die Fortsetzung ihrer Regierungstätigkeit gestellt hatte. Aufgestachelt vom informellen Leitwolf Jörg Haider und aufgehetzt von Ewald „Dobermann“ Stadler und unter mit Mitwirkung von Herbert „Brutus“ Scheibner hat die Delegiertenversammlung ihrer formellen Führung den Kampf angesagt und dieses unter ihr Kuratel gestellt.

Noch am Abend dann Kapitulation und die Rücktritte aus allen Regierungs- und Parteifunktionen von Riess-Passer, Grasser und Westenthaler, die sich freilich noch im Moment ihres Sturzes in ungebrochener ideologischer Verblendung zur „freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft“ bekannt haben. In den folgenden Tagen folgten noch Rücktritte weiterer Spitzenpolitiker der FPÖ (Reichholds, Gorbach, Sichrovsky). Herbert Scheibner führt interimistisch die Parteigeschäfte, noch im September soll dann auf einem Parteitag die neue Führung gewählt werden (derStandard-online 08.09.02). Eine Parteivorstandssitzung am 11.9. hat Jörg Haider als Obmannkandidaten und Herbert Haupt als Spitzenkandidaten für die Nationalratswahl nominiert. Haupt sollte also die nach Riess-Passers Sturz vakante Rolle des freiheitlichen Politikkommissars in der Regierung antreten und –nach seinen eigenen Worten - „Übersetzer und Erklärer der Haiderschen Ideen“ sein (derStandard-online 11.09.02).

Haider selbst hat im nachhinein versucht, den Schein aufrechtzuerhalten, dass die Versammlung in Knittelfeld eine Friedensversammlung zum Zweck des Erhalts der Einheit der Partei und der Rettung der Koalition gewesen, der Rücktritt der formellen Führungsspitze der FPÖ nicht als inhaltlich begründet, sondern als bloße Folge persönlicher Eitelkeiten anzusehen, und er selbst der eigentliche Verlierer sei, dem es nicht gelungen ist, im Streit zu vermitteln (derStandard-online 09.09.02).

Doch die – laut Meinungsumfragen auf einen Stimmenanteil von nur mehr 14 % halbierte – FPÖ kann nicht zur Ruhe: Die ganze Woche nach dem Rücktritt der Parteispitze gab es Nachbeben in der Partei: Selbstaflösung einzelner Ortsgruppen, Rücktritte von FunktionärInnen und MandatarInnen, Parteiaustritte, Rücktrittsforderungen an die Organisatoren der Rebellion Achaz und Stadler; ja es wurde sogar Kritik an der Vorgehensweise von Jörg Haider laut, selbst in der Kärntner FPÖ. Das wiederum wollte sich der Kandidat für das Amt des Parteiobermanns und selbsternannte Sisyphus nicht bieten lassen und zog zu allgemeiner Überraschung kurzerhand seine Kandidatur wieder zurück, nicht ohne neuerdings kryptische Anschuldigungen gegen das FP-Regierungsteam zu erheben und ihm indirekt Korruption und Verrat an die ÖVP zu unterstellen: "Die bisherigen Regierungsmitglieder und die sie umgebenden Lobbys und Interessensgruppen haben nun die Möglichkeit, ihre Linie in der Gesamt-FPÖ durchzusetzen und einen für die ÖVP maßgeschneiderten Koalitionspartner darzustellen" (derStandard-online 14.09.02). Er selbst erklärte am folgenden Tag seinen Rücktritt damit, dass er und seine Familie wegen seiner Ablehnung des Abfangjäger-Kaufs bedroht worden seien: "Ich muss der Gewalt weichen", so Haider in Anspielung auf die Formulierung, die Schusnigg 1938 zur Erklärung seines Rücktritts nach dem Anschluss Österreichs an NS-Deutschland gebraucht hatte, „Auch in Österreich wird unwahrscheinlicher Druck gemacht, um dieses Geschäft zu machen". Auch der Mord an Pim Fortuyn, dem niederländischen Populisten, sei ja erfolgt, nachdem er sich gegen ein Waffengeschäft ausgesprochen hätte (derStandard-online 16.09.02). Diese Erklärung stieß freilich seitens der Behörden auf Verwunderung, denn einerseits hat Haider selbst keine Anzeige erstattet, andererseits passten seine Angaben nicht mit seinem Verhalten zusammen: Haider hat ja gesagt, er sei am Freitagabend wegen seiner Haltung in der Abfangjäger-Beschaffung in einem Lokal bedroht worden. Doch noch am Samstag machte Haider aber in einer Aussendung deutlich, dass gewisse Umstände hinter dem Abfangjäger-Deal aufklärungsbedürftig seien, um dann am Montag zu behaupten, die Drohung vom Freitag sei der Grund für seine Kapitulation gewesen (ORF-online 17.09.02).

Ob nun aus narzistischer Kränkung oder Terrorangst, aus Spekulation auf einen Märtyrereffekt für sich oder um seinen Vorwurf des Lobbyismus an die Regierungsfraktion Nachdruck zu verleihen, auch „Er“ war nun doch wieder weg, und die nunmehr ihrerseits führerlosen Rebellen und ihre Partei vollends orientierungslos.

Tatsächlich forderte Böhmdorfer Tags darauf in der ORF-Pressestunde die rücktrittsbereiten FP-Regierungsmitglieder und insbesondere Riess-Passer auf, ihre Ämter und Funktionen in Partei und Regierung wieder aufzunehmen. Riess-Passer hat allerdings umgehend abgewun-

ken (derStandard-online 15.09.02), und nachdem am 17.9 auch noch der oberösterreichische Landesparteivorsitzende Achaz zurückgetreten war, um „die Partei vor einer Zerreißprobe zu bewahren“ und „der Rückkehr Riess-Passers nicht im Wege zu stehen“, wurde dann, ganz im Sinne des Vermächtnisses Haiders, mit Verkehrsminister Helmut Reichhold doch wiederum ein Mitglied der Regierungsfraktion vom Parteipräsidium zum Obmannkandidaten gekürt – und damit fraktionspolitisch der status quo ante, vor dem Machtkampf, wieder hergestellt (derStandard-online 17.09.02). Reichhold, der vor Annahme der Kür sowohl mit Riess-Passer als auch mit der Kärntner Landespartei und Haider Rücksprache gehalten hatte, setzt künftig auf Geschlossenheit in der Partei, wird sich ein Vetorecht vorbehalten und kündigt "weitere Konsequenzen" an. So ist er strikt dagegen, dass der niederösterreichische Funktionär Ewald Stadler für den Nationalrat kandidiert (was dieser nach eigenen Angaben allerdings auch nicht vor hatte; an seiner Stelle wird nun Barbara Rosenkranz, verheiratet mit einem Rechtsextremen, Gastgeberin Stadlers zu Sonnwend 2002 und Mutter von 10 Kindern, als Zweite der niederösterreichischen FP-Liste in den Nationalrat einziehen!). Weitere „starke“ Ansagen des Obmannkandidaten: ohne „überzeugendes Votum“ (80%) am Parteitag am 21.9. würde er die Wahl nicht annehmen, und die Forderungen der „Parteirebellen“ würden nicht umgesetzt (derStandard-online 18.09.02). Vor den Delegierten am Parteitag gab sich Reichhold dann schon wieder demütiger, stellte fest: „Es gibt bei uns keine Putschisten“ und empfahl sich dann mit den Worten zur Wahl: „Ich stehe hier, weil Jörg Haider entschieden hat, nicht zum Parteiobmann zu kandidieren ... Dieser Mann hat mich ausgewählt“. Prompt wurde er mit über 92,2 % zum Obmann und Haupt (96,1%), Bleckmann (83,1%), Prinzhorn (72,1%) und Walch (70,3%) zu seinen Stellvertretern gewählt. Nachfolger Westenthalers als Klubobmann wurde übrigens Karl Schweitzer (derStandard-online 21.09.02).

Damit scheinen die Weichen für ein Come-Back der Regierungsfraktion in der FPÖ gestellt. Deren Erfolgsaussichten auf dem Wählermarkt erscheinen allerdings begrenzt: Traditionelle WählerInnen der FPÖ hat sie ja durch von ihr mitbeschlossenen unpopuläre Maßnahmen (Sparpolitik, verschobene Steuerreform, Zustimmung zum Abfangjägerkauf) „verraten“, neuen WählerInnenschichten hat sie mangels einer echten persönlichen und programmatischen Emanzipation von Haider wenig zu bieten: Ihre bisherige Sprecherin Riess-Passer hat jedenfalls bisher nahezu alle rechtsextreme Initiativen und Eskapaden des „einfachen Parteimitglieds“ – von der Fremden- und Asylpolitik bis zu den Angriffen auf den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs – gedeckt und sich bis zuletzt vorgenommen, das zu bleiben, was sie seit März 2000 war: Statthalterin und willige Vollstreckerin Jörg Haiders, und noch nach ihrem Sturz hat sie ihre „freiheitliche Gesinnung“ betont. Bei ihrem Nachfolger Reichhold scheint es

sich nicht anders zu verhalten. Überdies schwebt bis auf weiteres ständig das Damoklesschwert einer Intervention Haiders sowie die Gefahr, dass dieser in der Waffenaftaire doch noch „auspackt“, über der Partei. Nach einem solchen Wechsel an der Spitze wäre die FPÖ daher vermutlich so geschwächt, dass eine schwarz-blaue Mehrheit nicht nochmals zustande käme. Nur eine wirklich veränderte, programmatisch und personell „normalisierte“, liberalisierte Partei hätte neue Chancen am Wählermarkt und käme auch für andere Parteien des „Verfassungsbogens“ prinzipiell als Koalitionspartner in Frage. Eine „Wendekoalition“ mit der ÖVP hätte aber wohl auch in diesem Falle keine Mehrheit mehr.

So endete der Machtkampf in der FPÖ also vorerst mit einem Unentschieden. Im Richtungsstreit zwischen den neoliberalen, den rechtspopulistischen und den „(rechts-) radikalen Elementen“ mit „(rechts-) extremistischer Ausdrucksweise“ (EU-Weisenbericht) haben damit die letzteren die Oberhand behalten – die Knittelfelder Delegierten-Beschlüsse sind ja nicht vom Tisch. Im Kampf um die Führung hat sich die Regierungsfraktion behauptet: Sie hat die Spitze gehalten, ein Redelsführer der Rebellion wurde bestraft (Achatz musste gehen), sie ist jedoch durch den Lobbyismus-Vorwurf Haiders als korrupt und/oder erpressbar gezeichnet, hat obendrein ihre wichtigsten SpitzenexponentInnen verloren und wird nun von Personen repräsentiert, die der Landesorganisation von Haiders Provinzkaiserreich Kärnten (Reichhold, Haupt) angehören und/oder als vertraute Haiders gelten und am „Rebellenaufstand“ beteiligt waren (Bleckmann, Prinzhorn). Ungeachtet seines neuerlichen Rückzugs hat Haider einmal mehr eindrucksvoll bewiesen, dass er unabhängig von allen statutarischen Regelungen und von allen formellen Führungsstrukturen in der Partei nach wie vor de facto die Führungsposition und die maßgebliche „Richtlinienkompetenz“ (A. Mölzer) in der FPÖ besitzt, und die FPÖ hat nicht nur wieder inhaltlich ihre wahre „Natur“ zur Schau gestellt, sondern auch zu erkennen gegeben, dass sie allen formal-demokratischen innerparteilichen Mechanismen zum Trotz de facto eine autoritäre Führerpartei ist, mit der „kein Staat zu machen“ (E. Busek) ist. Es ist wieder ganz offenkundig geworden, wo sie sich nach wie vor befindet: außerhalb des Verfassungsbogens.

Am 9.9.02, dem Tag nach dem Rücktritt des Kerns des freiheitlichen Regierungsteams, folgte die *Rückwirkung auf die Wendekoalition*. Kanzler Schüssel und die ÖVP zogen aus der unhaltbaren Situation des Abgangs der loyalsten freiheitlichen Regierungsmglieder und der Infragestellung der Regierungsbeschlüsse zur Steuerreform und der drohenden Blockade der Osterweiterung als des „Herzstücks“ der Koalitionsvereinbarung die Konsequenzen: Mangels „Vorhersehbarkeit und Durchsetzbarkeit von Entscheidungen in der FPÖ“ bleibe nur die Auf-

lösung der Koalition, die Auflösung des Nationalrats am 20. September und Neuwahlen zum ehest möglichen Zeitpunkt, also am 24. November oder am 1. Dezember (derStandard-online 09.09.02). Ein Versuch des freiheitlichen Obmann-Kandidaten Reichhold, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel dazu zu bewegen, die vorgezogenen Neuwahlen wieder abzublasen, bleibt ergebnislos (derStandard-online 18.09.02). Das blau-schwarze Wendeprojekt war damit gescheitert - nicht am Widerstand Europas, nicht an den 130 wöchentlichen „Donnerstagsdemonstrationen“ und auch nicht an der Opposition, sondern an seinen eigenen inneren Widersprüchen – an der Arroganz der Macht und der Korruption der angeblichen „Antiprivilegienpartei“, an der Belastungspolitik der angeblichen „Partei der kleinen Leute“, an den unvereinbaren Standpunkten der Koalitionspartner zur Frage der europäischen Integration – und an den Reflexen dieser Widersprüche innerhalb der FPÖ in Gestalt des von Haider in Regie genommenen Aufstands der Parteibasis gegen das Regierungsteam.

Im Hinblick auf die Zukunft bemerkenswert ist freilich die nachträgliche Interpretation der Ereignisse sowie die Zukunftsperspektiven der Hauptakteure: Westenthaler und Riess-Passer etwa, eigenen Aussagen zufolge nach wie vor vom Herzen Freiheitliche, sind offenbar weit entfernt von der Einsicht, dass das, was Ihnen widerfahren ist, innere Konsequenz des Rechtsextremismus der „Gesinnungsgemeinschaft“ ist, zu der sie sich nach wie vor bekennen. Die Unterwerfung Riess-Passers geht sogar so weit, dass sie bereit ist, in Tirol als Wahlhelferin aufzutreten. Ebenso wenig scheint Kanzler Schüssel die reale Situation zur Kenntnis nehmen zu wollen: Er weigert sich, das Scheitern der Projekte „Zähmung der FPÖ“ einzugestehen. Er bildet sich ein, dass für das Ende der Koalition nicht letztlich die Europaunfähigkeit seines Partners, sondern lediglich formale Gründe – dessen mangelnde Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit – verantwortlich sind. Er blendet in seiner Erfolgsbilanz der Koalition die - wesentlich auf freiheitliches Betreiben zurückgehende - nachhaltige Beeinträchtigung der politischen Kultur (Verfall des Respekts und der Toleranz für den Anderen und das Fremde, neue Salonfähigkeit des Geschichtsrevisionismus), der Menschenrechte (restriktive Fremdengesetze, Einschränkung des Asylrechts, Verweigerung von Minderheitenrechten, Ausbau des Überwachungsstaats), des Rechtsstaats (Attacken auf den Verfassungsgerichtshof, Schwächung der richterlichen Gewalt im Strafprozess) sowie der gesellschaftlichen Selbstverwaltung (Übergriffe auf Arbeitnehmervertretungen und Sozialpartnerschaft, Abschaffung der kollegialen Selbstverwaltung der Universitäten) und der Demokratie (Eingriffe in das Demonstrationsrecht) völlig aus. Ja Schüssel kann sich sogar eine Neuauflage der Wendekoalition mit den „Reformkräften“ und „Patrioten, denen man vertrauen kann“ in der FPÖ vorstellen (derStandard-online 09.09.02).

Schüssel ist also mangels Tateinsicht ein potentieller Wiederholungstäter, so zu sagen ein zweiter Sisyphus, gefangen im Wiederholungszwang, das Unmögliche zu versuchen und daran zu scheitern. Er wird – mit tätiger Unterstützung des bereits gewendeten ORF – alles unternehmen, um seine selektive Interpretation der Lage in der Öffentlichkeit durchzusetzen. Obwohl mächtige Landeshauptleute der FPÖ (Pröll, Pühringer) erklärt haben, sich auf eine FPÖ unter Jörg Haider nicht mehr einzulassen (derStandard-online 13.09.02), ist die Gefahr einer Wiederaufnahme des blau-schwarzen Wendeprojekts trotz seines Scheiterns also nach wie vor keineswegs gebannt!

8. Abschließender Befund und Ausblick

Die Analyse von Rhetorik und Kommunikationskultur, Parteiprogramm, Interaktionsformen und Führungsstil, Mitgliederstruktur und Außenbeziehungen der FPÖ sowie von Regierungsprogramm und –praxis von FPÖ und blau-schwarzer Wenderegierung haben ergeben, dass

- die *FPÖ* eine ihrer äußeren Erscheinungsform und in ihrem Stil nach scheinbar postmodern-beliebig-populistische, nach ihren ideologischen Grundlagen und ihrer gesellschaftspolitischen Stoßrichtung sowie ihrem Verhaltensstil jedoch nach wie vor ihrer Regierungsbeteiligung eine *tendenziell rechtsextreme Partei* ist;
- sich auch in *Regierungsprogramm und –praxis der blau-schwarzen Koalition* Momente des Ethno-Nationalismus und Rassismus, der Geringschätzung von gesellschaftlicher und staatlicher Gewaltenteilung, des staatlichen Übergriffs auf die Persönlichkeitssphäre, des Volksgemeinschaftsdenkens, von verschwörungstheoretischen Feindbildern und Sündenbockprojektion sowie des Revisionismus, also *rechtsextreme Elemente* (im Sinne der Definition von Holzer 1994) finden, die längerfristig zu einer schleichenden Aushöhlung von Menschenrechten und liberaler Demokratie in Österreich führen könnten;
- die Gefahr besteht, dass eine zunehmend als „normal“ akzeptierte Regierungsbeteiligung der FPÖ auch auf *europäischer Ebene* problematische Wirkung entfaltet: Die Aufhebung der „Sanktionen“ wurde von der Regierung und der FPÖ in höchst selektiver Wahrnehmung und aktiver Uminterpretation als Persilschein ausgelegt, der es ihnen nun ermöglicht, mit dem Siegel der „demokratischen Unbedenklichkeit“ nicht nur Österreich im Geiste der „Dritten Republik“ zu verändern, sondern auch *die Entwicklung eines stärker integrierten europäischen Bundesstaates von innen zu verhindern*. Zudem ist nun der „cordon sanitaire“ gegen rechtsextreme Parteien auch in anderen Ländern Europas nicht

mehr so ohne weiteres aufrecht zu erhalten. Tatsächlich scheint bereits eine rechtsextreme Welle über Europa zu rollen: Sieg von Forza Italia, Alleanza Nazionale und Lega Nord bei den Parlamentswahlen in Italien, Lokale Wahlerfolge des Vlaams Block in Belgien, Sieg der Konservativen und Rechtsextremen bei den Parlamentwahlen in Dänemark und Holland (Pim Fortuyn – ermordet vor den Parlamentswahlen im Mai 2002), Lokale Erfolge von Rechtspopulisten in Deutschland (Schill), Einzug Le Pens in die Stichwahl zur französischen Präsidentschaft – Europa scheint nationalistisch zu entgleisen.

Die unmittelbare Folgen dieser Entwicklung: zwischen der sozialdemokratischen Regierung Schwedens und der rechts-konservativen Regierung Dänemarks ist ein Streit um die Ausländerpolitik geplant. Die dänische Rechtspopulistin Kjærsgaard droht im haideristischen Stile damit, „... die Öresund-Brücke hochzuklappen, wenn die Schweden ihre Städte zu Schmelztiegeln mit Clankriegen, Fememorden und Massenvergewaltigungen in Beirut machen wollen“, und die „Festung Europa“ ist im Begriff, noch dichter zu machen: Beim EU-Gipfel Ende Juni 2002 in Sevilla wurde auf Betreiben des spanischen Konservativen Aznar und des britischen Neu-Sozialdemokraten Blair ein Paket gegen illegale Einwanderung geschnürt, dass von einer Vereinheitlichung der Asylpolitik über den Aufbau einer Datenbank mit den Fingerabdrücken aller AsylwerberInnen („Eurodac“), ein schärferes Vorgehen gegen „mafiose Schlepperbanden“, die Kooperation und Vernetzung der nationalen Grenzschutzkräfte bis zur Androhung von Maßnahmen gegen Herkunfts- und Transitländer, die bei der Verhinderung und Rückführung illegaler GrenzgängerInnen „kooperationsunwillig“ sind, reicht (derStandard-online 19.06.02, 22.6.02).

Soweit der unerfreuliche Befund. Die ProtagonistInnen der Wende sind offenbar entschlossen, ihr Projekt trotz des Scheiterns und ungeachtet der in diesem Beitrag dokumentierten problematischen politischen und gesellschaftlichen Folgen des ersten Anlaufs fortzusetzen. Spätestens seit den Wiener Wahlen im März 2001 kann man freilich hoffen, dass fremdenfeindliche Hetze von den WählerInnen nicht mehr honoriert wird. Die Fähigkeit des demokratischen Systems zur Selbstkontrolle scheint also nach wie vor intakt. Nach dem (vorläufigen?) Scheitern der Wende in Österreich im September 2002 scheint der Rechtsextremismus in Europa zudem auch international in eine Krise zu geraten: die Liste Pim Fortuyn in Holland ebenso wie Alleanza Nazionale und Lega Nord in Italien, die Partido Popular in Portugal oder die rechtsextreme Partei Megrets in Frankreich (derStandard-online 03.10.02), und auch die holländische Mitte-Rechts-Regierung. ist nach nur drei Monaten zusammengebrochen (derStandard-online 16.10.02).

Epilog: Die Vorbereitung auf den „Zahltag“ – Der Wahlkampf von 9. September bis 24. November 2003

In diesem Abschnitt wird der Wahlkampf nach dem (vorläufigen?) Ende des Wendeprojekts dokumentiert, mit dem Schwerpunkt auf der Frage, ob und wie das rechtsextreme Element der

FPÖ, das ja mit der Rebellion von Knittelfeld ein kräftiges Lebenszeichen gegeben hat, hier in Erscheinung tritt.

Die *Ausgangslage* der KontrahentInnen – ihre Stimmenstärken, SpitzenkandidatInnen, Wahlziele, Schwerpunktthemen und Koalitionspräferenzen – ist nachstehender Übersicht zu entnehmen:

Die Ausgangslage der Wahlauseinandersetzung

Partei*	ÖVP	FPÖ	SPÖ	GRÜNE
Ergebnis der NRW 1999	27	27	33	7
Wahlziel	SPÖ überholen (30 % +), Wende mit Reformkräften der FP fortsetzen	15 % + , Behauptung als Faktor der Regierungsbildung	40 %, schwarz-blau verhindern	15 % - FPÖ einholen, schwarz-blau verhindern
SpitzenkandidatIn	Schüssel	Reichhold	Gusenbauer	Van der Bellen
Themen	Fortsetzung des Wendeprojekts mit Kanzler Schüssel: EU-Erweiterung, Finanzpolitik ohne Schulden, effiziente Sicherheit, behutsame Integration	Sozialpolitik („1000 Euro Mindestlohn“), Steuerreform, keine Osterweiterung mit Benes-Dekreten und Temelin, Zuwanderung	Faire Chancen für alle: Arbeit & Wirtschaft, Gesundheit & Pensionen, Bildung; keine Abgangsjäger	Osterweiterung, Arbeit & Soziales, Frauenpolitik, Umwelt, geistige Öffnung
Koalitionspräferenz	Schwarz-blau	schwarz-blau	rot-grün (Rot-schwarz)	Rot-grün

* neben den in dieser Übersicht berücksichtigten im Parlament vertretenen Parteien werden noch folgende bundesweit antreten: Liberales Forum (Neugegründete liberale Nachfolgepartei des 1999 aus dem Nationalrat ausgeschiedenen LIF) und die KPÖ. Die Demokraten (Neugegründete liberal-populistische Partei des Initiators des Volksbegehrens gegen Abfangjäger vom August 2002) werden nur in Wien und Vorarlberg antreten

Quelle: derStandard-online

Die Heftigkeit der politischen Polarisierung und Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition in den letzten Jahren sowie die den Neuwahlen vorangegangenen Konflikte zwischen den Koalitionsparteien lassen einen besonders harten Wahlkampf erwarten. Zudem lässt die Tatsache, das die „Ostererweiterung“ im Allgemeinen und die „Benes-Dekrete“ im Besonderen - Themen, die ja im deutsch-völkisch-nationalen Milieu eine rassistische und revisionistische Ladung besitzen - ein zentrales Wahlkampfthema darstellen, eine Eskalation des Wahlkampfes insbesondere von Seiten des deutschnationalen Flügels der FPÖ befürchten. Diese Partei ist zwar angesichts ihrer existenzbedrohlichen Krise im Augenblick hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt, gerade diese innere Krise könnte sie freilich zur Flucht nach vorne

in eine besonders aggressive Wahlkampfführung treiben. Der Bundespräsident hat jedenfalls bereits vorsorglich davor gewarnt, wichtige Sachthemen und v.a. die EU-Erweiterung für Wahlkampfzwecke zu „missbrauchen“. Österreich brauche, so Klestil im Rückgriff auf die Formulierung, die er bereits im Jahre 2000 gebraucht hatte, um vor der Bildung einer schwarz-blauen Koalition zu warnen, „... so rasch wie möglich eine handlungsfähige, berechenbare und stabile Regierung. Eine Regierung, die Ansehen im Inland und Ausland genießt und die die großen Probleme seriös und glaubhaft zu lösen imstande ist, die wir in Österreich und Europa zu bewältigen haben“. Und er fügte, wohl vornehmlich an die Adressen Haiders und Schüssels gewendet, hinzu: "Politische Taktik ist gut und schön und wahrscheinlich auch notwendig, aber sie ist kein Ersatz für Anständigkeit, Geradlinigkeit, Berechenbarkeit und menschliche Würde" (derStandard-online 16.09.02).

Eine nicht unbedeutende Rolle für den Ausgang der Wahlen wird in der „Mediendemokratie“ die relative *Präsenz der konkurrierenden Parteien im – selbst von der Wende erfassten - ORF* spielen. In der für die öffentliche Interpretation des Grundes der Neuwahlen und der zur Wahl stehenden Alternativen höchst wichtigen Startphase des Wahlkampfs hat sich jedenfalls die „Umfärbung“ für die Regierungsparteien bereits bezahlt gemacht: Laut Zählung der „Jungen Generation“ in der SPÖ haben "ZiB 1", "ZiB 2" und Sonder-"ZiB" des 9. September ÖVP und FPÖ ein wesentlich mehr Sendezeit gewidmet als der SPÖ und den Grünen. Die Chefin des ORF Lindner begründete dies damit, dass die Initiative für die Neuwahlen von FPÖ und ÖVP ausgegangen und diese deshalb eben auch länger im Bild gewesen seien ... (derStandard-online 16.09.02). Auch in der gesamten Periode von 1 – 27. September war nach einer Auszählung des SPÖ-Pressedienstes Schüssel in der ZIB-Sendungen des ORF viermal so lang präsent wie Gusenbauer, obwohl „im Wahlkampf die sonst vielleicht argumentierbare Einschätzung, dass Aussagen von Reihungsmitgliedern einen höheren Nachrichtenwert darstellen, nicht gelten kann“ (APA OTS 27.09.02). Die Analysen der Forschungsgesellschaft „Media-Watch“ für den Monat September 2002 bestätigen die Angaben des SPÖ-Pressedienstes (derStandard-online 30.09.02).

Im Oktober, als der Wahlkampf langsam auf Touren kam, waren die Regierungsparteien dann in ZIB1 und ZIB 2 nur mehr mit einem Anteil von ca. 60% vertreten, die Oppositionsparteien dagegen mit einem Anteil von 26 % und 17 % (SPÖ) bzw. 16 % und 18 % (Grüne). In der ZIB3 kamen die Regierungsparteien gar nur noch auf einen Anteil von knapp über 50 %, die SPÖ immerhin auf 34 % und die Grünen auf knapp 15 % (derStandard-online 27.10.02).

Bereits die parlamentarischen *Bilanzen der Parteien über die vergangene Regierungsperiode* ließen die Marschrichtungen der Parteien im bevorstehenden Wahlkampf erkennen: Schüssel lobte alle einzelnen Regierungsmitglieder, die Festigkeit der Wendekoalition gegenüber den „gegen Österreich gerichteten EU-Sanktionen“ und die Kernprojekte der Wende (v.a. Budgetsanierung, Familienpolitik, Abfertigung neu, Universitätsreform und Forschungspolitik), außenpolitische Initiativen wie die für einheitliche europäische AKW-Sicherheitsstandards sowie Hochwasserhilfe und Konjunkturpaket. Gusenbauer verwies auf Eckdaten aus Wirtschaft, Beschäftigung und Budget, die sich seit Antritt der FPÖVP-Koalition verschlechtert hätten und prangerte v.a. die die wachsende soziale Ungleichheit, die Belastungspolitik der Regierung an. Reichhold versuchte seine Partei als nach wie vor regierungsfähige Reformkraft darzustellen. Bereits zuvor hatte er sich in einer Pressekonferenz - sichtlich bemüht, Stabilisierung und staatstragende Verantwortung auszustrahlen und so den weiteren Exodus der WählerInnen zur ÖVP zu verhindern - zur Verschiebung der Steuerreform zu Gunsten der Hochwasserhilfe, zur Beschaffung von Abfangjägern und zur Osterweiterung „unter bestimmten Bedingungen“ , aber auch zur Weiterverfolgung des Ausländerthemas bekannt. Van der Bellen kritisierte die zögerliche Europapolitik, die restriktive Fremdenpolitik, die Regierungsaktionen zur politischen Umfärbung der Republik und die Duldung der Attacken Haiders auf den OGH und der Stadlerschen Gleichsetzung der alliierten Besatzung mit der NS-Herrschaft durch die ÖVP (derStandard-online 18.09.02, 19.09.02). Also keine Einsicht in die rechtsextremen Elemente der Regierungspolitik und alle Anzeichen für eine ungebrochene Fortsetzung des Wendeprojekts auf der einen Seite, und deutliche Kritik daran und klare Hinweise auf die Absicht, neue Akzente in den Bereichen soziale Gleichheit, Menschenrechte und Geschichtsbewusstsein zu setzen, auf der anderen Seite!

Ebenfalls bereits zum Vorwahlkampf zu zählen (vgl. derStandard-online 19.09.02, 20.12.02):

- die Anträge von SPÖ und Grünen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Abfangjägerkauf und dessen Ablehnung mit der Mehrheit der FPÖVP. „Korruption“ und „Verschwendung“ die Signale der einen Seite und „über jeden Verdacht erhaben“ und „Staatsicherheit“ der anderen;
- die Verabschiedung des Konjunkturbelebungspaket: „professionelles und großzügiges Krisenmanagement“ aus der Sicht der Regierung, „zu wenig“ und „zu spät“ und obendrein ein „Mogelpaket“ mit „Geschenken für das Klientel von FPÖVP“ (Unternehmer und rechte Recken), aus der Sicht der Opposition;

- der Beschluss der vorzeitigen Auflösung des Nationalrats als Voraussetzung für die Neuwahlen: Die Debatte darüber erlaubte den Parteien – neben bekannten sachlichen Positionierungen – den Auftakt zur persönlichen und politische Polemik:

Gusenbauer: „Machtpfründe“ im Mittelpunkt, das Land steht schlechter da, „soziale Kälte“ wird von Schüssel in „machtpolitischer Arroganz“ verleugnet;

Schweitzer: Gusenbauer ist ein Vernaderer, Kühlschrank, Konzeptlos, und die Grünen wollen Österreich zur Spielwiese von Drogensüchtigen und illegalen Ausländern machen

Khol über Gusenbauer: Miesmacher mit Realitätsverlust und ohne Zukunftsperspektiven; über van der Bellen: steht für Drogen, Abschaffung von Witwenpensionen und Innenminister Pilz;

Glawischnig: Wende rückwärts zu autoritärem Staat, Nulldefizitfetischismus, Entsolidarisierung, in der Minderheiten-, Fremden- und Frauenpolitik hat unter den Augen des Schweigekanzlers stattgefunden.

Nachdem zuletzt auch die FPÖ die Frage des Parteivorsitzes und der SpitzenkandidatInnen auf ihrem Parteitag am 21.09. in Oberwart geklärt hatte, kam der eigentliche Wahlkampf in Schwung. Nachstehend ein „*Wahlkampf-Tagebuch*“ mit den signifikantesten Ereignissen:

- Ganz im Sinne der zur Zeit der „Sanktionen“ der EU-Staaten entwickelten irreführenden Gepflogenheit, die blau-schwarze Regierung mit Österreich zu identifizieren, hat die ÖVP am 14. 9. in allen größeren Tageszeitungen Österreichs ein Inserat mit rot-weiß-roter Umrandung mit einer „Information“ des Bundeskanzler über die Neuwahlen geschaltet, in der Schüssel versucht, seiner partikularen Lesart der Dinge unter missbräuchlicher Verwendung der Insignien der Republik einen offiziellen Anschein zu verleihen: Tenor der Parteipropaganda: die Regierung und natürlich v.a. die ÖVP-MinisterInnen haben Tolles geleistet, nun wollten aber Einige in der FPÖ „lieber wieder neue Schulden machen“ und „die Wiedervereinigung Europas in Frage stellen“. Die WählerInnen sollen nun entscheiden, „ob der Weg einer klugen und zukunftsorientierten Politik fortgesetzt werden kann“ (derStandard-online 14.09.02).
- in zeitgleicher Parallelaktion mit der staatstragend-moderat inszenierten Wahlkampfauf-taktpressekonferenz der Bundes-FPÖ präsentierte die Kärntner Landespartei am 23.9. gleichsam die rechts-populistische Version der freiheitlichen Wahlkampfthemen: Im Beisein von Jörg Haider betonte Strutz u.a., dass die Benes-Dekrete und die Avnoj-Beschlüsse außer Kraft gesetzt werden müssten, bevor man einem EU-Beitritt Tschechiens oder Sloweniens zustimmen werde – und erneuerte damit die Vetodrohung. Weiters kündigte er an, die Ausländerfrage wieder zum Kernthema machen: "Für uns gilt, Österreich zuerst, wir denken erst in zweiter Linie an die Ausländer". Und Haider selbst versicherte, dass die FPÖ die einzige „österreich-bewusste“ Partei bleibe, die nicht nach internationalem Lob heische. "Wir legen uns auch mit der EU und den Mächtigen an, um die Interessen Österreichs zu schützen" (derStandard-online 23.09.02).

Mittlerweile ist freilich auch Reichhold auf die Veto-Linie der Hardliner eingeschwenkt: „Die Benes-Dekrete sind in der EU undenkbar, und die Frage des AKW Temelin ist für Österreich eine Lebensfrage“ (derStandard-online 27.09.02).

- Am 24.9. legte die Kärntner FPÖ mit einer weiteren Provokation die Schwäche der Parteispitze bloß: Sie gab via Medien bekannt, es sei ihr Wunsch, dass Haider einer alten Tradition der Landespartei entsprechend am letzten Platz der freiheitlichen Landesliste kandidiere. Der erst bei einer Pressekonferenz von den Medien damit konfrontierte Reichhold beeilte sich zu beteuern, „... dass es nur einen Chef in der FPÖ gibt. Und das bin ich“. Er sei gegen die Kandidatur, denn diese würde als Signal dafür aufgefasst, dass Haider wieder in die Bundespolitik zurückkehren wolle, und er werde Haider bitten, auf die Kandidatur zu verzichten. Haider seinerseits erklärte blauäugig, er habe nicht vor, für Unruhe zu sorgen, und müsse „auf überhaupt keiner Liste stehen“. In der Folge teilten Reichholds Stellvertreter Bleckmann und Walch mit, keinen Einwand gegen die Kandidatur zu haben. Nach stundenlangen Beratungen in der Kärntner FPÖ am 29.9. wurde schließlich bekannt gegeben, dass die Kärntner FPÖ Haiders Verzicht auf die Kandidatur akzeptiere. Nachträglicher Kommentar des erleichterten Reichhold: er hätte auch eine Kandidatur Haiders akzeptiert, fände es aber „großartig, was der Jörg da gemacht hat“ (derStandard-online 24.09.02, 29.09.09).
- In einem Interview mit den Salzburger Nachrichten am 28.9. legte Kanzlerkandidat Schüssel seinen politischen Kompass offen: Er ortet die ÖVP „in der Mitte“, als eine Partei, der „jeglicher Populismus fremd“ ist. Sie stehe zwischen den Freiheitlichen („deutlich rechts“), bei der „der rechte Populismus manchmal seine Blüten treibt“, auf der einen und der SPÖ („deutlich links“), die „einen starken linken Populismus entwickelt“ habe, sowie den Grünen („ziemlich links“) auf der anderen Seite (derStandard-online 28.09.02). Für ihn sind also SPÖ und Grüne – fraglos zwei Parteien des Verfassungsbogens - gleichweit oder sogar weiter vom Zentrum entfernt als die FPÖ mit ihren rechtsextremen Elementen außerhalb des Verfassungsbogens. Schüssels Begriff der „Mitte“ orientiert sich also offenkundig nicht am Mittelpunkt des Verfassungsbogens ...
- Im Rahmen der verzerrten Koordinaten der politischen Geometrie seines Meisters nahm VP- Klubobmann Khol Anfang Oktober eine Standortbestimmung der Grünen vor. Nach dem Vorbild der extremen Rechten, alles, was nicht rechts ist, als „linksradikal“ zu etikettieren, bezeichnete er diese als „radikalmarxistisch“ und daher nicht koalitionsfähig, treten diese doch mit „extremistischen Forderungen“ wie „Abschaffung der Witwenpension“, „Steuererhöhung durch Ökosteuer“ oder „Rauschgift an den Trafiken“ und „ein ar-

beitsloses Einkommen für arbeitsunwillige Arbeitsfähige“ auf (derStandard-online 03.10.02, 06.10.02).

Auch Rauch-Kallert ortete bei den Grünen „radikale Tendenzen“. Als Beispiel führte die Generalsekretärin jener Partei, deren Obmann im Interesse des Koalitionsfriedens „... zu den antisemitischen Ausfällen Haiders gegen Muzikant und zu den unsäglichen Vergleichen Stadlers geschwiegen hat“ (Van der Bellen), den Vorschlag der außenpolitischen Sprecherin der Grünen Lunacek an, die EU solle angesichts der Politik der Regierung Sharon ihr Handelsabkommen mit Israel aufkündigen, und Waren aus den besetzten Gebiete von der Steuerbegünstigung ausnehmen.

In Wirklichkeit richtet sich dieser Vorschlag freilich gar nicht gegen Juden als Volk oder gegen den Staat Israel, sondern gegen eine spezifische Politik der derzeitigen israelischen Regierung. Insofern ist er nicht antisemitisch, sondern bewegt sich durchaus im Rahmen des ethisch-politisch Vertretbaren (APA OTS 04.10.02, derStandard-online 08.10.02).

- Als Ende September/ Anfang Oktober bekannt wurde, dass in dem einschlägigen Gutachten von J. Frowein u.a. für das Europäische Parlament die Benes-Dekrete zwar als „abstoßend aus der Sicht der Menschenrechte“, aber mit geltendem EU-Recht „nicht inkompatibel“ bezeichnet wurden, war die deutschnational-revanchistische Rechte in der FPÖ empört. Reichhold versuchte das Gutachten mit dem Hinweis vom Tisch zu wischen, das hätten „nicht Historiker, sondern Politiker zu entscheiden“. Die FPÖ beharre jedenfalls auf der Aufhebung der „menschenrechtswidrigen“ Benes-Dekrete. Abgeordneter und Burschenschaftler Graf sekundierte zwei Tage später: „die FPÖ wird es nicht zulassen, dass die Täter zu Opfern und die Opfer zu Tätern gemacht werden“. Auch Klubchef Schweitzer sprach sich für ein Veto gegen den Beitritt Tschechiens und der Slowakei aus, falls die Benes-Dekrete nicht aufgehoben und keine Entschädigungszahlungen geleistet werden, und forderte, Tschechien und die Slowakei aus dem Beitrittspaket herauszulösen und einzeln über sie abzustimmen. Denn die anderen Beitrittswerber könnten ja nichts dafür, wenn zwei Staaten nicht bereit sein, die erforderlichen Standards zu erfüllen (derStandard-online 30.09.02, 02.10.02, APA-OTS 02.10.02).

Der stellvertretende Vorsitzende der Wiener FPÖ Strache ortete in dem Gutachten gar „jenen Zynismus, der auch versucht die legalisierten Menschenrechtsverletzungen der Nachkriegs-Tschechoslowakei zu relativieren bzw. gegen andere Verbrechen aufzurechnen“. Er stellte damit indirekt die Singularität der NAZI-Greuelthaten in Abrede, die den Hintergrund und Anlass für die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Zusammenhang damit begangenen Verbrechen bildeten und die Gutachter auf eine Stufe mit den

Ausschwitz-Revisionisten (APA OTS 08.10.02)

Einen eher hinterlistigen Vorschlag zur Verhinderung der Osterweiterung steuerte FP-Bundesrat Gudenus bei: Die FPÖ sollte in irischen Tageszeitungen Inserate schalten, in denen die Bevölkerung ermuntert wird, bei der bevorstehenden Volksabstimmung bei ihrem Nein zu den Verträgen von Nizza zu bleiben. "Das wäre ein Hebel, die unleidigen Fragen Benes und Temelin vom Tisch zu bekommen" (derStandard-online 05.10.02).

- In der Diskussion um die Entlassung von „nicht aussichtsreichen“ AsylwerberInnen aus der Bundesbetreuung in die Obdachlosigkeit mit dem Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes ab 1. Oktober mischte sich in die zahlreichen empörten Stimmen aus Hilfsorganisationen, Kirchen, Opposition, UNHCR und Amnesty International auch die schrille Stimme der FP-Abgeordneten Partik-Pablé: Strasser habe schon viel zu lange zugesehen und eine Beschleunigung des Asylverfahrens blockiert. Die derzeitigen Asylwerber seien fast zu neunzig Prozent Einwanderer, die das Asylverfahren zur Umgehung der Einwanderungsbestimmungen missbrauchen würden. Es müsse daher das wichtigste Anliegen Österreichs sein, eine Änderung der Genfer Konvention zu erreichen, um zwischen legalen und illegalen Flüchtlingen unterscheiden zu können. Die Genfer Konvention lasse eine derartige Unterscheidung derzeit nicht zu, weshalb alle Aufnahmeanträge dem aufwendigen Asylverfahren unterzogen werden müssten (APA OTS 01.10.02). Tags darauf erneuerte Haider in Kärnten seine in der Vergangenheit wiederholt erhobene Forderung nach „Eindämmung des Asylmissbrauchs“ (umgehende Abschiebung nach Negativbescheid, Abschaffung der Berufungsmöglichkeiten beim VWGH) und teilte Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit, dass Kärnten nicht für die Untätigkeit des Bundes aufkommen und seine „Asylzahlungen“ einstellen wolle. Im Ton moderater, aber in der Sache auf derselben Linie die Wortspende von Reichhold: "Österreich muss seine Asylpolitik auf neue Beine stellen. Es muss gewährleistet sein, dass das unumstritten wichtige Recht auf Asyl nicht für Einwanderungszwecke missbraucht werden kann" (APA OTS 02.10.02).

Nachdem sich dann NGO-VertreterInnen mit hochrangigen BeamtenInnen des Innenministeriums bereits aus humanitären Gründen auf die Einrichtung von Notquartieren für die obdachlosen AsylwerberInnen geeinigt hatten, verweigerte Strasser dem Modell seine Zustimmung - mit dem Argument, dies würde bei den AsylwerberInnen "falsche Hoffnungen wecken". Ihm schweben vielmehr eine ausgebauter Rückkehrberatung sowie intensive Gespräche mit den östlichen Nachbarländern vor (DerStandard-online 01.10.02). Strasser nahm sogar indirekte Schuldzuweisungen an die Caritas vor: die Flüchtlinge würden von ihr "nicht optimal" beraten und sollten "mehr in Richtung Rückkehr selbst" und "weniger

in Richtung Notlager" orientiert werden (derStandard-online 07.10.02).

Wohl kaum im Sinne christlich-sozial-liberaler ÖVP-WählerInnen, aber sicher zur Zufriedenheit National-Konservativer, die nach der Implosion der FPÖ zur ÖVP tendieren, hat sich dann auch Strasser das rechtsstaatlich bedenkliche freiheitliche Modell zu Eigen gemacht und sich für verkürzte Asylverfahren ausgesprochen, in denen binnen eines Tages ein negativer Bescheid ausgestellt wird, wenn „offensichtlich“ keine Asylgründe vorliegen. Eine Möglichkeit der Berufung mit aufschiebender Wirkung soll es nicht mehr geben (derStandard-online 02.10.02). Laut EU-Kommission bewegen sich Strassers Pläne freilich „... im Rahmen dessen, was in der EU-Asylpolitik vorgesehen ist“ (derStandard-online 03.10.02.).

Die in Folge von Strasser gestartete Rückführungsaktion auf „freiwilliger Basis“ reichte für die FPÖ freilich nicht, und Klubobmann Schweitzer griff zur üblichen freiheitlichen Methode der Gleichsetzung von AsylwerberInnen, illegalen Einwanderern und Kriminellen: Es gäbe in Österreich 400.000 bis 500.000 illegale Grenzgänger. Zudem nutze "... ein nicht unbeträchtlicher Teil der Asylwerber ... seinen Status, um kriminellen Machenschaften nachzugehen". Überdies seien von den bei den jüngsten Drogenrazzien 83 verhafteten Drogenbossen 60 Asylwerber gewesen ... Strassers Aktion sei "reinsten Populismus" in Wahlkampfzeiten. Da zu befürchten sei, "dass nach den Wahlen die lauwarmer Linie des Zögerns fortgesetzt wird", wolle die FPÖ im Innenressort die Verantwortung übernehmen und "Politik im Interesse der Österreicher" machen (derStandard-online 04.10.02).

Darüber, was mit den wenig aussichtsreichen, aus der Bundesbetreuung entlassenen und interimistisch in Notquartieren untergebrachten AsylwerberInnen geschehen soll, konnten sich Hilfsorganisationen und Innenministerium in drei Gipfelgesprächen vorerst nicht einigen. Das Ministerium bzw. der Bund weigert sich, eine Notunterbringung über die Dauer einer Rückkehrberatung bzw. über eine Woche hinaus zu unterstützen. Heimkehr oder Obdachlosigkeit bleibt die ministeriell verordnete Alternative. Minister Strasser selbst hat übrigens eine Teilnahme an den Gipfelgesprächen ebenso abgelehnt wie die Teilnahme an der ORF-Diskussionssendung „Offen gesagt“ am 13. Oktober – mangels Diskussionsbedarf, so scheint er es selbst zu sehen, aus Angst vor der Auseinandersetzung mit den NGOs einerseits und mit der politischen Konkurrenz andererseits, so vermutet die Opposition (derStandard-online 10.10.02, 13.10.02).

Nachdem keine Einigung mit den Hilfsorganisationen zu Stande gekommen war, will Innenminister Ernst Strasser (V) nun die Rückkehrberatung für Flüchtlinge mit dem privaten

Dienstleistungsunternehmen "European Homecare" organisieren, um sie damit – wie er es sieht – zu „professionalisieren“ oder doch nur, um sie – wie die Opposition befürchtet – von „lästigen menschenrechtlichen Fragen“ zu entlasten (derStandard-online 16.10.02). Tatsächlich bietet „European Homecare“ keine Rechtsberatung an. Die Hilfsorganisationen haben zudem darauf hingewiesen, dass mit der Beauftragung von „European Homecare“ mit der Rückkehrberatung das Problem der Obdachlosigkeit in keiner Weise gelöst wird (APA OTS 17.10.02).

Natürlich kam keine der sich gegenseitig an Härte ständig überbietenden FPÖVP-AkteurInnen auf die Idee zu fragen, ob der „Asylmissbrauch“ nicht mit den restriktiven Fremdengesetzen in Österreich zusammenhängt und nicht viel effizienter durch ein liberales Einwanderungsgesetz bekämpft werden könnte...

- Anfang Oktober hatte der Ökonomen des WIFO Markus Marterbauer in einem Zeitungsinterview festgestellt, der Konjunkturreinbruch und die Arbeitsmarktproblem in Österreich seien primär der restriktiven Fiskalpolitik der Bundesregierung zu verdanken (derStandard-online 05.10.02). In der ORF-Pressestunde am 6.10. forderte daraufhin VP-Klubobmann Khol den Leiter des WIFO Helmut Kramer auf, seinen Mitarbeiter in die Schranken zu weisen. H. Kramer darauf nicht nur Marterbauer öffentlich widersprochen, sondern auch über ihn offenbar einen „Maulkorberlass“ verhängt. Am 8. Oktober bedankte sich VP-Generalsekretärin Rauch-Kallat jedenfalls bei ihm mit den Worten: „Die ÖVP begrüßt die Entscheidung von WIFO-Chef Helmut Kramer, dass der WIFO-Experte und SPÖ-Nationalratskandidat Markus Marterbauer keine weiteren fachlichen Expertisen mehr im Namen des WIFO erstellen darf“ (APA OTS 08.10.02). Sicherlich kann man über das Ausmass der des Inlands- und Auslandsanteils an der Wirtschaftsflaute streiten, aber eine Inlandskomponente wurde auch von Kramer nicht geleugnet. Also schwarze Tage für die Freiheit der wissenschaftlichen Meinung ...
- In einem Zeitungsinterview unternahm VP-Außenministerin Benita Ferrero-Waldner den Versuch, die für viele ÖsterreicherInnen unangenehmen Erinnerungen an die Zeit der Massnahmen der EU-Staaten gegen Österreich zu wiederzuerwecken und den Wiener SP-Spitzenkandidaten und Spitzendiplomaten Wolfgang Petritsch in die chauvenistische Kategorie der sogenannten „Österreich-Vernaderer“ einzureihen: er sei in Sachen EU-Sanktionen "erstaunlich ruhig" gewesen und habe eine diesbezügliche Weisung des Außenamtes nicht befolgt habe. Petritsch konterte damit, dass er eine Weisung von Ferrero-Waldner gar nicht annehmen hätte können, weil er damals nicht als österreichischer Beamter sondern als Hoher Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft in Bosnien-

Herzegowina im Einsatz gewesen sei. Im Übrigen hätte er sehr wohl für die österreichische Seite Partei ergriffen. Allerdings: "Im Unterschied zur Frau Außenministerin habe ich differenziert, indem ich Herrn Haider nicht verteidigt habe, der sich selbst und die FPÖ aus jeder europäischen Option herausgenommen hat" (derStandard-online 09.10.02). Tags darauf setze VP-Generalsekretärin nach: Im Jahr 2000 sei es für alle überzeugten Österreicher selbstverständlich gewesen, "dass sie unser Land gegen ungerechtfertigte Angriffe verteidigen. Sich hinter einer Funktion zu verstecken und darauf hinzuweisen, dass es für Wolfgang Petritsch keine Weisung gegeben habe, ist wohl eine matte Ausrede!". Anscheinend – fügte Sie im Rückgriff auf das alte nationalistische Klischee von den „Sozis als vaterlandslosen Gesellen“ hinzu - fehle vielen Sozialisten generell eine entsprechende Einstellung zu ihrem Land, und war sich auch nicht zu schade, in einer Anleihe an die Kampfrhetorik Peter Westenthalers auf die Geschichte "mit dem französischen Premierminister Lionel Jospin champagnisierenden" Alfred Gusenbauer aufzuwärmen (APA OTS 10.10.02).

- In bemerkenswertem Gleichklang mit Rauch-Kallat und Khol ortete in der ersten Oktoberhälfte auch Karl Schweitzer, Klubobmann der selbst keineswegs über jeden Extremismusverdacht erhabenen FPÖ, Extremismus bei den Grünen. So verlangte er nach der Forderung der aussenpolitischen Sprecherin der Grünen Ulrike Lunacek, das Handelsabkommen der EU mit Israel zu revidieren, deren Rücktritt Lunaceks mit der Begründung, dass "für Extremisten egal welcher Couleur kein Platz im österreichischen Parlament" sei. Seine Resume über die Grünen insgesamt: "Unter dem großväterlichen Bart des Professors verbirgt sich das Antlitz des Extremismus", beinhalte das Wahlprogramm der Grünen doch „... Antisemitismus mit linken Vorzeichen, Drogenfreigabe, Unterstützung gewalttätiger Demonstrationen, schrankenlose Zuwanderung, EU-Erweiterung ohne Rücksicht auf Verluste und nun der Versuch, wieder auf internationale Diffamierung zu setzen (gemeint war Voggenhubers neuerlich Kritik an der Beteiligung der „rechtsextremen“ FPÖ an der Regierung, M.P.). Wem jetzt noch nicht klar ist, was Österreich im Falle einer rotgrünen Regierung blüht, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen." (APO OTS 09.10.02, 10.10.02).
- Wahlkampfauftakt der Kärntner FPÖ in Villach am 10.Oktober: Anwesend u.a. Haupt, Prinzhorn und Bleckman (alle dem Haider-Lager zuzurechnen), Haider, Schweitzer und Reichhold. Lange Reden von Haupt („Wir wollen 20 %“, „Die Sozialkompetenz liegt bei den Freiheitlichen“, „Wir werden stark genug sein um Rot-Grün zu verhindern“) und Haider („Schüssel ist der Koalitionsbrecher und soll sehen, dass er ohne die Freiheitlichen

nicht Kanzler bleiben kann“), Reichhold kommt – als adäquater Ausdruck dafür, wer in der FPÖ das Sagen hat - nicht zu Wort (derStandard-online 10.10.02).

- Zum Wahlkampfstart der Kärntner SPÖ meldete sich der Obmann der Landeshauptmann-Haider-Partei Strutz mit markigen Sprüchen zu Wort, die an national-chauvenistischem, rassistischen Gehalt und Rechtsstaatsverachtung kaum zu überbieten sind: mit Trunk, Muttonen und dem Slowenen Petritsch stünden „... Nationalratskandidaten zur Wahl, die Kärnten nicht gerade wohl gesonnen sind. Muttonen, die die vierte Strophe des Kärntner Landesliedes abschaffen möchte, der Slowene Petritsch, für den zusätzliche zweisprachige Ortstafeln in Kärnten kein Problem darstellen und die für ihre extrem linke Kulturpolitik bekannte Melitta Trunk haben eines gemeinsam, dass sie nämlich durch ihre extrem Kärnten-feindliche Haltung für jeden Kärntner und jede Kärntnerin, denen unser Bundesland am Herz liegt, unwählbar sind“ (APA OTS 12.10.02).
- Aufsehen bei der im ORF live übertragenen Nestroy-Preis-Verleihung am 12. Oktober: In seiner Laudatio für Claus Peymann hat André Heller im Sinne einer „postmodernen“ ironischen Grenzüberschreitung in Form einer Märchenerzählung auf die politische Lage in Österreich angespielt und anderem gesagt:

„Nehmen wir an, lieber Claus Peymann, es gäbe einen Parteiobmann, der vor den Wahlen verkündet, man solle ihn wählen, um eine rechtsextreme Dilettantentruppe zu verhindern, aber wenn er bei den Wahlen Dritter würde, verspräche er, sich nicht an der Regierung zu beteiligen, und nehmen wir an, derjenige würde dann Dritter und bräche sein Wahlkampfdoppelversprechen und würde sich durch und mit Figuren zum Kanzler erheben, die Hitlers Beschäftigungspolitik als erstklassig fänden und die österreichische Nation eine Missgeburt und die alten SS-Kameraden als die wahren Anständigen im Lande preisen und Churchill mit Stalin gleichsetzen, und die, in der Öffentlichkeit, mit Wohlwollen des Justizministers forderten, man solle die Opposition für allzu kritische Äußerungen einsperren dürfen, bespitzelt habe man sie ohnehin schon, und Privilegienabbau müsse man mit Lichtgestalten, wie Reinhart Gaugg betreiben und geistige Aufforstung mit Schmissvisagen wie Mölzer und Stadler. ...

Und dieser Kanzler, der Österreich die größte Beschädigung im internationalen Ansehen in der Geschichte der Zweiten Republik beschert hätte, würde also, in unserem Märchen, mit seiner Idee vom Regieren, Konkurs - oder schlimmer noch: fahrlässige Krida machen, und nun verhielte er sich in die Kameras lächelnd, als hätte dieses Debakel nicht er zu verantworten, sondern er wäre gewissermaßen die einzige Rettung vor sich selbst. Aus seinem Unsinn der Vergangenheit und Gegenwart käme der einzig achtbare Sinn für die Zukunft, und er wolle dementsprechend seinen zynischen Egotrip fortsetzen und plakatiert folgerichtig im Wahlkampf: "Schüssel - wer, wenn nicht er". Lieber Claus Peymann, liebe Zuhörer: welch ein Stoff. Sie müssten ihn inszenieren, und Franz Morak müsste den Kanzler spielen. Er hatte ja genügend Zeit, das Original unter der Lupe zu beobachten ...“.

Gala-Moderatorin Andrea Eckert hatte anschließend darum gebeten, dass die bevorstehende Wahl „ nicht wieder in einer Schmierenkomödie endet“. Wer Kunst nicht ins politische Niemandland verbannen und in wer Schwarz-Blau nicht für eine „normale“ Regie-

rung hält, wird diese Aktion nicht als bloß parteipolitisch motiviert ansehen und Verständnis für sie aufbringen.

Andern Tags, auf Grund eines antiquierten Verständnisses von Kunst als etwas dem Alltag Enthobenen und aus politisch-ideologischen Gründen, Empörung bei der ÖVP: Elisabeth Gehrler protestiert heftig: "Wir verwahren uns gegen diesen Missbrauch eines Kulturpreises und des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zu parteipolitischen Zwecken", und schlägt mit einer subtilen Version des wehleidig-chauvenistischen Vorwurfs der „Österreich-Vernaderungs“ zurück: Was André Heller und Andrea Eckert gesagt hätten, "erinnert fatal an die Zeit der Sanktionen. Es sind dieselben Personen, es sind dieselben Handlungsmuster, es ist die gleiche menschenverachtende Sprache und es ist das Aufreißen von Gräben".

Auch der ORF „... distanziert sich von den kritisierten Äußerungen und bedauert, dass eine Kulturveranstaltung zur Bühne politischer Agitation wurde“. Er werde in Hinkunft „... nach Mitteln und Wegen suchen, Derartiges hintan zu halten, insbesondere darauf achten, dass die Moderation nicht die durch das Objektivitäts- und Pluralitätsgebot gesetzten Grenzen überschreitet“. Stellt sich die Frage, wie dies geschehen soll: will der ORF in Zukunft die KünstlerInnen und Moderatoren einem Gesinnungstest unterwerfen oder sich deren Texte zur Genehmigung vorlegen zu lassen ... ?

Letzter Akt in dieser Tragikkomödie: Peymann legte den Nestroy-Preis zurück. Er wolle "unter dem Eindruck des unwürdigen Schauspiels und provinziellen Gezeters, das um die Preisverleihung an mich ausgebrochen ist", fürderhin "in dieser Stadt und in diesem Land nichts mehr entgegennehmen und von niemandem geehrt werden" (APA OTS 14.10.02, derStandard-online 15.10.02).

- Zum von ÖVP und FPÖ erhobenen Vorwurf eines angeblichen „Extremismus“ und „Antisemitismus“ bei den Grünen hat am 15. Oktober die Israelitische Kultusgemeinde Stellung bezogen und klargestellt, dass man "Fehlleistungen einzelner grüner Politiker nicht überbewerten" sollte. Die Kultusgemeinde verwies gleichzeitig auf inakzeptable Aussagen von SPÖ-Politikern wie Karl Blecha, Johann Hatzl oder Hannes Swoboda, "denen nur zaghaft und ohne weitere Konsequenzen widersprochen" worden sei. Die ÖVP und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hätten "zu den meisten" Auseinandersetzungen geschwiegen. Und die FPÖ unterstütze Saddam Hussein und Muammar al Gaddafi, die "nach wie vor öffentlich die Vernichtung Israels propagieren". Die IKG erinnert auch daran, dass der "Knittelfelder Kreis in der FPÖ" im wesentlichen von Politikern gebildet wurde, die "rechtsextremes Gedankengut propagieren". Und wenn Bundeskanzler Schüssel und ÖVP-

Klubobmann Andreas "Khol öffentlich erklärten, mit dieser Partei eine Koalition eingehen zu wollen, ist dies eben eine Koalition mit einer amorphen Masse von mehr oder weniger unzufriedenen Rechtsextremen, deren rechtsextremes Gedankengut nicht verschwiegen werden kann" (derStandard-online 15.10.02).

- Wie erinnerlich hat die FPÖ alles daran gesetzt, sich im laufenden Wahlkampf regierungsfähig und handzahn zu geben und den Anschein zu erwecken, Haider und seine Knittelfelder Rebellen seien für die Politik der Bundespartei nicht mehr maßgeblich. Und genau darauf hat auch die ÖVP ihre Strategie, die schwarz-blaue Wendekoalition zu erneuern, aufgebaut. Ein Blick auf die mittlerweile vorliegenden Listen der FP-NationalratskandidatInnen zeigt jedoch, dass in Wirklichkeit „... eine Unterschrift unter das Knittelfelder Manifest ... fast eine Garantie auf einen sicheren Listenplatz (ist). Aus der Steiermark drängen die Rebellen Magda Bleckmann und Mares Rossmann nach Wien, aus Niederösterreich Barbara Rosenkranz, in Wien rangieren fünf Putschisten auf den vorderen acht Listenplätzen, Thomas Prinzhorn als neuer Parteivize nicht zu vergessen“ (E. Linsinger in derStandard-online 15.10.02).
- Andreas Khol, ÖVP, am 15.Oktober im ORF-Magazin Report als Reaktion (als Antwort kann man das mangels inhaltlichem Bezug nicht bezeichnen!) auf den Vorwurf Glaswischnigs, die ÖVP habe inhaltlich einen „Rechtskurs“ gefahren, und Schüssel habe zu den Angriffen der FPÖ auf die Institutionen des Rechtsstaats geschwiegen: die Grünen seien in Wahrheit eine "Melonen-Partei - außen grün und innen rot“. Wem das bekannt vorkommt, der oder die hat recht: eine Leihphrase aus dem Kampfrhetorik-Arsenal Jörg Haiders (vgl. S. 8 dieses Texts).
- Gewissermaßen indirekte öffentliche „Sondierungsgespräche“ zwischen Schwarz und Blau über die Neuauflage der Wendekoalition am 17. /18. Oktober: Wirtschaftskammerpräsident Leitl verlangt in einem Interview eine "Garantieerklärung" von der neuen FPÖ-Führung, dass sich Vorkommnisse wie jene in Knittelfeld nicht wiederholen: "Die FPÖ muss uns eine Garantie abgeben, dass die Putschisten von Knittelfeld nicht an die Macht kommen. Wie eine solche Garantie ausschauen kann, werden wir klären müssen, aber da muss sich vor allem die FPÖ etwas überlegen ...“ (derStandard-online 17.10.02).

Postwendend die Antwort des Kärntner FPÖ-Vorsitzenden Martin Strutz: Die Freiheitlichen müssen überhaupt nichts garantieren, im Gegenteil, müsse die ÖVP klar machen, dass sie ein verlässlicher Partner für die Fortsetzung von Reformen, einer Steuersenkung und restriktive Ausländerpolitik sei. "Die Freiheitlichen werden nicht einen willfährigen Koalitionspartner abgeben, sondern stehen sowohl personell als auch inhaltlich für Re-

formen, einem EU-kritischen Kurs, der bedeutet, dass wir nicht wie die ÖVP ohne Wenn und Aber der EU-Osterweiterung zustimmen, und eine restriktive Vorgangsweise in der Ausländerfrage ...“ (APA OTS 18.10.02). Diese entschlossene Bekräftigung der Europa- und Fremdenfeindlichkeit der FPÖ wird Leitl wohl kaum beruhigt haben.

Wenn ihm die ideologischen Hintergründe dieser Haltung nicht schon aus dem völkisch orientierten Parteiprogramm der FPÖ (s. oben S. 11ff.) bekannt sind, könnte sich Leitl darüber bei der von den Linzer Freiheitlichen geplanten Veranstaltung "EU-Osterweiterung auch mit Vertreiberstaaten. Welche Partei vertritt die Forderungen der sudetendeutschen Genozid-Opfer" mit einem prominenten rechtsextremen deutschen Referenten informieren. Und er könnte die Einladung des "Kärntner Abwehrkämpferbundes" (KAB) zur "10. Oktober-Feier 2002" zu Rate ziehen, in der in rassistischer Weise die "Zuwanderung artfremder fremdrassiger Menschen" beklagt wird, deren "erbmäßig festgelegtes Anderssein" es bedinge, dass sie "nie und nimmer in das Wirtsvolk passen". Das DÖW hat diesbezüglich bereits eine Anzeige wegen Wiederbetätigung eingebracht. (derStandard-online 18.10.02).

- Am 21. Oktober – einen Tag nachdem in Irland in einem Referendum 62,9 % den EU-Vertrag von Nizza zugestimmt und damit das letzte formale Hindernis für die EU-Erweiterung beseitigt wurden, und einen Tag vor der Hauptausschusssitzung des Parlaments vor dem bevorstehenden EU-Erweiterungsgipfel – haben Reichhold und Schweitzer (FPÖ) abermals eine kompakte Probe ihrer Europafeindlichkeit abgeliefert. Mit den Benes-Dekreten und ohne Nullvariante für Temelin sei der EU-Beitritt Tschechiens „in Frage gestellt“, die im „Fortschrittsbericht“ der EU-Kommission festgestellt Mängel der Beitrittsländer müssten „noch vor einem Beitritt beseitigt“ werden, der Transitvertrag müsse verlängert werden, der Stabilitätspakt dürfe nicht gelockert werden, und die Nettozahlungen Österreich an die EU müssten auf dem derzeitigen Niveau von 1,1 % des BIP stabilisiert werden – auf diese ultimativen Forderungskatalog sollen Außenministerin und Kanzler per Parlamentsbeschluss festgelegt werden.

Vehemente Ablehnung bei Grünen und SPÖ, die ÖVP beeilte sich indessen, ihr „Österreichbewusstsein“ zu unterstreichen: Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat betonte, "die ÖVP ist die Partei, die die Interessen Österreichs in Europa konsequent und erfolgreich vertritt". Die Vertretung der Interessen Österreichs zeige sich etwa bei der Überwindung der EU-Sanktionen, der Aushandlung einer der Übergangsfrist für den Arbeitsmarkt und der "Durchsetzung von völkerrechtlich verbindlichen Sicherheitsauflagen bei Temelin". Dass der Stabilitätspakt eingehalten werden müsse, habe Schüssel "gerade erst unmissverständlich klargestellt". Die ÖVP sei auch nie "ohne

ständig klargelegt". Die ÖVP sei auch nie "ohne Wenn und Aber" für die EU-Erweiterung eingetreten, so Rauch-Kallat weiter. Es gebe Risiken und Probleme, und die ÖVP sei die einzige Partei, die dafür konkrete Lösungen erarbeiten und durchsetzen kann (derStandard-online 21.10.02). Bei der Sitzung des Hauptausschusses am 22. Oktober verwies Klubobmann Khol dann bezüglich der Transitproblematik und der Sicherheit von Kernkraftwerken auf diesbezügliche laufende Verhandlungen mit der EU bzw. Tschechien. In der „bilateralen Frage“ der Benes Dekrete gab sich Khol dann – offenbar um Annäherung an den designierten koalitionspartner FPÖ bemüht - in der Sache relativ hart: "Wir erwarten uns, dass die Benes-Dekrete zu totem Unrecht erklärt werden, die Amnestiegesetze als menschenrechtswidrig qualifiziert werden und analog zu der Zwangsarbeiterentschädigung in Österreich eine Möglichkeit zur Wiedergutmachung gefunden wird". Die von der FPÖ geforderte verbindliche Stellungnahme hat jedoch auch von der ÖVP keine Zustimmung erhalten (APA OTS 22.10.02, derStandard-online 22.10.02)

- Präsentation der MigrantInnen-KandidatInnen und des Integrations-Programms der SPÖ am 22. Oktober: Der dort vorgebrachte Kritik an der repressiven Fremdenpolitik der Regierung und den dort entwickelten Perspektiven einer aktiven Integrationspolitik („geregelt, sozial abgesicherte Zuwanderung ..., umfassende, über den reinen Spracherwerb der deutschen Sprache hinausreichende Integrationsangebote ..., kommunales Wahlrecht für Migranten ..., Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in der Arbeiterkammer und im Bereich der Österreichischen Hochschülerschaft“) begegnet VP-Generalsekretärin Rauch-Kallat mittels Orwell'scher „New Speak“, die die Wirklichkeit ins Gegenteil verkehrt: Sie antwortet nicht etwas mit dem durchaus berechtigten Hinweis auf die Versäumnisse früherer sozialdemokratischer Integrationspolitik, sondern mit den bemerkenswerten Sätzen: „Die SPÖ tut so, als würde sie Politik für MigrantInnen machen, aber in der Praxis macht sie genau das Gegenteil: Wer die laufenden Sprachkurse infrage stellt, handelt gegen die Interessen von Zuwanderern, die diese Maßnahme der Bundesregierung großteils begrüßen“. Sie unterstellt damit einfach die Güte des von der Wendekoalition einseitig dekretierten Integrationsvertrags sowie die Zustimmung der ihm unterworfenen Migrantinnen, und unterschlägt dabei, dass dieser in Wirklichkeit höchst umstritten war und von MigrantInnenorganisationen abgelehnt wurde. Auf Basis dieser Fiktion deutet sie dann berechtigte Kritik am Integrationsvertrag in Schädigung von MigrantInneninteresse um.
- Für FP-Sicherheitssprecherin Partik-Pable werden mit der Integrationsoffensive der SPÖ „Willkommenspakete“ geschnürt; allein die Ankündigung, bei der Familienzusammenfüh-

rung offener zu werden, garantiere „eine sofortige Mehreinwanderung von 15.000 bis 20.000 Ausländern“ (APA OTS 22.10.02).

- Asyldebatte österreichischer EuropaparlamentarierInnen für den inländischen Wahlkampfgebrauch vor dem Hintergrund des heimischen Asylstreits: Pirker, ÖVP, mokiert sich über die in einer auf Antrag von SozialdemokratInnen, Grünen und Liberalen im Europaparlament angenommenen Asyl-Empfehlung enthaltenen „utopischen Forderungen“: „Der Flüchtlingsbegriff wird ... unzulässigerweise ausgedehnt. Nicht nur bei tatsächlicher Verfolgung, sondern schon bei bloßer Befürchtung soll der Flüchtlingsbegriff greifen. Darüber hinaus soll er auch bei nichtstaatlicher Verfolgung, wirtschaftlicher Not oder auch bei sexueller Orientierung gelten. ... Die Familienzusammenführung soll weit über die Kernfamilie hinausgehen und auch nahezu alle weiteren Familienmitglieder umfassen. Kriegsflüchtlinge sollen ... das temporäre Aufenthaltsrecht im Aufnahmeland für mindestens fünf Jahre erhalten. Außerdem soll der Aufenthalt danach automatisch verlängert werden und sogar für alle Familienangehörigen gelten“. Damit provoziere und fördere Rot-Grün „die Möglichkeit von Asylmissbrauch und Asylshopping“.

Berger, SPÖ, kritisierte dagegen ihrerseits die Haltung der Konservativen: Flüchtlinge, wie etwa jene, die aus Anlass des Krieges aus Bosnien geflohen sind, sollten „überhaupt nicht von der Richtlinie erfasst werden“. Weiters sollten „ethnische Abstammung, Geschlecht und sexuelle Orientierung ... keine Asylgründe darstellen“, und Familienangehörige "äußerst eng definiert und nur geschützt werden, wenn sie eigene Asylanträge stellen". Ferner sollte "die Verweigerung der Teilnahme an Militäraktionen, die von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wurden, ... nicht als Asylgrund gelten", und schließlich sollte selbst anerkannten Asylwerbern der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht unverzüglich gewährt werden (APA-OTS 22.10.02).

Ein Dissens also über eine restriktive vs. eine extensive Interpretation des Asylrechts. Wer hätte vor zweieinhalb Jahren geahnt, dass die angebliche „christlich soziale Partei der Mitte“ sich so stark für die restriktive Lesart engagiert?

- Die Erinnerung an die Maßnahmen der EU-Staaten bei Regierungsantritt der FPÖVP-Koalition wird von der ÖVP nicht nur negativ – zur Diffamierung von SPÖ und Grünen als „Vernaderer“ und „Champagnisierer im Feindesland“- instrumentalisiert, sondern auch positiv – zur Heroisierung der Politikerin, die die ersten Monate ihrer Tätigkeit vornehmlich damit zubringen musste, gegen diese Maßnahmen anzukämpfen, zur Beschwörung der homogenen österreichischen „Volksgemeinschaft“ und zur Verkehrung des dramatischen Reputationsverlusts Österreichs in sein Gegenteil. Schüssel am 23. Oktober über die

VP-Außenministerin: "Der wirkliche Test kommt in der Krise. Und Benita Ferrero-Waldner hat sich als krisenfest erwiesen". Sie habe sich in dieser schwierigen Zeit nicht für eine Partei, sondern für das ganze Land und alle Österreicherinnen und Österreicher eingesetzt: "Mit unglaublicher Geschicklichkeit und einer Mischung aus Charme und Härte hat sie Österreich eine Reputation und einen Respekt erobert, die wir früher nicht gehabt haben" (APA OTS 23.10.02).

- Die Lernfähigkeit der ÖVP in Sachen der von der FPÖ in die Politik eingeführten Kampfrhetorik ist überhaupt ein auffälliges Moment des gegenwärtigen Wahlkampfes. Zwei weitere Beispiele: Als Van der Bellen beim Grazer Wahlkampfauftakt am 21. Oktober in Anspielung auf die Vergesslichkeit Schüssels bezüglich seiner Aussage im Wahlkampf 1999, als Dritter der Wahl in Opposition zu gehen, meinte, Schüssel habe „Alois Alzheimer zum Schutzpatron der österreichischen Innenpolitik erklären“ wollen, reagierten dieser und die ÖVP in bewusster Ignoranz der eigentlichen Botschaft dieser Aussage mit gespielter Empörung über die angebliche Beleidigung der zahlreichen Alzheimer-Kranken: Schüssel erklärte, er habe sich über die Formulierung zu einem Patron "Alois Alzheimer" "sehr gekränkt". "Das ist eine ausgesprochene Kränkung von hunderttausenden Menschen, die unter dieser schrecklichen Krankheit leiden“, und Rauch-Kallat fügte hinzu: "Es ist unglaublich, dass gerade Alexander van der Bellen, der von anderen immer besondere Sensibilität einfordert, nicht davor zurückschreckt, schwer kranke Menschen für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen" (APA OTS 22.10.02).

Und als Gusenbauer am 22. Oktober ankündigte, im Falle dass die SPÖ bei den bevorstehenden Wahlen nur Zweite würde, seinerseits in Opposition zu gehen, reagierte Schüssel mit dem – früher von ihm selbst als „menschenverachtend“ bezeichneten - rhetorischen Trick des Vergleichs mit Tieren: "Es ist nicht mein Stil, wie King Kong mit der einen Hand am Empire State Building sich anzuhalten, mit der anderen Faust sich auf die Brust zu trommeln und zu kreischen, bitte, ich will erster werden" (derStandard-online 23.10.02).

- Wahlkampfauftakt der FPÖ in Wien am 23. Oktober: Ein verunsicherter FPÖ-Chef mit häufigen Versprechern und ein eher gedrücktes Publikum, inhaltlich jedoch die üblichen Botschaften. Einerseits warnte Reichhold vor den "Cocktails aus der rot-grünen Giftküche": drastische Pensionskürzungen, "Haschisch in der Trafik", eine Einheitsschule von sechs bis 18 ohne Noten, noch teureres Benzin, das "das Autofahren zum Luxus" macht – und Gusenbauer, der „in der Stunde der Not das Land verlassen“ hat, als Bundeskanzler. Andererseits pries er die Leistungen der schwarz-blauen Regierung wie Kindergeld oder

Integrationsvertrag und erneuerte die Wahlversprechen der FPÖ: 1.000-Euro-Mindestlohn, Ausweitung des Kindergelds auf Mehrlingsgeburten und Anhebung der Zuverdienstgrenzen, sowie die harte Haltung bei der EU-Erweiterung (derStandard-online 23.10.02).

Bei der Präsentation des Wahlprogramms in Kärnten freilich wieder die gewohnten aggressiven Töne: der Kärntner-FPÖ-Obmann Strutz entschuldigte zunächst den trotz Ankündigung nicht erschienenen, angeblich Grippe-kranken BPO Reichhold, und nannte dann zehn Gründe für die Wahl der FPÖ, v.a. die bekannte harte Linie in der Frage der EU-Osterweiterung sowie die Zuwanderungsproblematik als zwei Kernpunkte. Als elfter Grund, der aber der wichtigste sei, sagte Strutz, dass nur eine starke FPÖ ein rot/grünes Chaos in der Bundesregierung verhindern könne, ebenso wie den Rückfall in eine rot/schwarze Proporzregierung, die nichts als Schulden, Postenschacher und Privilegien mit sich gebracht hätte (APA OTS 25.10.02).

- Nervosität bei der FPÖ, die in den Umfragen seit ihrer Krise Ende des Sommers 2002 auf niedrigem Niveau stagniert. Guter Rat ist da teuer. Geht es nach der Knittelfeld-Rebellin und stellvertretenden Vorsitzenden Magda Bleckmann, dann soll nach der Wiederbelebung von Ressentiments gegen AsylwerberInnen, EU und slawischen Beitrittskandidatenländern nun doch auch der selbsternannte „Sisyphus“ wieder in die Schlacht geworfen werden: "Jede Hilfe ist erwünscht. Und wenn Jörg Haider uns im Wahlkampf unterstützt, würde das ja auch nicht gleich bedeuten, dass er sich wieder in die Bundespolitik einmischt" (news network 22.10.02). Seit der Erkrankung Reichholds ab 25. Oktober häufen sich angeblich die Versuche, Haider dazu zu drängen seine Partei durch ein Engagement im Wahlkampf der Bundes-FPÖ vor der „drohenden Katastrophe“ zu bewahren. Dieser scheint freilich lieber die Niederlage seiner Partei als Zuseher abwarten zu wollen und erst dann seine Sisyphus-Aufgabe angehen zu wollen (derStandard-online 28.10.02).

Gescheitert – so legte Haider in einem Format-Interview die Latte - sei die FPÖ bei einem Ergebnis unterhalb von 15 Prozent. Dann sollte die FPÖ in Opposition gehen. Das Ende der FPÖ bedeute das aber nicht. Haider: "Ich lasse mir die FPÖ nicht von Schwächlingen kaputt machen." Sollte die FPÖ am 24. scheitern, so Haider, dann werde es eine "nicht unbedeutende Gruppe innerhalb der FPÖ geben, die einen Neubeginn zustande bringt" - und da werde er an führender Stelle mit dabei sein (News network 30.10.02).

- Die Psychotechnik der Aktivierung und Ausbeutung von Ängsten und Ressentiments gehört zum klassischen Repertoire der politischen Propaganda. Der Wahlparteitag der SPÖ auf der einen und der Auftritt des Grünen Spitzenkandidaten Van der Bellen in der ORF-

Pressestunde auf der anderen Seite am 27.10.02 boten den Regierungsparteien erneut die Gelegenheit, dieses Instrument zum Einsatz zu bringen: So zeichnete etwa VP-Generalsekretärin Rauch-Kallat die Möglichkeit einer rot-grünen Regierung als Horror-szenario, das "das Finanzministerium zu einem Steuererhöhungsministerium, das Innen- und Sicherheitsministerium zu einem Verein zur Förderung des Drogenhandels und das Verteidigungsministerium zum neuen heeresgeschichtlichen Museum degradiert". Und Reichhold warnte in einer Presseaussendung in der Pose des Entlarvers vor dem grünen Wolf in Schafspelz: Mit seinem Kuschelkurs versuche Van der Bellen, zu vertuschen, was nach dem 24. November im Falle einer rotgrünen Regierung „in diesem Land wirklich los sein werde: nämlich Steuererhöhungen ohne Ende, eine Abwirtschaftung des Landes nach dem Muster Deutschlands, 30 % weniger Pension für alle, schrankenlose Zuwanderung, Drogenfreigabe, Schröpfung von Pendlern etc.“ (derStandard-online 27.10.02).

- Wenn man dem entsprechenden Bericht im Profil vom 27. Oktober Glauben schenkt, dann ist VP-Staatssekretär Finz im Trubel des Wahlkampfs ein sexistischer faux pas unterlaufen: „Staatssekretär Finz steuert auf einen Würstelstand zu. Er streckt der Verkäuferin seine Werbekarte ‚Dr. Alfred Finz – ganz privat‘ hin ... Er dreht sich um und sagt zu Morak, irgendwie entschuldigend: ‚Jede Stimme ist wichtig, auch wenn’s die einer Frau ist.‘ Finz lacht, Morak schweigt. Später wird Finz sagen: ‚Gehen S’ das war ja nur ein Schmäh.‘“ (Profil 44/2002). Umgehendes Dementi der ÖVP: Finz habe gesagt: „Jede Stimme zählt, insbesondere auch die der Frauen“. Dies bestätigte auch der Büroleiter von Finz, Michael Wiesinger (APA OTS 27.10.02). Inzwischen hat profil unter Androhung einer Klage den Widerruf dieses Dementis gefordert (APA OTS 30.10.02).
- Kampfrhetorisches Sperrfeuer gegen die am 29. Oktober vorgestellte Überraschungskandidatin der SPÖ, Superintendentin Gertraud Knoll, die gleichsam als „Mutter Courage“ (Gusenbauer) für das Amt einer Staatssekretärin im Sozialministerium vorgesehen ist. Knoll, die Schüssel 1995 noch für eine Kandidatur für die ÖVP gewinnen wollte, wurde nun von Rauch-Kallat im Rahmen des mittlerweile deutlich nach Rechts verrückten politischen Koordinatensystems der ÖVP folgendermaßen geortet: "Mit jedem Kandidaten, den die SPÖ präsentiert, rückt sie weiter nach links. Und wird damit zum Sammelbecken der EU-Sanktionierer. Knoll war ja das Sprachrohr aus der Sanktionszeit"; und für FP-Schögl, der Knoll bereits 1998 mit Hilfe der „Plattform evangelischer Christen“ bekämpft hatte, vertritt Knoll gar „extrem linkes Gedankengut“ (derStandard-online 29.10.02).

- Aber auch die bereits im „Weisenbericht“ an die EU (Ahtisaari u.a. 2000) gerügte Praxis der „Einschüchterungsklagen“ gegen politische Gegner erlebte im Wahlkampf eine Renaissance: Wie der Nationalratswahl-Spitzenkandidat der Wiener FPÖ Bundesminister Herbert Scheibner und die Wiener FP-Nationalratsabgeordnete Dr. Helene Partik-Pable in einem Pressegespräch bekannt gaben, werde die FPÖ eine Strafanzeige gegen den Grünen Klub im Wiener Rathaus wegen Verharmlosung von Drogen und Anleitung zum Drogenkonsum einbringen. Klagsgegenstand ist eine Drogen-Aufklärungsbroschüre der Wiener Grünen, in der die Legalisierung von Cannabis gefordert wird, aber auch „eine Anleitung zum Rollen eines Joints enthalten“ sei (APA OTS 29.10.02).
- TV-Konfrontation zwischen Van der Bellen und Schüssel am 29. Oktober: Schüssel – mit professionellen rhetorischen Mitteln konsequent am Ziel ausgerichtet, christlich soziale WählerInnen bei der Stange zu halten und heimatlos gewordenen FPÖ-WählerInnen zu gewinnen - verteidigt Strassers Asylpolitik, greift seinerseits die Grünen wegen Ihrer Unterstützung der „gewaltbereiten“ DonnerstagsdemonstrantInnen an, bekennt sich zum „historischen Projekt“ Europa und warnt vor Benzinpreiserhöhungen, Drogen in Trafiken und der Eintopf-Ganztagsschule von Rot-Grün. Van der Bellen seinerseits – im Stile eines „ehrlichen Maklers“ darum bemüht, dem Bündnis ÖVP-FPÖ skeptisch gegenüberstehende christlich-sozial-liberale WählerInnen anzusprechen – beginnt mit einer Kritik der neuen Asylrichtlinie, und verteidigt dann die grüne Unterstützung der Donnerstagsdemonstrationen und die Rot-Grünen Regierungskonzepte mit inhaltlich durchaus plausiblen Argumenten, gerät dabei jedoch Dank seines im Unterschied zu seinem Widerpart nicht strategisch auf den Erfolg der Durchsetzung der eigenen Linie ausgerichteten, sondern auf den Kontahenten eingehenden, verständigungsorientierten Kommunikationsstils optisch in die Defensive.

Dabei versäumte es Van der Bellen, die Themen ins Spiel zu bringen, die von Grünen in der abgelaufenen Legislaturperiode permanent besetzt waren und an Hand derer er seinem Zielpublikum hätte zeigen können, dass es sich bei der schwarz-blauen Wendekoalition eben um keine „normale“ Regierungskonstellation handelt: Missachtung des Verfassungsgerichts, Schwächung von Einrichtungen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung, restaurative Frauenpolitik, restriktive Fremdenpolitik, Ausbau des Überwachungsstaates, Einschüchterung von KritikerInnen, Einschränkung des Demonstrationsrechts, „revisio-nistische“ Umdeutung der Vergangenheit usw. So konnte - um Van der Bellen zu paraphrasieren - Alois Alzheimer auch nach dieser Konfrontation Schutzpatron der Innenpolitik bleiben.

- In einer Pressekonferenz am 30. Oktober warnte der grüne Abgeordnete Pilz vor möglichen Versuchen der Vertuschung von Beziehungen der FPÖ zum Rechtsextremismus im Reich des VP-Innenminister Strasser. Der Rohbericht für 2002 enthalte "Hinweise auf die Verbindungen zwischen FPÖ und dem Rechtsextremismus" – z.B. über die "rechtsextreme Burschenschaft Olympia", über "Naziveranstaltungen" in Kärnten oder über die Zeitschrift "Zur Zeit". Ähnliche Vorwürfe hätte es bereits in einem Rohentwurf des Verfassungsschutzberichtes 2000 gegeben. Dort habe es geheißen, dass "Zur Zeit" die "Existenz von Gaskammern im Dritten Reich geleugnet sowie die sechs Millionen NS-Opfer in Frage gestellt" habe. Im tatsächlich veröffentlichten Bericht seien diese Passagen aber herausgestrichen worden. Diese Darstellung wird durch einen Bericht des Nachrichtenmagazins Profil (38/2002) durch Zitate aus einem „für den internen Dienstgebrauch“ bestimmten Exemplar des Rechtsextremismus-Berichts bestätigt. Pilz forderte die Regierung auf, die "Säuberung von Berichten" einzustellen. Er kritisierte aber auch, dass "Zur Zeit" in den letzten Jahren die Presseförderung bekam, und verlangte, den diesbezüglichen Ministerratsbeschluss rückgängig zu machen (derStandard-online 30.10.02).

Prompt folgte die wütende VP-Generalsekretärin: Der Vorwurf von Peter Pilz, die Regierung unterdrücke Berichte zum Extremismus in Österreich, sei ungeheuerlich. "Der Verfassungsschutz-Bericht, der alle Aspekte des Extremismus abdeckt, ist bereits seit Wochen auf der Homepage des Innenministeriums nachlesbar." Das Pamphlet, das Peter Pilz heute präsentiert habe, "muss dagegen in einer links-grünen Schmutzküche entstanden sein". Beschwörender Nachsatz: "Ein links-linker Innenminister Peter Pilz, der im marxistischen Stil agiert, muss Österreich erspart bleiben".

Olympia-Burschenschafter und FP-Abgeordneter Graf ortete bei Pilz den Versuch, integre unbescholtene Bürger ohne Fakten und Beweismittel mit Gemeinheiten, Unterstellungen und Diffamierungen anzuschütten "Aber mittlerweile weiß ohnehin ganz Österreich, dass jegliche Ideologie rechts von der Gruppe revolutionärer Marxisten (GRM) von Pilz bereits als rechtsextrem eingestuft und bezeichnet wird" (APA OTS 30.10.02).

Wie sahen die *Reaktionen der WählerInnen* auf die Wahlkampfführung der Parteien aus?

Wie den Übersichten zu entnehmen ist, hat in den ersten zwei Wochen nach Ankündigung der Neuwahlen die ÖVP auf Kosten der FPÖ beständig zugelegt und ist an die SPÖ herangerückt, wobei die ÖVP einen fast 10 % höheren und die FPÖ einen 15 % geringeren Stimmenanteil als bei den Wahlen 1999 erreichen konnte. Seitdem stagniert die ÖVP, und die FPÖ hat sich etwas erholt. Beide zusammen sind dabei fast immer unter der kritischen Marge von 50 %

geblieben. SPÖ und Grüne bewegen stabil auf relativ hohem Niveau, die SPÖ + 4% und die Grünen 5 - 7% über dem Stimmenanteil von 1999, und beide zusammen – erstmals seit 1990 (derStandard-online 27.09.02) - über der 50%-Schwelle. Auch die Ergebnisse der Gemeinderats und BürgermeisterInnenwahlen am 6. Oktober haben diesen Trend bestätigt: Die stimmenstärkste Partei SPÖ gewinnt fast 4 %, Gewinne auch für die Grünen, die die Zahl ihrer Gemeinderäte von 3 auf 13 erhöhen, Verluste der FPÖ um über 4 %, und die ÖVP legt um 1,5 % zu (derStandard-online 06.10.02). Nach der 39. Woche wird allerdings in einigen Umfragen für die SPÖ eine leicht fallende Tendenz und für Rot-Grün ein Absinken unter 50% ausgewiesen.

Die Reaktionen der WählerInnen im Lichte der „Sonntagsfrage“ (Stimmenanteile der Parteien in %, hochgerechnet)⁴

Partei Datum Quelle	ÖVP		FPÖ		SPÖ		Grüne	
	Gallup	Market	Gallup	Market	Gallup	Market	Gallup	Market
37. Woche	31	33	17	14	37	39	14	12
38. Woche	35	35	12	13	37	39	13	12
39. Woche	36	37	12	13	37	37	14	12
40. Woche	35	37	14	13	37	36	13	13
41. Woche	35	36	15	14	36	35	12	13
42. Woche	35	35	13	15	37	37	13	11
43. Woche	35	35	13	14	36	38	14	11
44. Woche	37		12		36		13	

Quellen: News Network (Gallup), derStandard-online (market)

Die Reaktionen der WählerInnen im Lichte der „Sonntagsfrage“ (Stimmenanteile der Parteien in %, hochgerechnet)⁴

Partei Datum Quelle	ÖVP		FPÖ		SPÖ		Grüne	
	OGM	ISMA	OGM	ISMA	OGM	ISMA	OGM	ISMA
37. Woche	31	-	16	-	36	-	14	-
38. Woche	31	-	16	-	36	-	14	-
39. Woche	33	36	14	11	38	37	13	15
40. Woche	35	37	13	13	38	37	13	13
41. Woche	36	33	13	12	36	37	13	15
42. Woche	35	36	12	13	37	37	13	14
43. Woche	36	37	13	11	37	36	12	12
	35		13		37		13	

Quellen: Format (OGM), Profil (ISMA)

⁴ Diesen Umfragen gegenüber ist freilich aus mehreren Gründen höchste Vorsicht geboten: Zum einen gelten für sie natürlich die üblichen Risiken einer Zufallsstichprobe dieser Größenordnung: Die Chance, dass die Stichprobe nicht die wirklichen Verhältnisse widerspiegelt, beträgt 1:20, die mögliche Abweichung der ausgewiesenen Werte von den wahren Werten beträgt bis zu +/- 5 %! Dazu kommt, dass Mitte September bis zu 25 % der WählerInnen ihre Wahl noch nicht getroffen haben und „Hochrechnungen“ daher nur auf Grund relativ willkürlichen Annahmen über deren späteres Wahlverhalten erstellt werden können. Das erklärt auch die Abweichungen der Ergebnisse von Gallup und Market, OGM und ISMA.

Abschließend ein Versuch, den *weiteren Verlauf der Entwicklung der Wahlauseinandersetzung* abzuschätzen:

Entwicklung der Koalitionsparteien: Hier ist zu erwarten, dass der Höhenflug der ÖVP gestoppt und auch das Regierungslager insgesamt nicht weiter zulegen wird. Die bürgerlich konservativen Teile der FPÖ sind bereits im Lauf des September zur ÖVP abgewandert, sie wird daher von der FPÖ nicht weiter gewinnen. Die FPÖ ihrerseits steht vor der Alternative, Regierungsfähigkeit zu demonstrieren und auf niedrigem Niveau zu stagnieren, oder durch rechts-populistische Mobilisierung Stimmen zu gewinnen, damit aber in Kauf zu nehmen, als nicht regierungsfähig zu erscheinen. Diesem strategischen Dilemma korrespondiert der un-aufgelöste Konflikt zwischen Rebellen- und Regierungsfraktion. Im Spannungsfeld dieses Konflikts wird es ihr kaum gelingen, innere Konsolidierung und Berechenbarkeit auszustrahlen. Damit wird aber auch Schüssels Strategie für die ÖVP durchkreuzt, die ja auf die Fortsetzung der blau-schwarzen Koalition mit einer „seriösen“ FPÖ setzt: je heftiger die Turbulenzen in der FPÖ, desto mehr läuft die ÖVP Gefahr, bürgerliche Wende-WählerInnen wieder zu verlieren.

Auf der Seite der Oppositionsparteien hängt bei der SPÖ alles davon ab, ob es der Partei und Gusenbauer gelingt, die Arenen des Wahlkampfes dazu zu nutzen, um sich von den von den Regierungsparteien und den Medien verbreiteten negativen Images - „Fundamentalopposition“ bzw. „Vernaderer“, „Kühlschrank“ und „Apparatschik“ - zu befreien, sich als personell und politisch geläuterte und erneuerte, konstruktive und vertrauenswürdige Alternative zu profilieren – und damit die laut Umfragen günstige Ausgangsposition zumindest zu halten. Die Grünen gehen bereits mit einem relativ populären Spitzenkandidaten und relativ hoher Zustimmung in den Wahlkampf und haben gute Chancen, diese Position zu verteidigen.

Unterm Strich: es besteht die realistische Chance, dass die Wahlen das endgültige „Ende der Wende“ bedeuten!

Literatur

- Ahtisaari, Martti/ Frowein, Jochen/ Oreja, Marcelino (9.9.2000) *Bericht an die Französische EU-Präsidentschaft, angenommen am 8. September 2000 in Paris.* <http://www.virtual-institute.de/>
- APA OTS (1.2.2000 – Ende des Beobachtungszeitraums). *Österreichs Presseportal.* <http://www.ots.at/>
- Baumann, Zygmunt (1992) *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit.* Hamburg.

- Benz, Wolfgang (1998) *Gewalt und Ideologie. Traditionen und Strukturen rechtsextremen Denkens*, in: Reinalter, Helmut u.a. (Hg.) *Das Weltbild des Rechtsextremismus. Strukturen der Entsolidarisierung*. Wien, 35-50.
- Bobrowski, Manfred (21.7.2000) *Neo-nationalsozialistische Tendenzen in der Ausdrucksweise der Freiheitlichen*. Wien 1995. <http://www.futurelinks.at/>
- CeiberWeiber (20.06.02) *Welche Frauen sind für Männer „förderwürdig“?*
<http://www.ceiberweiber.at/wahl1/foerderungen.htm>
- Der Standard-Online (1.2.2000 – Ende des Beobachtungszeitraums) *Politik/Innenpolitik*.
<http://www.derStandard.at/>
- Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstands (DÖW) (20.05.02) *Neues von ganz rechts – Mai 2002. „Trauerfeier“ am Tag der Befreiung*. <http://www.doew.at/>
- Druwe, Ulrich/ Martino, Susanne (1996) *Rechtsextremismus. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff*, in: Falter, Jürgen W. (Hg.) *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*. Opladen, 66–80.
- Falter (25.10.2000) *Böhdorfers Spitzelakten*. (Heft 43). http://www.falter.at/b_dorfer.htm
- Falter (1.11.2000) *Haider & die Datenräuber*. (Heft 44).
- Falter (8.11.2000) *Verdunkelungsgefahr. Die Dokumente*. (Heft 45).
- Format (30.9.2000) *Enthüllung eines FPÖ-Spitzels*. (Heft 40).
<http://www.news.at/format/ausgaben/200040/stories/0100.asp>
- Format (14.10.2000) *Opfer: Die Promi-Abfragen*. (Heft 42).
<http://www.news.at/format/ausgaben/200042/stories/0102.asp>
- Format (28.10.2000) *Der Kriminalfall Jörg Haider*. (Heft 44).
<http://www.news.at/format/ausgaben/200044/stories/0100.asp>
- Format (4.11.2000) *„Akten ins Büro Haider“* (Heft 45).
<http://www.news.at/format/ausgaben/200045/stories/0300.asp>
- Format (2.12.2000) *Die Geständnisse des Herrn L*. (Heft 49).
<http://www.news.at/format/ausgaben/200049/stories/0300.asp>
- FPÖ (02.2000) *Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs*. <http://www.fpoe.at/>
- FPÖ/ÖVP (02.2000) *Österreich neu regieren. Regierungsübereinkommen*.
<http://www.schwarz-blau.at/>
- Futurelinks (21.07.2000) *haiderwatch: info*. <http://www.futurelinks.at/>
- Gessenharter, Wolfgang (1.4.2000), *„So etwas wie ein rot-weiß-roter Volkstribun“*. *Jörg Haider und die Neue Rechte auf dem Sprung zur politischen Hegemonie*, in: Frankfurter Rundschau vom 30.3.2000.
<http://www.frankfurter-rundschau.de/archiv/fr30t/20000330082.htm>
- Hassan, Ihab (1988) *Postmoderne heute*. in: Welsch, Wolfgang (Hg.) *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*. Weinheim, 47-56.
- Haider, Jörg (1993) *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*. Frankfurt/ Berlin.
- Heiland, Hans-Günther/ Lüdemann, Christian (1996) Einleitung, in: Dies. (Hg.) *Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus*. Opladen, 9-25.
- Holzer, Willibald I. (1994) *Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze*, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.) *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*. Wien, 12-96.
- Januschek, Franz (1994) *J. Haider und der rechtspopulistische Diskurs in Österreich*. in: Tributsch, Gutmund (Hg.) *Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute*. Wien, 284-235.
- Lyotard, Jean-François (1986) *Das postmoderne Wissen: Ein Bericht*. Graz/ Wien.
- Macho, Thomas (2000) *Haider und die Zukunft*. in: Die Zeit Nr. 11/2000;
- News (11.10.2000) *Der nächste Spitzelfall*. (Heft 41)
<http://www.news.at/magazin/ausgaben/200041/stories/02.asp>

- News (1.11.2000) *Das Finale. Die Ermittler kommen Haider immer näher.* (Heft 44)
<http://www.news.at/magazin/ausgaben/200044/stories/01.asp>
- News (08.11.2000) *Kleindiensts Hilfskraft. Ein neuer Zeuge packt aus.* (Heft 45).
- News (15.11.2000) *Die Blaue Spitzelakte. Im Zentrum der Ermittlungen stehen Haider, Binder, Kabas und Kreißl.* (Heft 46).
- News (31.07.2002) „Habe angeboten die FPÖ wieder zu führen“. Interview mit Jörg Haider (Heft 31).
- News-Networld (28.08.02 - Ende des Beobachtungszeitraums) *Top News: Österreich*
<http://www.news.at/>
- Ötsch, Walter (2000) *Haider Light. Handbuch für Demagogie.* Wien.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter (1994) *Radikaler Rechtspopulismus in Österreich. Die FPÖ unter Jörg Haider.* Forschungsbericht. Wien
- Preglau, Max (1998) *Einleitung: Zum Leitbegriff „Postmoderne“.* In: Preglau, Max/ Richter, Rudolf (Hg.) *Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur.* Wien, 13–21.
- Prisching, Manfred (1998) *Die Illusion der Politik. Politiksoziologische Aspekte einer post-modernen Gesellschaft.* in: Preglau, Max/ Richter, Rudolf (Hg.) *Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur.* Wien, 107–132.
- profil (9.10.2000) *Der große Lauschangriff/ „Mit Parteigeld bezahlt“.* (Heft 41).
- profil (16.10.2000) *Die Spitze des Eisbergs.* (Heft 42).
- profil (23.10.2000) *Anlaufstelle Jörg Haider.* (Heft 43).
- profil (30.10.2000) *Im Visier der Fahnder/ Die Justiz ermittelt.* (Heft 44).
- profil (7.11.2000) *Aktenzahl II-Res 21/WP/00.* (Heft 45).
- profil (4.08.2002) *Die Verhaiderung Europas. Eine rechte Plattform unter Jörg Haiders Führung hat leider ihre Chancen.* Von Peter Michael Lingens. (Heft 32)
- profil (15.09.02) *Strassers Dossier. Der streng vertrauliche Rechtsextremismusbericht des Innenministeriums birgt politischen Sprengstoff.* Von Edith Meinhard (Heft 38)
- profil (29.09.2002) *Bald sind Wahlen. Welche Art Frauenbild werden wir wählen (können)?* Von Elfriede Hammerl (Heft 40)
- Profil (27.10.02) *"Grüß Gott, ich bin's". In Wien kämpft die ÖVP um jede Stimme. Der Aktionismus der Politiker treibt mitunter skurrile Blüten.* Von Christa Zöchling (Heft 44)
- Scharsach, Hans-Henning/ Kuch, Kurt (2000) *Haider. Schatten über Europa.* Köln.
- Schüssel, Wolfgang/ Riess-Passer, Susanne (2000) *Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas.* Präambel zur Regierungserklärung.
<http://www.hofburg.at/de/index.htm> (18.02.02)
- Tributsch, Gutmund (Hg.) (1994) *Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute.* Wien.
- Welsch, Wolfgang (1988) *Unsere postmoderne Moderne,* Weinheim.
- Ziegler, Meinrad/ Kannonier-Finster, Waltraud (1993) *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit.* Wien/ Köln/ Weimar.ä